

SIE HABEN ES UNS GESAGT ABER WIR HABEN NICHT ZUGEHÖRT

~ . ~ . ~ . ~ . ~

Eine politische und wirtschaftliche Rückblende **2015 bis 2017.**

Aufsätze und Kolumnen
von Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		2
03.02.2015 Die ich rief, die Geister		3
26.02.2015 Widerstand gegen die politische Klasse		12
18.03.2015 Wer Wind sät		18
12.05.2015 Verfall der Republik		21
19.05.2015 Die Rentenfalle		24
13.01.2016 Rechtsstaat Deutschland		31
03.02.2016 Alles futsch		38
15.02.2016 Telegramm 01/2016		45
25.02.2016 Statistiken		51
09.03.2016 Telegramm 02/2016		66
24.03.2016 Telegramm 03/2016		68
29.03.2016 Telegramm 04/2016		71
07.04.2016 Telegramm 05/2016		75
09.04.2016 Medien, Macht, Politik		79
04.07.2016 Telegramm 06/2016		87
13.07.2016 Telegramm 07/2016		89
11.07.2016 Die große Bedrohung		92
24.02.2017 Vom Strafrecht zur Gesinnungsjustiz?		97

VORWORT

Du hast mit Politik nichts am Hut? Politik interessiert Dich nicht?
Aber ob Du es willst oder nicht: Politik beeinflusst Dein tägliches Leben.
Und das äußerst nachhaltig. Politik nimmt ständig Einfluss auf unsere
Lebensumstände und unsere Lebensqualität.

Du willst wissen, wie die Politik in den nächsten Jahren aussehen wird?
Dann schau in den Spiegel, denn Du bist dafür verantwortlich. Denn nicht
die Politiker sind Deutschland, sondern DU.

SAPERE AUDE!

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons-Lizenz (Namensnennung * Nicht kommerziell * Keine Bearbeitungen 4.0 international) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

Zum Verfasser: Dieter Georg a.d.F. Jürgens, Jahrgang 1950. Studium der Wirtschaftswissenschaften. Nachfolgend u.a. DBV-Schulungsbeauftragter für den Öffentlichen Dienst, Personaltrainer und Coach für die Assekuranz und den Finanzsektor. Heute freier Journalist und Publizist.

DIE ICH RIEF, DIE GEISTER . . .



03.02.2015

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

**„Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister,
werd' ich nun nicht los“.**

Das obige Zitat stammt aus dem Zauberlehrling von Goethe. Es könnte jedoch ebenso gut von unseren Politikern stammen, die die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in unserem Land zu verantworten haben.

GEISTER, DIE ICH RIEF . . .

Achtung: Dieser Aufsatz ist politisch nicht korrekt, bricht mit Tabus und enthält ZAHLEN und FAKTEN, die Sie vielleicht schockieren. Aber so erschreckend sie sind, so wahr sind sie.

Dieser Aufsatz enthält sorgfältig recherchierte Fakten, die Sie vermutlich noch nie in den Massenmedien gelesen, gesehen oder gehört haben. Aber sie sind allesamt öffentlich zugänglich und/oder von betreffenden Stellen und zuständigen Ministerien bestätigt. Zur Einstimmung auf das Hauptthema soll die Meldung zahlreicher Medien vom 16.01.2015 dienen:

1001 Nacht

„Moschee auf Etikett: Aldi Süd zieht Seife zurück“.

Nach Beschwerden von Muslimen hat der Discounter Aldi Süd eine Flüssigseife aus dem Sortiment genommen. Das Etikett der Seife *"Ombia 1001 Nacht"* zeigt im Hintergrund die Umrisse einer Moschee. Auf Facebook hatten sich mehrere Nutzer über die Verpackung beschwert. In einem Beitrag hieß es, es sei „unangebracht“, eine Moschee auf einem Gebrauchsgegenstand abzubilden. Andere drohten mit einem Boykott der Aldi-Märkte.

Der Discounter reagierte prompt, entschuldigte sich für die „Irritationen“ und kündigte an, die Seife aus den Regalen zu nehmen. „Die bildliche Gestaltung sollte die orientalische Duftrichtung unterstreichen und keinesfalls die religiösen Gefühle in irgendeiner Art verletzen“, schrieb Aldi. Bei genauem Hinsehen entpuppt sich die Moschee aber als die Hagia Sophia in Istanbul. Das Bauwerk ist in seiner langen Geschichte zwar über Jahrhunderte auch als Moschee genutzt worden, wurde allerdings im 6. Jahrhundert als byzantinische Kathedrale errichtet. Seit 1935 ist die weltberühmte

Kuppelbasilika ein Museum. Wer gehört denn nun wozu - der Islam zu Deutschland oder Deutschland zum Islam?



Wer Wind sät ...

Die Ereignisse überschlagen sich zur Zeit:

- Der Wechselkurs Euro/Dollar stürzte innerhalb des letzten halben Jahres regelrecht ab. Der Euro verlor 20% an Kaufkraft.
- Die Schweiz hat den Euro-Mindestkurs von 1,20 Franken aufgegeben - sie hat kein Vertrauen mehr in den Euro.
- Griechenland erwägt einen Schulden-schnitt und den Austritt aus dem Euro.
- Mini-Zinsen von deutlich unter einem Prozent enteignen Sparer im Rekord-tempo.
- Inzwischen kann sich Wendehals-Kanzlerin Merkel sogar eine Euro-Union ohne Griechenland vorstellen. Noch vor einem halben Jahr undenkbar. Absurd: Die internationale Gemeinschaft der Partner gibt neue Kredithilfen in Höhe von insgesamt 8,3 Milliarden Euro an Griechenland frei. Die Euro-Währung und der von der Troika wirtschaftlich völlig unsinnig aufgebürdete Sparkurs hat Griechenland (und zukünftig noch weitere Teilnehmerländer) zerstört.

Griechenland nach 13 Jahren Euro – eine bittere Bilanz:

- Die Staatsschulden sind von 120% auf 175% gestiegen.
- Die Wirtschaftsleistung ist um 25% gesunken.
- Löhne und Einkommen wurden um 35-40% gesenkt.
- Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27%, die Jugendarbeitslosigkeit (bis 25 Jhr.) bei 60%.
- Ein Drittel der Bevölkerung ist nicht mehr krankenversichert - inoffizielle Schätzungen liegen sogar bei 50%.
- Die Kindersterblichkeit nahm um 43% zu.
- Die Selbstmordrate nahm um 45% zu.
- Kürzlich stellte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker der Ukraine zusätzliche 1,8 Milliarden Euro Unterstützung in Aussicht. Die Mittel sollen dem Land helfen, die von der Ukraine auf rund 15 Milliarden US-Dollar geschätzte Finanzlücke bis zum ersten Quartal 2016 zu füllen.

Kommt das alles völlig überraschend? NEIN. Diese Entwicklungen wurden von vielen namhaften Wissenschaftlern bereits vor rd. zwanzig Jahren vorausgesagt. **Die vorliegenden Ereignisse sind die Ergebnisse einer seit vielen Jahren orientierungslosen und planlosen Politik, die keine Werte vermittelt und bei der man nicht erkennen kann wofür sie steht.** Sie reagiert statt zu agieren. Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien sind so gut wie nicht mehr erkennbar.

Migration und ihre Kosten

Wenn wir uns jetzt mit dem Migranten-Problem (ja, es ist ein Problem) beschäftigen, sollten wir bedenken, dass die Schuld an den Problemen nicht allein die Migranten, sondern vor allen Dingen diejenigen tragen, die diese Zustände politisch geplant haben - unsere großen

„Volksparteien“. Und diese Probleme betreffen nicht nur Deutschland, wie Sie sehen werden.

In einem gemeinsamen Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktion schrieben Bundesfinanzminister Schäuble und die damaliger Bundesarbeitsministerin von der Leyen im Juni 2010:

„Sozialleistungen machen über die Hälfte der Bundesaussgaben aus. Deshalb kann eine nachhaltige Konsolidierung nicht gelingen. Die Sozialausgaben betragen im Bundeshaushalt 2010 mehr als 170 Mrd. Euro.“

Das heißt: Von jedem Euro, den Sie als Steuern zahlen, geht mehr als die Hälfte für Sozialleistungen wie z.B. Hartz IV drauf (Migranten beziehen mehr als 40 Prozent dieser Leistungen). Mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen wird für Menschen ausgegeben, die nicht produktiv sind.

Der Anteil der gesamten Sozialausgaben am Bundeshaushalt ist seit 1980 von 16 auf über 50 (!) Prozent im Jahr 2010 gestiegen.

Immer mehr Menschen demonstrieren auf europäischen Straßen gegen die „soziale Kälte“, obwohl doch mehr als die Hälfte aller Staatseinnahmen bereits für Sozialhilfen ausgegeben wird. Was stimmt da nicht? Kann es vielleicht sein, dass aus Gründen der „politischen Korrektheit“ bei medienwirksamen „Dialogforen“ und „Integrationsgesprächen“ folgende unbequeme Fragen nie gestellt werden:

Wie kann es sein,

- dass wir heute Angehörige von Gastarbeitern, die noch nie in Europa gewesen sind, kostenlos in unseren Krankenversicherungen mitfinanzieren?
- dass deutsche Sozialgerichte Sozialhilfe-betrug bei Migranten inzwischen aus-drücklich (!) als „kulturelle Besonderheit“ akzeptieren und häufig auf Rückforderungen verzichten?
- dass wir Illegale (also Gesetzesbrecher) bei der Hartz-IV Versorgung inzwischen besser stellen als einheimische Hartz-IV-Empfänger?
- dass wir zugewanderten Frauen aus fernen Kulturkreisen mit Steuergeldern Kurse finanzieren, in denen sie lernen sollen, wie man Tampons benutzt oder Hemden bügelt?

Warum:

- haben junge Mitbürger, die wegen Straftaten im Jugendarrest landen, trotzdem Anspruch auf den Hartz-IV-Regelsatz, der Ihnen nach der Haft von den Behörden in bar ausbezahlt werden muss?
- Schreiben wir klammheimlich unsere Gesetze um, damit diese künftig den „Bedingungen der Einwanderungs-gesellschaft entsprechen“ müssen?
- Um Migranten ist eine ganze Migrationsindustrie entstanden, die wir dafür entlohnen, dass sie diese Zustände im Eigeninteresse zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze immer weiter verschlimmern und unseren einstigen Wohlstand skrupellos vernichten.

nur 8,8 Prozent. Im Jahr 2010 gab es z.B. in Berlin mindestens 900 Intensivstraf-täter, 79 Prozent davon mit Migrationshintergrund. Die Kosten der inhaftierten zugewanderten Intensiv-straf-täter: $711 \times 80 \text{ Euro/Tag} = 56.880 \text{ Euro/Tag} = 1.706.400 \text{ Euro/Monat} = \text{rd. } 20,5 \text{ Millionen Euro/Jahr}$.



Zum Vergleich: Der Bau eines Kinder-gartens in Deutschland kostet etwa 2,3 Millionen Euro.

- Bundesweit beträgt die Zahl der Intensiv-straf-täter mit Migrations-hintergrund jedoch mehr als 7500. Das sind dann schon 216 Millionen Euro Kosten pro Jahr. Diese Kosten sind jedoch sog. Peanuts gegenüber den übrigen Kosten, wie wir noch sehen werden.
- Im Frühjahr 2010 veröffentlichte die islamische Religionsgemeinschaft Berlin in einer Pressemitteilung, „dass in Berlin (..) rund 90 Prozent der Häftlinge, die in Berlin einsitzen, islamischen Glaubens sind“.
- Richter in vielen Bundesländern wurden bereits angewiesen, aggressive Migranten nur noch in Ausnahmefällen zu inhaftieren, weil dies aus Kostengründen der billigste Weg sei.



Die Zahlen

In einer Stadt wie Berlin kostet ein Haftplatz pro Tag 80 Euro. Allein im Jahr 2002 waren in Deutschland 60 Prozent der Bürger in U-Haft Ausländer. Dabei beträgt der Ausländeranteil

Das soziale Füllhorn

Sogar das deutsche öffentlich-rechtliche Staatsfernsehen (ARD u. RBB) berichtete, dass eine zugewanderte türkische Hartz-IV-Familie innerhalb von zwei Jahrzehnten vom deutschen Steuerzahler mit mindestens 380.000 Euro subventioniert wird.

Nach Angaben des Spiegel vom April 2010, lebten schon damals **2,8 Millionen Mitbürger** mit türkischstämmigem Hintergrund in Deutschland. **Nur noch jeder zweite Türke geht in Deutschland irgendeiner Arbeit nach**, der Rest lebt von Transferleistungen des Staates (siehe auch: Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft).

a) Wenn wir also die 2,8 Millionen türkischen Mitbürger durch fünf Personen (statistische Haushaltsgröße) teilen, dann erhalten wir 560.000 türkische Familien in Deutschland.

b) Wenn von diesen die Hälfte schon jetzt nicht (mehr) arbeitet und dauerhaft in die

Sozialhilfe abrutscht, dann haben wir etwa 280.000 Familien (mit insgesamt 1.4 Millionen Familienmitgliedern), die langfristig von staatlicher Fürsorge, also unseren Steuergeldern, leben. Das entspricht rund 5,32 Mrd. Euro pro Jahr.

Während unsere Politiker uns eine „Bereicherung“ durch solche Bevölkerungsgruppen versprechen, brechen unsere europäischen Sozialstaaten zusammen.

Das Geld, was Sie als Bürger dem Staat für Ihre Zukunft und die soziale Sicherung anvertraut

haben, ist in weiten Teilen einfach weg.

Hinzu kommen die nicht in Zahlen zu fassenden gesellschaftlichen Folgekosten wie Auflösung unseres Wertesystems, Niedergang von Rechtsstaat und Gleichberechtigung (aufgezwungene Migrantenquote), importierte Gewalt und Kriminalität.

Sozialamt
Eingang →

**Im Jahr 2010 wurden bundesweit Ausgaben für Hartz IV von 44,6 Mrd. Euro eingeplant.
Mehr als 40 Prozentfielen davon auf Migranten
(Pressemeldung der Bundesregierung vom 09. Februar 2010).
Das macht rd. 17,8 Mrd. Euro pro Jahr.**

Kinder, Kinder

Da aber Hartz-IV-Empfänger **zusätzlich** noch Leistungen beispielsweise für **Wohngeld** und **Heizung** beziehen, **Steuerzahler für Beiträge für ihre Renten- und Krankenversicherung bezahlen**, sowie viele weitere Leistungen von neuen Möbeln bis hin zu neuen Tapeten und Kühlschränken für sie übernommen werden, bleibt es eben nicht bei den 17,8 Mrd. Euro pro Jahr, die Migranten aus deutschen Steuertöpfen beziehen. Die Realität sieht so aus: **Migranten erhalten derzeit rd. 54 Mrd. Euro.** Kein anderes

Land der Welt zahlt höhere „Vermehrungsprämien“ für von Sozialhilfe abhängige Frauen als Deutschland. Gemeint ist das „Elterngeld“. Bei Sozialhilfeempfängern gibt es seit 2007 zur Kindersozialhilfe einen Extrabetrag von 300 Euro für 12 Monate als „Elterngeld“. Gebiert die Frau innerhalb von 24 Monaten gar zwei Kinder, dann bekommt sie noch einen „Geschwisterbonus“ von 150 Euro auf die 300 Euro Elterngeld obendrauf.

Eigentlich war geplant, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kinderlose Frauen zur Geburt von Kindern zu animieren. Die traurige Realität: 54 Prozent der Frauen, die das Geld beantragt haben, sind Sozialhilfeempfängerinnen. Und die meisten von ihnen sind Migrantinnen. Das verschweigt uns die Politik. Auch dies: Rund **700.000 Kinder von EU-Ausländern beziehen von Deutschland Kindergeld, obwohl sie teilweise gar nicht in Deutschland leben**. Nur ein Beispiel: fast 30 Prozent polnische Kindergeldbezieher-Kinder wohnt gar nicht in Deutschland.

Der angesehene Chefredakteur der Wochenzeitung Die Zeit, Giovanni di Lorenzo, bemerkte dazu:

„... drängt sich der Verdacht auf, dass unser in Deutschland so angefeindetes Sozialsystem immer noch attraktiv genug ist, dass es eine massenhafte Einwanderung in die sozialen Netze auslöst, was das Prinzip der Einwanderung, in einem fremden Land durch eigene Hände Arbeit sein Glück zu finden, auf den Kopf stellte“.

Giovanni di Lorenzo ist vollkommen unverdächtig, ein Rechtsextremist zu sein.

Und so weiter . . .

- Jeder fünfte zugewanderte Hartz-IV-Empfänger lehnt es ab, unsere Sprache zu erlernen.
- 75 Prozent der zugewanderten Hartz-IV-Empfänger haben keine Berufsausbildung und viele geben an, keinesfalls länger als drei Stunden pro Tag arbeiten zu können.



Einbürgerungen in Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2009 bis 2013

Land der bisherigen Staatsangehörigkeit	2009	2010	2011	2012	2013
	Eingebürgerte Persone ges.				
Türkei	24.647	26.192	28.103	33.246	27.970
Iran, Islam. Republik	3.184	3.285	2.728	2.463	2.560
Afghanistan	3.549	3.520	2.711	2.717	3.054
Irak	5.136	5.228	4.790	3.510	3.150
Polen	3.841	3.789	4.281	4.496	5.462
Russische Föderation	2.477	2.753	2.965	3.167	2.784
• • • weitere					
Insgesamt	96.122	101.570	106.897	112.348	112.353

**Deutsche und ausländische Absolventen/Abgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen für die Jahre 2004, 2008 und 2012 nach Abschlussarten und Geschlecht
(in % der Wohnbevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter)**

Abschlussart		2004	2008	2012
		in %		
Ohne Hauptschulabschluss	Deutsche	7,6	6,7	5,4
	Ausländer	16,4	15,2	11,6
Hauptschulabschluss	Deutsche	28,2	26,6	22,0
	Ausländer	43,3	45,8	40,4
Mittlerer Abschluss	Deutsche	53,9	51,7	55,2
	Ausländer	36,2	41,8	49,3
Fachhochschulreife	Deutsche	14,0	14,1	17,4
	Ausländer	7,1	7,2	10,7
Allgemeine Hochschulreife	Deutsche	30,5	33,9	44,3
	Ausländer	9,2	11,2	16,2

Investitionsstau und Migrantennachwuchs

Unsere Kommunen steuern gegenwärtig auf die größte Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik zu. Städten und Gemeinden fehlt das Geld, um Verkehrswege, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Klärwerke und Schwimmbäder zu erhalten. Das Deutsche Institut für Urbanistik errechnete bei Kommunen einen **Investitionsstau von 75 Mrd. Euro**. Um die Infrastruktur wieder in Ordnung zu bringen, wären in den kommenden zehn Jahren sogar etwa **480 Mrd.**

Euro notwendig. Aber dieses Geld ist nicht da. Manche Stadtteile und Schulklassen werden bereits von Migranten dominiert. Zum Beispiel ist die sonst eher beschauliche Stadt Pforzheim längst eine Ausländerstadt. (Oststadt 61,9%, Au 60,8%, Innenstadt 59,2%, Weststadt 59,6%, Buckenberg 56,7%). Und bei den **unter Dreijährigen** waren in ganz Pforzheim Ende 2008 schon **71,7 Prozent** des Nachwuchses **Migrantenkinder**.

Betreuungsquoten von Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund in öffentlich geförderter Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen nach Ländern am 01.03.2013

	Betreuungsquote von Kindern in %	
	mit Migrationshintergrund 3 bis unter 6 Jahren	ohne Migrationshintergrund 3 bis unter 6 Jahren
Deutschland insgesamt:	85	98

Wo treten die nächsten Probleme auf?

Bevölkerung nach Migrationsstatus

	2005		2010		2011		2012	
	in Mio.	%	in Mio	%	in Mio	%	in Mio	%
Bevölkerung insgesamt:	82.465		81.715		81.754		81.913	
Personen <u>ohne</u> Migrationshintergrund	67.132	81,4	65.970	80,7	65.792	80,5	65.570	80,0
Personen <u>mit</u> Migrationshintergrund	15.057	18,3	15.746	19,3	15.962	19,5	16.343	20,0

Ganz sicher dort, wo sie gerade heranwachsen. Hier einige typische willkürlich ausgewählte Beispiele. Betrachten wir die **Gruppe der Fünfjährigen mit Migrationshintergrund**:

- Nürnberg 67%
- Frankfurt/Main 64,6%
- Düsseldorf 63,9%
- Stuttgart 63,6%
- Wuppertal 62%
- Augsburg 60,2%

Dort wachsen also gerade zwei Drittel künftiger „Potenziale“ und „Bereicherer“ heran. Die Sozialausgaben und Schulden der Städte und Gemeinden sind seit dem zweiten Weltkrieg kontinuierlich gestiegen. Nicht anders als in Griechenland, Portugal, den Niederlanden oder Österreich. In Italien z.B. lebt jetzt wieder die Hälfte der einfachen ethnischen italienischen Arbeiter unter der Armutsgrenze. Die Armut, die wir mit Milliardenbeträgen aus EU-Fördertöpfen (Steuergelder) in wirtschaftlich benachteiligten

italienischen Regionen besiegt zu haben glaubten, kehrt zurück, weil wir zugleich Flüchtlinge und Billiglohn-Arbeiter aus unserer Kultur fernen Staaten importiert haben, die den einfachen Italienern wegen niedrigerer Lohnforderungen schlicht die Arbeit weggenommen haben. Wir haben die EU-Subventionen zur Angleichung der Lebensverhältnisse damit ad absurdum geführt. Und wir machen fleißig weiter. Auch in Deutschland.

Tabubruch in den Niederlanden

An der Universität Amsterdam hat der Niederländer Jan van de Beek die These von der „Bereicherung“ durch Zuwanderung im Jahr 2010 in seiner Doktorarbeit wissenschaftlich hinterfragt. Das Ergebnis ist aus Sicht „politisch korrekter“ Politiker schlicht eine Katastrophe: Zuwanderung führt zu Verarmung. Statistisch gesehen kostet jeder Zuwanderer die Niederländer 43.000 Euro - insgesamt sind das Jahr für Jahr 5,9 Mrd. Euro.

Als wäre das nicht genug, wurden aus einem in Utrecht ansässigen niederländischen Forschungsinstitut durch Indiskretion noch unglaublichere Zahlen über die Kosten der Zuwanderung bekannt. Diesen zufolge betragen die Kosten der Zuwanderungen von Türken, Marokkanern und nicht aus unserem Kulturkreis stammenden Migranten rd. sechs bis zehn Milliarden Euro im Jahr.

Diese Kosten entstehen u.a. durch soziale Dienste, Finanzhilfen, strafrechtliche Ermittlungen, Eingliederungshilfen, medizinische Betreuung, Sprach- und Integrationsmaßnahmen u.s.w. Besonders schockierend: Diese Kosten waren nicht etwa auf die Gesamtzahl der in den Niederlanden lebenden nichtwestlichen Einwanderer bezogen, sondern lediglich auf jene geschätzten 20.000 Zuwanderer, die pro Jahr im Wege der Familienzusammenführung nachgeholt werden

Das renommierte wirtschaftsliberale Münchner ifo-Institut um Prof. Hans-Werner Sinn wies schon vor Jahren nach, dass:

- sich die Zuwanderung vor allem schlecht qualifizierter Ausländer für Deutschland in der Summe zu einem gewaltigen Verlustgeschäft addiert.
- ein durchschnittlicher Migrant mindestens 25 Jahre lang voll arbeitsfähig in Deutschland bleiben muss, bis die einheimischen Steuerzahler nicht mehr drauflegen.

Bereitschaft zum Lernen und Toleranz

Die Lernbereitschaft der Menschen eines Kulturkreises entscheidet darüber, welchen Stellenwert sie in der Gesellschaft einnehmen. Dazu gehört vor allem auch die Einstellung von Menschen eines Kulturkreises gegenüber Menschen aus einem anderen Kulturkreis. Viele Menschen des islamischen Kulturkreises verstehen sich vor dem Hintergrund der sie einenden Islamideologie als die beste aller Gemeinschaften.

Sie müssen von anderen Kulturen und Ideologien/Religionen nichts mehr lernen. Das steht ausdrücklich im Koran in Sure 3, Vers 110. Diese kulturelle Arroganz stellt ein unüberwindliches Integrationshindernis mit schlimmen wirtschaftlichen Folgen dar. Durch den Import von Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis, die sich uns von Natur aus überlegen fühlen und sich demgemäß flächendeckend als bildungsresistent erweisen, laufen wir Gefahr, dass unser Bildungssystem zerstört wird.

Der aus dem Libanon stammende Lehrer Rafik Succari hat eine ungewöhnliche Botschaft an die Deutschen: „Man sagt immer, dass die

Ausländer diskriminiert werden, aber hier läuft es anders herum“. Rafi Succari ist Lehrer an einer Essener Schule, an der die meisten Schüler einen „Migrationshintergrund“ haben. Deutsche Schüler werden als Nazis und deutsche Schlampe beschimpft und verhöhnt.

Was erreichen die vielen Fördergelder im Schulbereich zur Integration? Leider so gut wie nichts. Je mehr Migranten in einer europäischen Schulklasse sind, desto schlechter werden die Leistungen insgesamt. Gleichzeitig werden die bisher guten Schüler immer weiter nach unten gezogen. Aus diesem Grund hat Italien bereits die Notbremse gezogen: Seit Sommer 2010 darf der Migrantenanteil 30 Prozent nicht übersteigen.

WIDERSTAND GEGEN DIE POLITISCHE KLASSE



26.02.2015

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Das EURO-Experiment ist längst gescheitert. Nie war Europa nach dem letzten Weltkrieg so gespalten wie heute. Nur notorische Realitätsverweigerer lassen sich noch durch Polit-Dampfplauderer in deutschen TV-Talkrunden beeindrucken. Es ist Zeit zum Widerstand gegen die politische Klasse.

WIDERSTAND GEGEN DIE POLITISCHE KLASSE

Die Städte Mainz und Wiesbaden trennt zwar der Rhein, doch haben sie sonst vieles gemeinsam, u.a. den Karneval. Seit Kurzem ist die Entfernung zwischen den beiden Städten aber wieder ein ganzes Stück gewachsen, denn eine der wichtigsten Verbindungen zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen wurde gekappt.

An der Schiersteiner Rheinbrücke hatte sich ein Pfeiler geneigt, sodass Risse entstanden und die Fahr-bahn um einige Zentimeter absackte. Gefahr! Die Folge: Sperrung und ein Stauchaos in beiden Landes-hauptstädten. Die Brücke wird täglich von bis zu 90 000 Fahrzeugen benutzt. Kein Einzelfall. Nur 14 Pro-zent der 39 000 Fernstraßenbrücken sind laut Bundesverkehrsministerium in einem guten oder sehr guten Zustand. Ein Drittel werden mit ausreichend, 14 Prozent mit nicht ausreichend oder ungenügend bewertet. Marode Brücken, sanierungsbedürftige Schultoiletten, verschlissene Kindertageeinrichtungen,

schließende Schwimmbäder, zerbröselnde Straßen – die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Kurze Frage: Woran, glauben Sie, mag das wohl liegen? Kein Geld? Richtig! Bund, Länder, Gemeinden und Städte sind schlichtweg pleite. Wir haben trotz erhöhter Steuereinnahmen und wachsendem Wirtschaftswachstum kein Geld mehr für die Erhaltung öffentlicher Einrichtungen, die Stützen unseres (ehemaligen) Sozialstaates.

Die Gründe: Im Zeitraum von 1950 bis etwa Anfang der 1970er standen die Prognosen für Deutschland sehr gut, was häufig zu einer positiven Bilanz führte. Seit diesem Zeitpunkt wurden jedoch aufgrund div. Steuergeschenke und Subventionen etc. keine Schulden mehr getilgt, sondern lediglich umgeschuldet, wobei die jeweils neuen Darlehen immer höher waren als die vorherigen (Zinslast).

DIE GRUSELSTATISTIK DER LETZTEN 10 JAHRE

	Staatsverschuldung in Mrd. Euro		in Prozent (BIP)	
	2004	2014	2004	2014
Deutschland	1.464	2.155	64,5 %	74,8 %
Italien	1.449	2.134	103,7 %	134,5 %
Frankreich	1.079	2.031	65,2 %	95,5 %
Spanien	389	1.021	46,2 %	98,1 %
Griechenland	183	318	98,8 %	175,5 %
etc.				
Gesamte Euro-Zone		9.391		94,5 %

Es ist unschwer zu erkennen, dass z.B. Griechenland nur „Peanuts“ gegenüber der Gesamtverschuldung in der Euro-Zone darstellt. Allein Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien vereinen über 78 Prozent der Gesamtschulden der Euro-Zone auf sich.

Es liegt was in der Luft

Deutschland hat vor lauter Bankenrettungen vergessen, sich selbst zu retten.

Wenn sich Menschen in die existentielle Enge getrieben fühlen, wehren sie sich. Wird der Druck zu groß, entlädt sich das i.d.R. in unkontrollierten sozialen Unruhen. Die erste Revolution hat bereits stattgefunden: Die Revolution der Politiker gegen die eigene Bevölkerung. Ökonomische Inkompetenz, Korruptierbarkeit gegenüber dem Kapital, geduldete und aktive Vertrags- und Rechtsbrüche u.v.a.m. hinterlassen einen katastrophalen Scherbenhaufen. Unsere StaatsDiener, längst zu StaatsHerrschern nach Gutsherrenart mutiert, ignorieren aus Eigennutz beharrlich die Rechte und Freiheit ihrer Bevölkerung, indem sie verantwortungslos und unrechtmäßig nationale Rechte auf **undemokratisch Institutionen** wie die **EU-Bürokratie** und **EZB** übertragen.

Die volle Wahrheit

Schon die offiziellen Schulden Deutschlands sind Besorgnis erregend. Tatsächlich sind sie

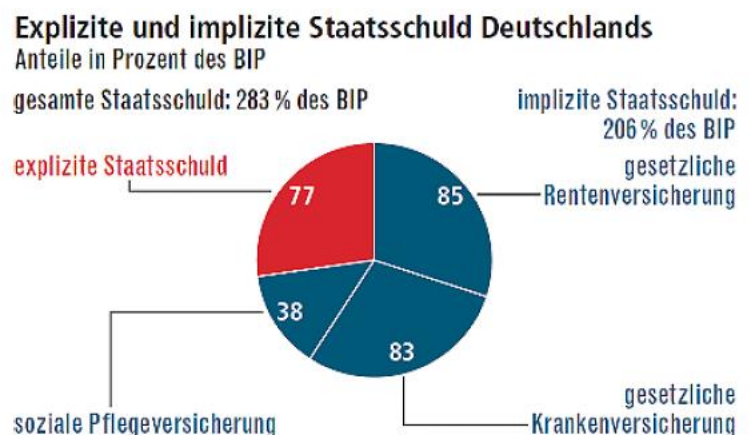
noch um ein Vielfaches größer. Sigmar Gabriel machte sich vor Kurzem dafür stark, die Defizitgrenze von drei Prozent etwas lockerer zu sehen. Nach seiner Vorstellung sollten gewisse Staatsausgaben nicht auf das Defizit angerechnet werden. Im **Vertrag von Maastricht** steht: drei Prozent Neuverschuldung! 60 Prozent Gesamtverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)! Aber es hält sich sowieso niemand daran: Praktisch alle wichtigen Euro-Mitglieder liegen nach Eurostat-Zahlen weit darüber.

Nehmen wir zum Beispiel Deutschland mit einer Staatsverschuldung von 2,155 Billionen Euro Ende 2014. Diese rd. **2,15 Billionen Euro** (= 74,8 Prozent BIP) sind aber noch nicht die volle Wahrheit, sondern nur ein kleiner Teil, die sogenannte **explizite Verschuldung**. Prof. Sinn vom ifo-institut warnt: „Insgesamt liegt die **implizite Staatsschuld bei 206 Prozent des BIP.**“ Implizit plus explizit - das heißt:

Die **gesamte Verschuldung Deutschlands** beläuft sich auf **283 Prozent**. Damit ist Deutschland, wie die meisten Euro-Länder, hoffnungslos überschuldet, also pleite.

Der Unterschied zwischen impliziten und expliziten Schulden

Die expliziten Schulden sind die offen ausgewiesenen Schulden, also die deutlich sichtbaren. Die impliziten Schulden bezeichnet Prof. Sinn als verdeckte Schulden, also jene Zahlungsverpflichtungen für den Staat, die durch die sozialen Sicherungs-systeme entstehen. Aus der Rentenversicherung entstünden so z.B. Anwartschaften, die 85 Prozent des BIP ausmachen, aus der gesetzlichen Krankenversicherung, bei der die Jungen ja auch für die Alten zahlen, entstünden 83 Prozent des BIP, bei der Pflegeversicherung 38 Prozent.



Die demografische Bombe tickt

Besonders die implizite Schuldenlast macht Angst: Kein Land hat weniger Kinder als Deutschland. Dass die deutsche Bevölkerung immer weiter schrumpfen wird, scheint unaufhaltsam zu sein. Das Statistische Bundesamt rechnet vor: Seit 1972 übersteigt die Anzahl der Sterbefälle jährlich die Anzahl der Neugeborenen -und die Schere geht immer weiter auseinander.

Momentan leben in Deutschland rund 81 Millionen Menschen. Für das Jahr 2060 prognostizieren die Statistikexperten nur noch eine Bevölkerungszahl zwischen 65 und 70 Millionen. Die demografische Staatskrise Deutschlands in 20 Jahren ist programmiert. Deutschland ist durch die Schuldenrettung angeschlagen und wird es nicht ohne Schaden an der Gesellschaft und an der Stabilität des Staatswesens überleben.

Was sind Staatsschulden

Als Staatsverschuldung (Staatsschulden) bezeichnet man die zusammengefassten Schulden eines Staates, also die vom Staat an Dritte geschuldeten Verbindlichkeiten. In diesem Zusammenhang sind zwei Fragen interessant:

1. Wodurch entstehen Staatsschulden?
2. Wer sind die Gläubiger dieser Staatsschulden?

Beide Fragen sind ganz einfach zu beantworten.

Staatsschulden entstehen, wenn der Staatshaushalt kein Geld für Investitionen oder Rückführung von Darlehen hat. Dann gibt der Staat sog. Staatsanleihen, Bundesschatzbriefe o.ä. aus. Also Pfandscheine, die mit einem bestimmten Zinssatz und einer bestimmten Laufzeit zurückzuzahlen sind. Dadurch bekommt der Staat „frisches Geld“ von Dritten. Das sind zum allergrößten Teil Banken, Investment- und

Hedgefonds, Versicherungen und Firmenkonglomerate. Zu einem kleinen Teil auch Privatinvestoren.

Damit ist auch schlicht beantwortet, wer die tatsächliche Macht im Lande hat.

Die Staatsverschuldung wird in der Regel brutto betrachtet, das heißt, die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten werden nicht um die Forderungen des Staates gegenüber Dritten vermindert ausgewiesen.

Aber Deutschland ist doch, zumindest von den meisten Politikern gepriesen, Exportweltmeister, hat also Forderungen an Dritte. Ja, leider. Frage: Haben Sie schon mal versucht, einem Nackten in die Taschen zu greifen? Geht nicht? Oder anders gefragt: Welche Chancen haben Sie gegenüber einem Pleitier, Ihr verliehenes Geld zurück zu erhalten?

Forderungen und Verbindlichkeiten aus den sogenannten Target2-Salden entstehen aus dem Saldo der nationalen Zentralbanken, die diese auf die EZB übertragen. D.h. Deutschland liefert z.B. Waren an Spanien, Griechenland etc. Dafür lassen Spanien und Griechenland über ihre nationale Zentralbank bei der EZB „anschieben“. Raten Sie mal, wann wir diese Forderungen einlösen können.

„Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht, wer dessen Gesetze macht.“

„Der Zinseszinsseffekt ist das achte Weltwunder.“

Mayer Amschel Rothschild
(1744 - 1812)
Begründer der Rothschild-Bankendynastie

Große Aufregung um „Grexit“

Dass ein Großteil der „Rettungsgelder“ für Griechenland nicht bei den Griechen, sondern bei den Banken landete, ist für informierte Leser nicht unbedingt neu.

- 58,2 Milliarden (28,1 Prozent) wurden für die Rekapitalisierung griechischer Banken verwendet, anstatt den zu großen und maroden Sektor nachhaltig umzustrukturieren und die Eigentümer der Banken für deren Verluste haften zu lassen.
- 101,3 Milliarden (49 Prozent) kamen Gläubigern des griechischen Staats zugute. Davon wurden 55,44 Milliarden verwendet, um auslaufende Staatsanleihen zu bedienen, anstatt die Gläubiger das Risiko tragen zu lassen, für das sie zuvor hohe Zinsen kassiert hatten. Weitere 34,6 Milliarden dienten dazu, die Gläubiger für den Schuldenschnitt im März 2012 zu gewinnen. 11,29 Milliarden wurden im Dezember 2012 für einen Schuldenrückkauf eingesetzt, bei dem der griechische Staat Gläubigern beinahe wertlose Anleihen abkaufte.
- 46,6 Milliarden (22,5 Prozent) flossen in den griechischen Staatshaushalt oder konnten nicht eindeutig zugeordnet werden.
- 0,9 Milliarden (0,4 Prozent) gingen als griechischer Beitrag an den neuen Rettungsschirm ESM.

Bei den griechischen Staatsschulden handelt es sich also um Forderungen **Dritter**, von denen aller Voraussicht nach ein größerer Teil ausfallen wird. Durch die „Rettung“ wurden ausschließlich künftige Verluste der Banken „gerettet“. Bei jedem kommenden Schuldenschnitt wird der öffentliche Sektor (letztendlich der **Steuerzahler**) die **vollen**

Verluste tragen müssen. Und da der IWF durch die Vorrangigkeit seiner Forderungen keine Verluste hinnehmen muss, werden vor allem die Euroländer als Versicherer der EFSF- und ESM-Kredite die Verluste übernehmen müssen. Derweil lachen sich die Banken und deren Aktionäre ins Fäustchen, während die Griechen den Blutzoll für diese, ohne große Übertreibung als „historisch“ zu bezeichnende **Umverteilung von unten nach oben**, zahlen.

Merken Sie etwas?

Am Beispiel Griechenlands ist exemplarisch dargestellt, wie sich „Rettungsschirme“ auswirken. **Am Ende zahlen SIE.**

Deutlich daran erkennbar, dass sich in Deutschland die Netto-Reallohne seit Einführung des Euro Jahr für Jahr kontinuierlich nach unten bewegen und Sie seit geraumer Zeit, wenn überhaupt, nur noch Mini-Zinsen auf Ihre Sparguthaben erhalten. Stellen Sie sich jetzt doch einmal die „Rettung“ Spaniens, Italiens oder Frankreichs vor.



Was ist das für eine Währung, die tagtäglich „gerettet“ werden muss? Auch das Pulver der EZB ist verschossen, niedriger kann die Zinsschraube nicht mehr gedreht werden. Nur die stetige Insolvenzverschleppung durch unsere Politiker zögert den unvermeidlichen Crash zu Lasten der Bevölkerung hinaus.

Es ist an der Zeit zu handeln - wie zum Beispiel in Island, als dort eine politische Zäsur nach der Bankenkrise 2008 / 2009 eintrat:

- ❖ Teile der isländischen Öffentlichkeit protestierten vor und nach der Krise gegen die Zentralbank, das Europäische Parlament und dem mangelnden Verantwortungsbewusstsein der Regierung; zwischen 3000 und 6000 Menschen (1-2% der isländischen Bevölkerung) schlossen sich samstags den Protesten an. Laut einer Umfrage Ende November 2008 waren 64% für vorgezogene Neuwahlen.
- ❖ Björgvin G. Sigurðsson, Islands Wirtschaftsminister, trat am 25. Januar wegen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und des uneinheitlichen Krisenmanagements der politischen Entscheidungsträger zurück. Björgvin sagte, die Isländer hätten das Vertrauen in ihre Regierung und das politische System verloren. Er wolle seinen Teil der Verantwortung dafür übernehmen.
- ❖ Am 8. April 2009 erklärte der ehemalige Premierminister Geir H. Haarde, dass er die alleinige Verantwortung für die Annahme der umstrittenen Spenden (30.000.000 Kronen von der Investment-Gruppe FL Group, und 25.000.000 Kronen von der Landsbanki) an die isländische Unabhängigkeitspartei aus dem Jahr 2006 übernehme.
- ❖ Islands Parlament beschloss mit 33 zu 30 Stimmen am 28. September 2010, Geir H. Haarde (nicht aber die anderen Minister) wegen Fahrlässigkeit anzuklagen. Er musste sich vor dem Landsdómur, verantworten. Dieses spezielle Gericht für Fehlverhalten in Regierungsämtern wurde nun zum ersten Mal seit seiner Einrichtung 1905 einberufen. Geir H. Haarde wurde am 23. April 2012 für schuldig befunden.

Grundgesetz Artikel 20

Absatz 1)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Absatz 4)

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen,
haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand,
wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

WER WIND SÄT



Rauchschwaden über Frankfurt: Der Krawall vernebelt die Sicht auf den Kern des Konflikts

18.03.2015

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Wer Wind sät wird Sturm ernten.

Das Die Finanzmetropole Frankfurt /Main brennt. 20000 Menschen protestieren heute gegen die Einweihung der neuen EZB Zentrale im Osten der Mainmetropole. Die Bewegung Blockupy steht für die Infragestellung der angeblich alternativlosen Austeritätspolitik und gegen den Raubtierkapitalismus.

WER WIND SÄT

Blockupy

Und natürlich echauffieren sich Politiker aller Parteien reflexartig und verständnislos über die Ausschreitungen von LINKS (Autonome) oder RECHTS (Radikale) - gerade wie es in ihr Parteiprogramm passt. Medien berichten aufmerksamkeitshaschend über brennende Polizeifahrzeuge und ver mummt e Steinewerfer. Hallo, geht's noch? Schon vergessen: Ihr Politiker habt mit Euren Entscheidungen gegen die eigene Bevölkerung und mit Unterstützung der Mainstreammedien diese Proteste verursacht. Und grüne Gutmenschen sollten daran denken, dass lediglich ein einziger Politiker von Bündnis90/Die Grünen, nämlich Wolfgang Ströbele, **gegen** den ESM gestimmt hat. Und alle Sozialisten mögen bedenken, dass es die SPD mit den Grünen war, die die HARTZ-IV Gesetze in ihrer Regierungsverantwortung verabschiedeten. Und, und ...

Jetzt, liebe Politdarsteller, erntet ihr den Sturm, den ihr als Wind gesät habt. Und diese Ausschreitungen werden nicht die letzten sein. „Wir haben verstanden“, könnte das Motto der nächsten Protestwelle lauten. Ja, wir haben verstanden, dass ihr uns betrogen und belogen habt.

Mafia am Main

Während sich also eine kleine Gruppe Mafiosi unter Leitung ihres Oberbosses Draghi im neuen EZB-Tower selbst befeiert, protestieren draußen emanzipierte und betrogene Bürger (ja, die Mehrzahl sind keine Autonomen und Rechte) gegen Rechtslosigkeit und Willkür in der Eurozone und die Majorisierung kapitaler Interessen. Täglich verstößt die EZB, und mit ihr alle Politdarsteller die für diese „Geldpolitik“ verantwortlich sind, gegen geltendes Recht und bestehende Verträge (u.a. Lissabon- und Maastricht-Verträge). Vertrags- und

Rechtsbruch, ein Fall für die Gerichte. Die wahren Verbrecher sind also nicht die, die in der Mehrzahl friedlich dagegen protestieren, sondern die, die diese Rechtsbrüche aktiv begehen und jene, die sie initiieren oder dulden.

Die Polizei in Frankfurt/Main schützt die Falschen. Artikel 20 Abs. 1 unseres Grundgesetzes sagt aus, dass die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Staat ist. Der Absatz 4 lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“.

Vielleicht erkennen jetzt immer mehr Bürger, dass sie, ihre Kinder und Enkel durch die ruinöse Geld- und Schuldenpolitik der EZB und ihre unterstützenden Polit-Vasallen betrogen und um ihre Ersparnisse geprellt worden sind. Der Rechtsbruch findet in den Glaspalästen statt. Vielleicht fordert die Bevölkerung nun den Schutz gegen die verbrecherischen EZB-Bürokraten und ihre Polit- und Proporzgefolgschaft durch die Polizei ein. Vielleicht fordert sie nun endlich die Wiederherstellung der demokratischen und sozialen Ordnung. Vielleicht . . .

Der Islam gehört zu Deutschland

Zu diesem Thema schreibt Henryk M. Broder in DIEWELT: „Aus dem Kopftuch-Urteil (der Verfassungsrichter, d.Red.) spricht eine Naivität, wie man sie sonst nur in Positionspapieren von Anthroposophen findet. (..) Auf diese Frage kann es in der Tat nur eine politische und keine juristische Antwort geben. Statt zu verkünden, der Islam gehört zu Deutschland, ohne darüber nachzudenken, dass damit auch Zwangs- und Kinderehen, Unterdrückung der Frauen, Polygamie und praktizierte Homophobie zu Deutschland gehören, könnte ein Politiker aufstehen und sagen:

"Mal langsam Leute. Auch wenn viele Deutsche das Abendmahl für eine Reality Show auf RTL 2

halten, Deutschland ist und bleibt ein christlich grundiertes Land.

Deswegen feiern wir Ostern, Pfingsten und Weihnachten, Mariä Empfängnis und Christi Himmelfahrt. Das macht unsere Kultur aus. Wäre dem nicht so, könnten wir diese Feiertage abschaffen und es jedem überlassen, was er wann feiern will.

Dann könnte auch der Sonntag auf den Dienstag verlegt werden. Andererseits wird niemand daran gehindert, die Feiertage zu begehen, die zu seiner Kultur gehören, es steht ihm frei, an Ramadan zu fasten oder während der Pessach-Tage nur ungesäuertes Brot zu essen. Oder am Ersten Mai ins Grüne zu fahren, statt an einer DGB-Demo teilzunehmen. Das ist der Sinn der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit."(..)

Anmerkung:

Was kritisiert Blockupy an der EZB?

Das Bündnis wirft der EZB vor, mit ihrer Sparpolitik die Verarmung in den europäischen Krisenländern - allen voran Griechenland - zu fördern. Dabei diene ihre Politik nur den Interessen internationaler Gläubiger und gehe auf Kosten der griechischen Bevölkerung. Dementsprechend richtet sich der Blockupy-Protest neben der EZB auch gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die EU-Kommission - also jene "Institutionen", die zuletzt die "Troika" bildeten, die in die Geldpolitik Griechenlands eingegriffen hat.

Hilft die EZB wirklich nur den Banken?

Die Aufgabe der EZB ist Preisstabilität. Um ihr Ziel zu erreichen, kann sie Banken mit Geld versorgen, das diese in Form von Krediten an Unternehmen und Verbraucher weiterreichen können. Hingegen darf die Notenbank einen Staat und damit die Bürger nicht direkt unterstützen: Damit würde sie gegen das Verbot der Staatsfinanzierung verstoßen. Außerdem würde sie damit das Geld der Steuerzahler aus den anderen Euro-Ländern unerlaubt nach Athen weiter reichen.



VERFALL DER REPUBLIK



12.05.2015

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Das Foto oben . . .

. . . hat symbolischen Charakter ... hat symbolischen Charakter und ist keineswegs vollständig. Die Infrastruktur Deutschlands zerfällt zunehmend. Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit breiten sich unaufhaltsam aus. Der Wohlstand in Deutschland zerbröselt und der Rechtsstaat nimmt seinen Hut.

VERFALL DER REPUBLIK

CO2 -Dichtung und Wahrheit

Beginnen wir zunächst einmal mit einem eher belustigenden Thema. Kürzlich sah ich einen Ausschnitt eines Politiker-Interviews. Auf die Frage, wie hoch dieser Politiker die CO2-Belastung in der Luft und wie hoch er die Gefahr für die Umwelt dadurch einschätze, antwortete er mit „Sehr hoch“. Mehr war nicht aus ihm herauszubringen. Machen wir es kurz und fragen uns, was denn so alles die „Luft“ ausmacht. Hier also die **Fakten**.

Unsere Luft besteht aus:

- Stickstoff 78,08 %
- Sauerstoff 20,95 %
- andere Gase 0,93%
- **Kohlenstoffdioxid (CO2) 0,04 %**

Rechnen wir noch ein bisschen:

- 0,04 Prozent CO2 sind in der Luft.
 - Davon produziert die **Natur 96 Prozent**.
 - Den Rest, also **4 Prozent, der Mensch**.
 - Das sind dann vier Prozent von 0,04 Prozent = **0,0016 Prozent**.
- Der Anteil **Deutschlands** am CO2-Ausstoß beträgt **3,1 Prozent**.
 - Damit beeinflusst Deutschland **0,0000496 Prozent** ($0,0016 \times 3,1\%$) des CO2 in der Luft.
 - Damit wollen wir die Führungsrolle in der Welt übernehmen, was uns jährlich an Steuern und Belastungen etwa **50 Milliarden Euro** kostet.

Traurig nur, dass wir „mündigen Bürger“ für so dumm verkauft werden sollen und so viele von uns den Unsinn auch noch glauben! Raten Sie doch mal, wer von dieser durch Mainstreammedien unterstützten CO2-Politpropaganda am meisten profitiert. Cui bono?

Arbeitslosigkeit -Dichtung und Wahrheit

Nachdem wir zuvor einen kleinen Ausflug in den Chemieunterricht der Hauptschule unternommen haben, wenden wir uns jetzt der Mathematik zu. Genauer gesagt der Statistik. Tja, wer rechnen kann ist klar im Vorteil.

Die Wirtschaft wächst bundesweit, Politiker schwärmen von der Vollbeschäftigung. Klingt gut. Freuen können sich aber nur wenige - und die breite Mitte am wenigsten. **2,9 Millionen** Arbeitslose meldet die Agentur für Arbeit im März 2015 den Zuschauern von ARD und ZDF.

Tatsächlich waren es mehr als **3,7 Millionen**. Denn aus der Statistik werden regelmäßig herausgerechnet:

- ❖ Älter als 58 Jahre, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II: 167.935
- ❖ Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 83.319
- ❖ Förderung von Arbeitsverhältnissen: 8.650
- ❖ Fremdförderung: 96.276
- ❖ Beschäftigungsphase Bürgerarbeit: -
- ❖ Berufliche Weiterbildung: 172.686
- ❖ Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 183.481
- ❖ Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 3.803
- ✓ Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 98.024

Endzeitsituation

Die CO₂-Lüge und die manipulierten Arbeitslosenzahlen sind nur wenige Beispiele für den Verfall der politischen Kultur durch die Negativauslese der Politdarsteller in unserem Lande.

Der „Europäismus“ bedeutet:

- *Entdemokratisierung*
- *Entrechtlichung*
- *Entsolidarisierung*

Und das Vehikel dazu ist die Währungsunion. Längst sind unsere Politschergen zum **offenen Rechtsbruch** übergegangen (Verletzung der No-Bailout Klausel, EZB-Regeln u.s.w.) und die Gerichte gewähren der Bevölkerung **keinen Rechtsschutz** mehr - sie „verschweigen“ sich ganz einfach dazu. Der Verfall der Republik auf dem Weg zur Diktatur ist schon weit fortgeschritten und die Strukturen der Europäischen Union für diese Diktatur schon gut vorbereitet.

Die internationale Wirtschaft entzieht sich mit all ihren Instrumenten der demokratischen Kontrolle.

Aber ohne Demokratie gibt es auch keine soziale Realisation. Der **Neoliberalismus zerstört** wegen seiner Internationalität die Solidarität, denn es gibt keine weltweite Solidarität - schon wegen der fehlenden Homogenität der Menschen. Solidarität gibt es nun mal nur in kleinen Einheiten. Gemessen an den sog. Lohnstückkosten, müsste das durchschnittliche Einkommen in Deutschland eineinhalbmal so groß sein wie zur Einführung der Gemeinschaftswährung. **Tatsache ist jedoch, dass die durchschnittlichen Einkommen seit 2002 kontinuierlich gesunken sind.** Sieht so Wohlstand aus?

Wenn überhaupt etwas alternativlos ist, dann ist es die kommende Währungsreform. Bisher ist jede Währungsunion in der Vergangenheit an den gleichen Ursachen gescheitert: Inhomogenität der sozialen, ökonomischen, geldpolitischen, fiskalischen und juristischen Strukturen. Hinzu kommt, dass kein verschuldeter Staat in der Union aufgrund des exponentiellen Schuldenwachstums seine Schulden je begleichen kann. Daher wird auch dieses Experiment scheitern und in einer **Währungsreform** enden, die wie stets mit einer gigantischen **Enteignung von Vermögen** einhergeht.

Was schreibt Wikipedia zum Europäismus?

In den Diskursen des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrschte noch das [Synonym Europäertum](#) vor. Wird eine europäische Identität allein auf den Raum oder den Staatenverbund der [Europäischen Union \(EU\)](#) bezogen, so werden manchmal auch die Begriffe **EU-Identität** oder **Identität der EU** verwendet.^[7] Wenn zustimmende Haltungen zum Gedanken der europäischen Integration und zur Entwicklung einer europäischen Identität ausgedrückt werden, werden die Termini **Europäismus** oder **Europhilie** benutzt, bei ablehnenden Haltungen der Begriff **Antieuropäismus** oder **Europhobie** (siehe auch: [EU-Skepsis](#)); eine Mittelposition nimmt der [Hesperialismus](#) ein, der sich positiv zur europäischen Einigung, aber kritisch zur gegenwärtigen Europäischen Union verhält. Personen, die eine europäistische Überzeugung ausdrücken, werden häufig als **überzeugte Europäer** oder **Europhile** bezeichnet.

DIE RENTEN- FALLE



19.05.2015

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Was würde wohl unsere Bundeskanzlerin . . .

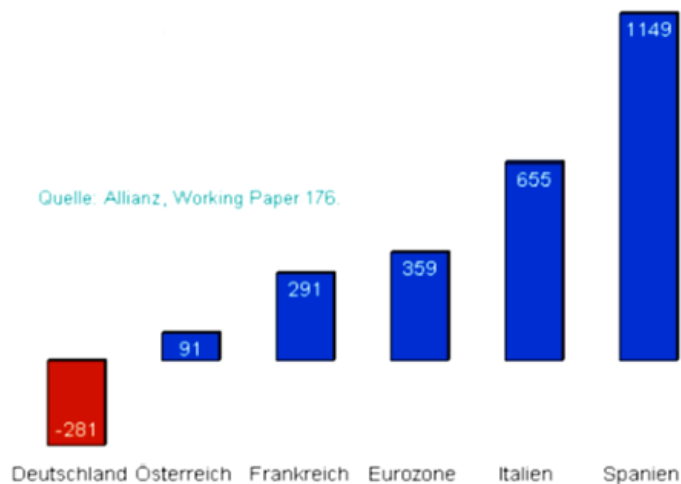
. . . dazu sagen, dass rund zwei Drittel aller Rentnerinnen (West) eine Altersrente aus der Sozialversicherung von weniger als 600 Euro/Monat bekommen? Vermutlich nichts - sie weiß es wahrscheinlich gar nicht, oder?

DIE RENTENFALLE

Umverteilungsmaschine Niedrigzins

Die Umverteilungsmaschine, die seit der weltweiten Finanzkrise in 2008 die Sparer schädigt, und die ohnehin schon Reichen zu Krisengewinnlern gemacht hat, bedroht unsere Zukunft nachhaltig.

Was sagt eigentlich Frau Merkel zu einer Rentnerin, die sich zur Aufbesserung ihres Alterseinkommens und in Angst vor Altersarmut in langen Jahren 40.000 Euro mühsam auf dem Sparbuch der Sparkasse zusammen-gespart hat und damit ein monatliches Zinseinkommen von real etwa 70 Euro/Monat zur Aufbesserung der knappen Rente erwarten konnte - die aber jetzt bei einem Sparerzinssatz von gerade einmal 0,05 Prozent und einer Inflationsrate von 1,3 Prozent für Nahrungsmittel, 2,3 Prozent für Gesundheitspflege, 2,5 Prozent für Verkehrsdienstleistungen und 1,3 Prozent für die Miete von Monat zu Monat an ihrem Ersparten verliert?



Durch die Politik der EZB hat Deutschland nach Berechnungen der Allianz pro Kopf bis Ende vergangenen Jahres bereits etwa 280 Euro an Zinsen verloren, Spanien dagegen 1.149 Euro und Italien 655 Euro gewonnen. Zu gerne werden Rentner werbewirksam als fröhliche und sorglose Menschen dargestellt, die viele Jahre bei Jahre bei bester Gesundheit und ohne finanzielle Nöte auf Reisen gehen, kulturelle Veranstaltungen besuchen und den Enkeln ein stattliches Vermögen vererben.

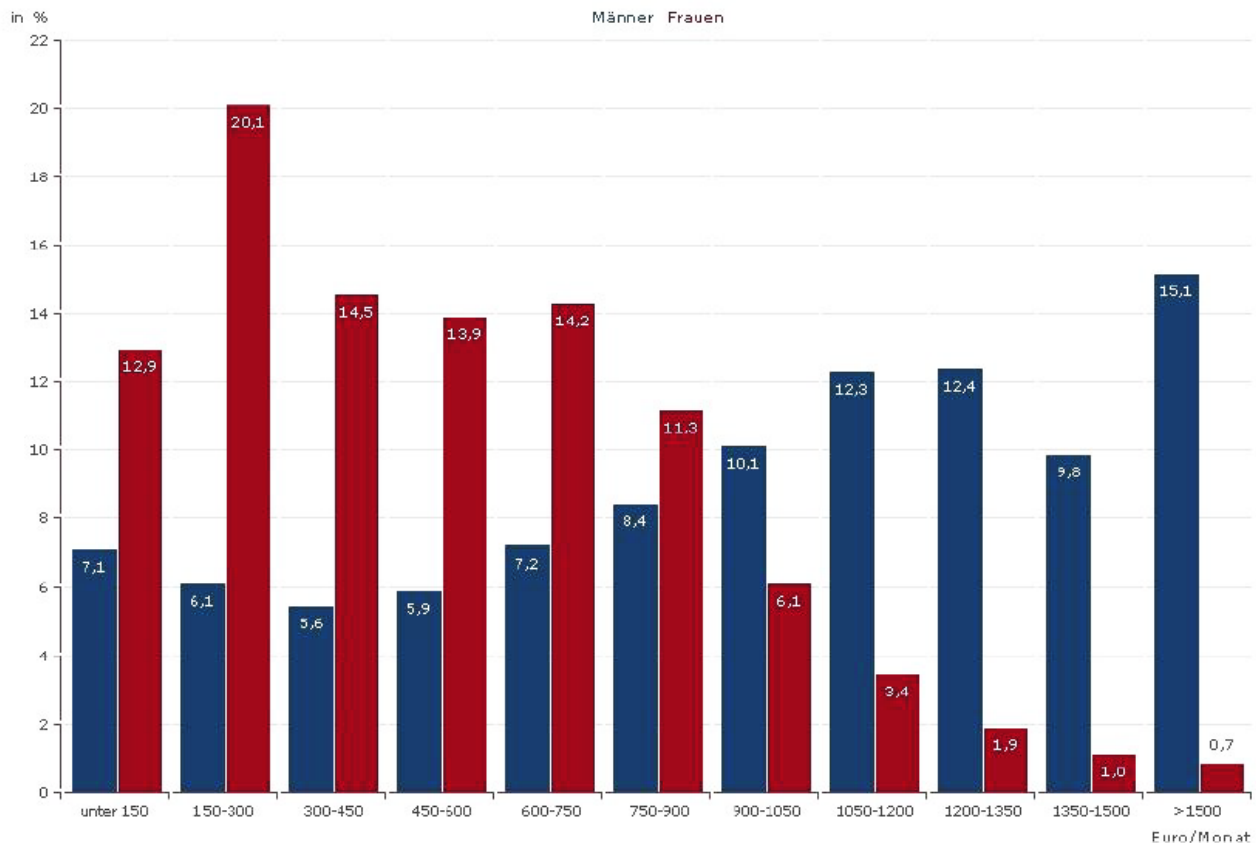
Fakt ist jedoch:

Die Lebenserwartung steigt, die Lebenshaltungskosten ziehen an und die staatliche Rente wird immer weniger. Wer heute 40 Jahre alt ist, muss damit rechnen, rund 27 Jahresgehälter zu benötigen, um nach dem Arbeitsleben finanziell abgesichert zu sein, so teilte die BILD kürzlich mit. Wer nicht gerade geerbt hat und damit leistungsloses Einkommen in Form von Dividenden, Miete, Pacht o.ä. bezieht, dem ist es als Normalverdiener im abhängigen Arbeitsverhältnis also nahezu unmöglich, sich ein kleines Vermögen zur Alterssicherung aufzubauen.

Nullzinsen und Inflationsrate fressen die Rücklagen auf. Wir werden uns zukünftig auf schwere soziale Zerwürfnisse gefasst machen müssen, wenn erst einmal jeder heute 30 bis 50-jährige für sich erkannt hat, welche Auswirkungen unsere Politik auf die Zukunft jedes Einzelnen hat. Die folgenden Grafiken sprechen für sich.

■ Verteilung der Versichertenrenten im Bestand, alte Bundesländer 2012

Zahlungsbeträge am Jahresende; Männer und Frauen, Anteil in %



Die Abbildung "Verteilung der Versichertenrenten im Bestand, alte Bundesländer 2012" zeigt zunächst für die alten Bundesländer im Jahr 2012 die prozentualen Verhältnisse der Versichertenrenten (Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten) im Rentenbestand für Männer und Frauen. Der Befund ist eindeutig und wenig überraschend: Frauen beziehen viel häufiger sehr niedrige Renten aus eigener Versicherung.

Während bei den Frauen fast die Hälfte aller Versichertenrenten unter 450 Euro liegen, sind solche sehr niedrigen Renten bei Männern viel seltener. Die Ursachen für diese Geschlechterdifferenz: Frauen scheiden (in den alten Bundesländern) - nach der Geburt von Kindern oft für längere Zeit (über die Kindererziehungszeiten hinaus) oder gar ganz - aus der Erwerbstätigkeit aus. Eine volle Rückkehr ins Erwerbsleben gelingt bei weitem nicht immer.

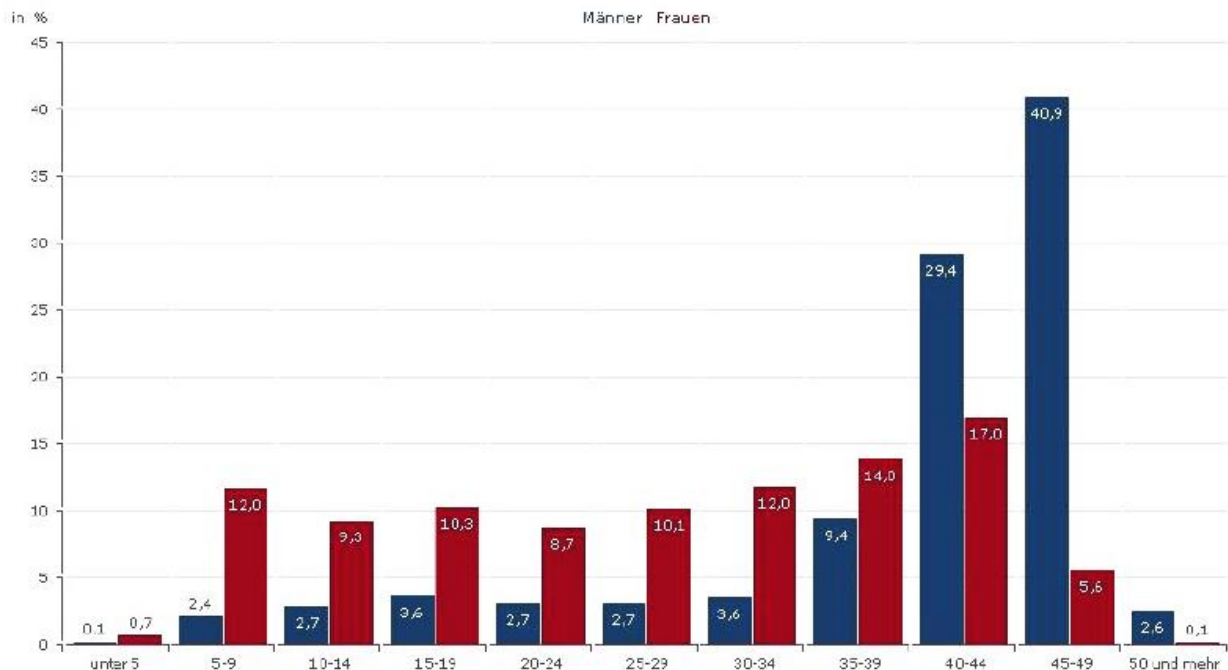


Und im Gefolge der Alterung der Gesellschaft sind es zunehmend Frauen, die Pflegeaufgaben für hochbetagte Angehörige übernehmen und damit vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Damit kumuliert bei Frauen die Übernahme von Tätigkeiten von hoher gesellschaftlicher Relevanz, die aber nicht annähernd durch Transferleistungen (Elterngeld, Pflegegeld) und durch eine rentenrechtliche Anerkennung ausgeglichen werden -daraus resultieren weniger Versicherungsjahre und damit geringere Renten.

■ Verteilung der Versicherungsjahre¹ von Männern und Frauen im Rentenbestand, alte Bundesländer 2012

Rentenbestand am Jahresende, Anteil in %



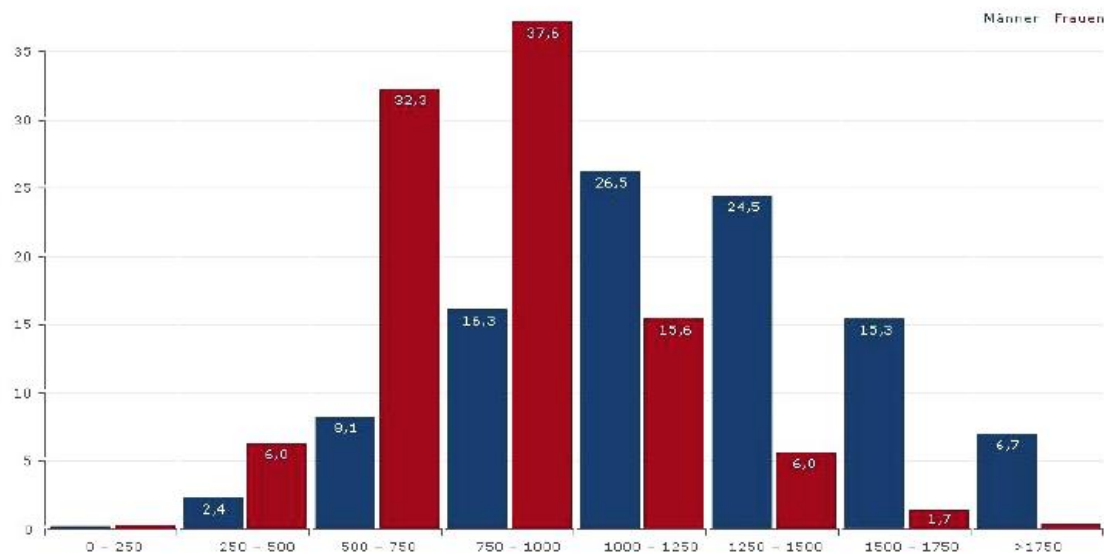
Vergleicht man die durchschnittlichen Versicherungsjahre bei Männern und Frauen, werden die gravierenden Unterschiede offensichtlich. Fast ein Drittel der Frauen, aber nur 8,8 Prozent der Männer weisen beim Renten-eintritt weniger als 20 Versicherungsjahre auf. Auf der anderen Seite verfügen fast drei Viertel der Männer, aber nur 22,7 Prozent der Frauen über 40 und mehr Versicherungsjahre.

Hinzu kommt, dass ein überproportionaler Anteil der Frauen in Berufen/Branchen mit geringerer Entlohnung arbeitet und dass Frauen selbst mit vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit in Deutschland bei der Entlohnung diskriminiert werden: Frauen verdienen im Schnitt um gut ein Fünftel (23%) weniger als Männer. Betrachtet man die Entlohnung von Frauen und Männern vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit, so reduziert sich dieser Unterschied auf ca. 8 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2012). **Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Frauen in einem hohen und wachsenden Maße auf Teilzeitbasis arbeiten, so dass auch wegen der geringeren Arbeitszeit die Entgeltposition ungünstig ausfällt.** Mittlerweile (2012) sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen (52 Prozent) teilzeitbeschäftigt.

Die **Abbildung der nächsten Seite** zeigt die Verteilung der bestehenden Versichertenrenten, hier für das Jahr 2012, nur für solche Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 35 Versicherungsjahre aufweisen. Damit ist ein Großteil der Wechsler des Versicherungsstatus aus der Betrachtung ausgeschlossen.

■ Verteilung der Versichertenrenten* mit mindestens 35 Versicherungsjahren nach Zahlbetragsklassen 2012

in % aller Renten mit mindestens 35 Versicherungsjahren, nach Geschlecht, alte Bundesländer



Wie zu erwarten, sind jetzt bei den Männern nur noch selten niedrige Renten unterhalb von 750 Euro festzustellen. Mehr als zwei Drittel der Männerrenten (Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten) im Bestand konzentrieren auf die Einkommensklassen zwischen 750 und 1.500 Euro. Auch bei den Frauen haben bei 35 Versicherungsjahren die sehr niedrigen Renten keine große Bedeutung mehr.

Aber: Es bleibt ein deutlicher Geschlechterunterschied bestehen: Renten unter 750 Euro erhalten fast 40 Prozent der Frauen. Wirklich hohe Renten sind aber auch bei den Männern nicht weit verbreitet (Das liegt nicht zuletzt daran, dass es aufgrund der **Beitragsbemessungsgrenze** eine maximale Rentenhöhe gibt).

Bei dieser Eingrenzung der Rentenschichtung auf Personen, die 35 Beitragsjahre aufzuweisen haben, bleibt allerdings zu berücksichtigen, dass damit der Großteil der Frauen gar nicht mehr erfasst wird. **Denn fast zwei Drittel der westdeutschen Frauen (im Rentenbestand) weisen 2012 weniger als 35 Versicherungsjahre auf.**

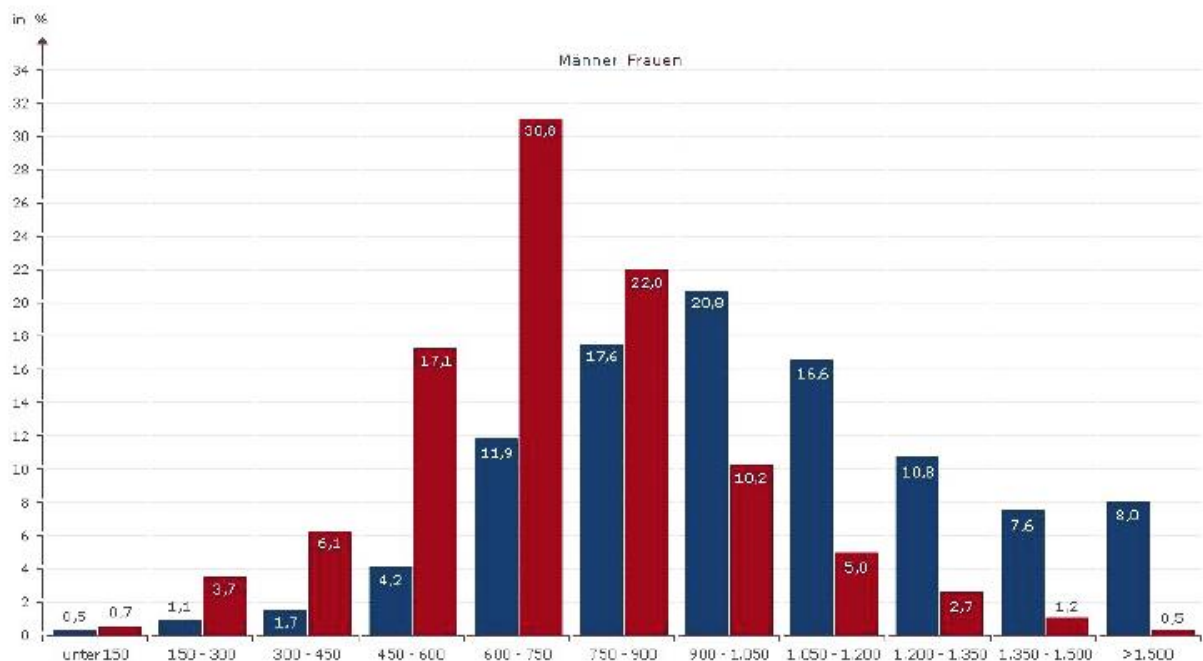
Renten in den neuen Bundesländern

Wie schon bei den alten Bundesländern so lässt sich auch für die neuen Bundesländer die Verteilung der Rentenzahlbeträge (für alle Versichertenrenten im Rentenbestand, einschließlich Erwerbsminderungsrenten) darstellen.



■ Verteilung der Versichertenrenten im Bestand, neue Bundesländer 2012

Zahlungsbeträge am Jahresende, Männer und Frauen, Anteile in %



Vergleicht man zwischen Männern und Frauen, so liegen die Männerrenten stärker im oberen Einkommensbereich (Abbildung "Verteilung der Versichertenrenten im Bestand"). Während bei den Männern 43,0 Prozent aller Versichertenrenten 1.050 Euro und mehr betragen, sind dies bei den Frauen nur 9,4 Prozent.

- Allerdings sind bei den **Frauenrenten in den neuen Ländern** auch sehr niedrige Rentenzahlungsbeträge recht selten. Eine Versichertenrente von weniger als 450 Euro erhalten 10,5 Prozent der Frauen. Gegenüber den Verhältnissen in den alten Bundesländern (hier sind es 47,5 Prozent) ergeben sich damit **gravierende Unterschiede, die in der Abbildung "Versichertenrenten von Frauen, neue und alte Bundesländer im Vergleich"** zum Ausdruck kommen

Wie bereits erwähnt: Es sind die Versicherungsjahre, die hier den entscheidenden Ausschlag geben. **Gut 60 Prozent der ostdeutschen Rentnerinnen (Rentenbestand) weisen 40 und mehr Versicherungsjahre auf** (Abbildung "Verteilung der Versicherungsjahre von Männern und Frauen 2012, neue Bundesländer").

Für einen "Neid" von West-auf Ostdeutsche geben diese Zahlen aber keinen Anlass, da zu bedenken ist, dass in Ostdeutschland andere Alterseinkünfte (wie Betriebsrenten und Renten aus privater Vorsorge) wesentlich weniger verbreitet und im Schnitt niedriger sind als im Westen (vgl. Einkommensquellen- und -arten im Alter).

Kinderkrippen in der DDR

Frauen sollten genauso berufstätig sein wie Männer. Damit sollte nicht nur ihre Gleichberechtigung betont werden -es war wirtschaftlich wichtig, dass die Frauen arbeiteten, sowohl für die Staatswirtschaft als auch für die der Familie. Wurde ein Kind geboren, wurde es demzufolge in eine staatliche Betreuung gegeben. Auf diese Weise konnte die SED außerdem frühzeitig Einfluss auf die Erziehung der jüngsten Bürger nehmen.

Ein enges Netz

Deshalb wurden die Einrichtungen für die Kinderbetreuung früh und umfassend ausgebaut. 1989 betrug die Versorgung von Krippenkindern im Durchschnitt 80 Prozent, in den Großstädten lag sie bei fast 100 Prozent. Kindergartenplätze waren für 94 Prozent und Hortplätze für 82 Prozent der Kinder vorhanden. Davon konnte man in der Bundesrepublik nur träumen: Hier gab es gerade mal für 2 Prozent der Kinder einen Krippenplatz, für 78 Prozent einen Kindergartenplatz und für 4 Prozent der Schulkinder einen Hortplatz.

Kommentar

Die Ausbildungszeiten verlängern sich für junge Menschen immer mehr. Angenommen, jemand tritt mit 25 Jahren (bei Studiengängen sicher noch später) in das Berufsleben ein, wird er bei Vollbeschäftigung ohne Ausfallzeiten mit 65 Lebensjahren gerade 40 Berufsjahre hinter sich gebracht haben. Ein 45- oder 50-jähriges

Erwerbsleben ist somit fast ausgeschlossen, um eine ungekürzte Rente zu erhalten.



Absenkung des Rentenniveaus bis 2030 auf 43 Prozent:

Mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz vom 21. Juli 2004 hat die damalige Bundesregierung beschlossen, dass das Rentenniveau von derzeit 47,9 Prozent (Oktober 2014 -Oktober 2013 48,7 Prozent) im Jahre 2020 auf 46 Prozent und **im Jahre 2030 auf 43 Prozent absinkt**. Dann wäre ein heute 30-Jähriger gerade mal 45 Jahre alt. Mit der **Agenda 2010** hat die **damalige Bundesregierung (Rot/Grün)** in den Jahren 2003 bis 2005 die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, die den **größten Sozialabbau seit Bestehen der BRD** beinhaltet.

Große Teile der Oppositionsparteien (Schwarz und Gelb) haben das "Konzept" unterstützt und aktiv mitgestaltet.

Eine erste kritische Reaktion auf die Agenda 2010 folgte am 23. Mai 2003: 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterzeichneten den Aufruf Sozialstaat reformieren statt abbauen -Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen! und weitere Wissenschaftler schlossen sich an.

- **WANN**, liebe jugendliche Freunde, organisiert Ihr Euch, steht auf und schreit Euren Protest hinaus?
- **WANN**, liebe jugendliche Freunde, hämmert ihr bei Montags-Demonstrationen an die Türen Eurer Volksverräter und fordert Euer Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit ein?
- **WANN**, liebe jugendlichen Freunde, erkennt Ihr, dass IHR für die Politik verantwortlich seid ?

RECHTSSTAAT DEUTSCHLAND



13.01.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

**„ Je häufiger vom Rechtsstaat Deutschland
gesprochen wird . . .**

. . . desto mehr erodiert er. Namhafte Staatsrechtler wie Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, der Ex-Verfassungsrichter Michael Bertrams, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier und viele andere mahnen zur Einhaltung der Verfassung und des bestehenden Rechts.

RECHTSSTAAT DEUTSCHLAND

400 Strafanzeigen gegen Bundeskanzlerin Merkel

Rund 400 Strafanzeigen sind beim Generalbundesanwalt gegen Angela Merkel eingegangen.

Einer der Vorwürfe: Hochverrat.

- Ex-Verfassungsrichter Bertrams übt scharfe Kritik am Vorgehen von Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingspolitik. Er vermutet einen Verfassungsbruch und spricht von "selbstherrlicher Kanzler-Demokratie".
- Ex-Verfassungsrichter Di Fabio stellt in einem Gutachten fest: Eine Verfassungsklage Bayerns gegen den Bund wäre Erfolg versprechend. Es gebe keine Verpflichtung zur unbegrenzten Flüchtlingsaufnahme.

Im Alleingang hat Merkel Hunderttausende „Flüchtlinge“ ins Land gelassen.

Das war zwar sehr mit-führend, wirft aber die verfassungsrechtliche Frage auf, ob sie dazu überhaupt legitimiert war. In unserer repräsentativen Demokratie liegen alle wesentlichen Entscheidungen - gerade auch solche mit Auswirkung auf das Budget - in den Händen der vom Volk gewählten Abgeordneten (s. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Parlamentsvorbehalt für den Einsatz bewaffneter deutscher Truppen im Ausland).

Ohne parlamentarische Zustimmung darf es solche Einsätze nicht geben.

„Kann also schon die Entsendung einiger hundert Soldaten nach Mali nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen, dann ist diese erst recht erforderlich, wenn es um die Aufnahme Hundert-tausender Flüchtlinge geht“, so Bertrams. Merkels Alleingang war deshalb

ein Akt der Selbstermächtigung der selbstherrlichen Kanzler-Demokratie.

Einwanderung und Asyl sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe

In der Neujahrsansprache der Kanzlerin sagte Merkel, dass Einwanderung noch jedem Land gut getan hat. Es geht hier aber nicht um Einwanderung, sondern um Asylsuchende. Einwanderung und Asyl sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Das Asylverfahren ist kein Instrument der Einwanderungspolitik. Wer aus einem



Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen sicheren Herkunftsland einreist, kann sich laut Grundgesetz nicht auf das Asylrecht berufen. Diese Regelung ist der Kern des Dublin-Vertrags. **Dieses System funktioniert nicht mehr.** Damit ist die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor unregelter Einwanderung zu schützen. Ohne Grenzkontrollen wird auf Dauer nicht nur der **Sozialstaat aus den Angeln gehoben, sondern auch der Rechtsstaat.** Die Entscheidung, ob in großem Stil Einwanderung nach Deutschland stattfinden soll oder nicht, muss der Bundestag treffen.

Das kann die Bundesregierung nicht allein entscheiden. Merkel setzt auf eine europäische Lösung und den gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Das scheint aber nicht zu funktionieren. Wenn sich auf europäischer Ebene keine Lösung finden lässt, ist die Bundesregierung verpflichtet, für

Rechtmäßigkeit und funktionierende Kontrollen an Deutschlands Grenzen zu sorgen (s. Gutachten des Ex-Verfassungsrichters Di Fabio für den Freistaat Bayern).

Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin

Es hagelt Kritik für die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin von allen Seiten. Für Hans-Jürgen Papier, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, ist die Stimmung im Land nach den Übergriffen von Köln "wahrnehmbar gekippt". Die Geschehnisse "manifestierten ein **partielles Versagen des Staates als Garant von Freiheit und Sicherheit** gegenüber seinen Bürgern", so Papier in einem Interview mit dem *Handelsblatt*. Sie seien "schrecklich und beschämend". Papier äußert massive Bedenken am Umgang mit der Flüchtlingskrise: **Noch nie sei in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit.** Das sei auf Dauer inakzeptabel, so der renommierte Verfassungsrechtler. Er spricht von einem "eklatanten Politikversagen".

Bedrohung der staatlichen Integrität

Hans-Jürgen Papier spricht etwas aus, was viele Leute womöglich auch so sähen, was in der Politik aber nicht gesagt wird. Er warnt vor einer **Bedrohung der staatlichen Integrität.**

Die Bundesregierung hat Grenzen überschritten. Die engen Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts sind gesprengt worden. **Bestehende Regelungen wurden an die Wand gefahren.** Die Asyl- und Flüchtlingspolitik krankt seit Langem daran, dass man es versäumt hat, zwischen dem individuellen Schutz vor Verfolgung einerseits und der gesteuerten Migrationspolitik für Wirtschaftsflüchtlinge andererseits zu unterscheiden.

Die Europäische Union ist gescheitert

Haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Griechenland, Spanien u.s.w. bisher grundlegend gebessert? Keineswegs.

Obwohl mit unseren Steuergeldern weiterhin rechtswidrig ein Rettungsschirm nach dem anderen über Griechenland aufgespannt wird, leben dort weiterhin Menschen weit unter dem Existenzminimum und besitzen keine Krankenversicherung.

Eingelullt durch tendenzielle Sensationsberichterstattungen der Mainstreammedien bemerkt die Bevölkerung nicht mehr, dass sie durch die seit mehr als sieben Jahre andauernde Mini-Zinsphase von 0,5 Prozent und weniger, schleichend massiv enteignet wird. Eine Vermögensbildung ist so für den Normalbürger nicht mehr möglich. Und trotzdem ist noch immer das unsinnige Argument zu hören, dass ja stattdessen die Darlehenszinsen ebenfalls auf einem historischen Niedrigzinsniveau lägen.

Ein fataler Trugschluss. Denn wer sein „Vermögen“ über Kreditaufnahme „aufbaut“, ist bereits in die Schuldenfalle geraten. Ganz abgesehen davon, dass aufgrund unseres Schuldgeldsystems die ungedeckte Geld- bzw. Kreditblase damit weiter aufbläht wird.



Ein Beispiel zur „Vermögensbildung“

Eine Rentnerin hat in ihrem Erwerbsleben umgerechnet 35.000 Euro angespart. Dann hätte sie nach 7 Jahren (Entnahme ohne Kapitalverzehr) zur Verfügung:

Verzinsung	3,0%	0,5%
• Kapital bei jährl. Zinsauszahlung	42.350 Euro	36.225 Euro
• Zinsgewinn in 7 Jahren	7.350 Euro	1.225 Euro
• Entspricht einer jährl. Entnahme	1.050 Euro	175 Euro
• Entspricht einer mtl. Entnahme	87,50 Euro	14,58 Euro

Die Tabelle zeigt die traurige Wahrheit über die staatlich gesteuerte Vermögensvernichtung unserer Bevölkerung. Rund **500 Prozent Kaufkraftverlust** - nicht einmal die jährliche Inflationsrate einbezogen. Dies ist ein Staatstreich erster Güte. Ein Staatstreich der politischen Klasse.

Recht und Souveränität

in Auszügen aus einem Aufsatz von
Prof. Dr. Karl Albrecht Schatzschneider

Die Währungsunion ist gescheitert. Reisen sind innerhalb der Euro-Zone zwar erleichtert. Sonst aber bringt die Freizügigkeit keinen Gewinn. Die Einheitswährung schadet den meisten Volkswirtschaften, die Öffnung der Binnengrenzen hat schon lange die Kriminalität verstärkt. Jetzt ist die illegale Masseneinwanderung hinzugekommen. Sie gefährdet die Existenz der europäischen Völker.

Wenn die Sicherheit im Innern und nach außen zurückgewonnen werden soll, muss die bewährte Souveränität der Völker in den nationalen Staaten wieder hergestellt werden. **Es darf keinen Vorrang der Unionsvorschriften gegenüber dem nationalen Recht geben.** Alle Völker Europas müssen wieder zur Freiheit ihrer Bürger und zum Recht in ihren Staaten zurückfinden.

Wegen der Verfassung der Europäischen Union war es von vornherein **rechtlich fragwürdig und ökonomisch bedenklich**, der Union beizutreten. Es ist Zeit, die Union zu verlassen, wenn die unveränderlichen Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland verteidigt werden sollen. Deutschland ist als Mitgliedstaat der

Europäischen Union nicht demokratisch, rechtsstaatlich und sozial. Die Bürger Deutschlands sind in der Union nicht frei. Ihre Souveränität auszuüben ist ihnen verwehrt. Sie sind **Untertanen der Bürokratie der Europäischen Union und der Parteien**, die die Herrschaft der Union im Lande durchsetzen. Die Wirtschaftsordnung widerspricht ökonomischer Vernunft.

Es geht den Deutschen weitaus schlechter als es



ihnen ohne die Mitgliedschaft in der Union ginge. Ihr Wohlstand ist in der Zeit dieser Mitgliedschaft geschmolzen.

Sie sind durch die Union mit Lasten belegt, die sie allein niemals übernommen hätten. Die Wirtschaftslage ist labil. Die Stabilität der Finanzen ist verlorengegangen. Der Fiskus ist

überschuldet. In jüngster Zeit wird Deutschland durch Massenzuwanderung bedrängt.

Alle großen Vorhaben der Europäischen Union sind gescheitert, der Binnenmarkt, die Währungsunion, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Durch die vertrags- und völkerrechtswidrige Praxis des Europäischen Gerichtshofs ist es zu harten Deregulierungen der nationalen Schutzbestimmungen gekommen.

Der **Gerichtshof** hat sich ermächtigt, der Politik Vorschriften zu machen. Die Maßstäbe definiert er selbst und **entzieht sie der demokratischen Willensbildung der Völker**. Damit hat er sich zum höchsten ‚Gesetzgeber‘ des Wirtschaftsrechts aufgeschwungen. So hat er verfügt, dass nicht das vertraglich vereinbarte Bestimmungsland einer Ware oder Leistung die Produktstandards definiert, sondern das Herkunftsland, so dass nicht die eigenen Standards eines Volkes etwa die Lebensmittelsicherheit bestimmen, sondern die von 28 Staaten. Das hat die Gesundheit erheblich in Gefahr gebracht.

Es werden absolute Vorteile der einen zu Lasten der anderen durchgesetzt. Das führt zum Niedergang der schwächeren Volkswirtschaften, zu deren übermäßigen Verschuldung. Gewinne generieren daraus allein die internationalen Unternehmen.

Es ist ein **unechter Freihandel**. Der unfaire Wettbewerb ohne hinreichende Gleichheit der Chancen bringt jedoch die Ausbeutung der Arbeitnehmer mit sich, die sich stetige Senkung der Löhne gefallen lassen müssen, um die Marktfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. Diese können sie gegen die **sklavenartigen Beschäftigungen** in unterentwickelten oder wenig entwickelten Ländern ausspielen, weil in der globalisierten Wirtschaft, in die sich die Europäische Union vertragsgemäß einfügt, kein hinreichender Schutz der Volkswirtschaften in deren jeweiliger Eigenart besteht.

Der missgebildete Binnenmarkt wird durch die Währungsunion und durch die Währungseinheit der Eurogruppe wesentlich verschlimmert.

Den Euroländern sind Abwertung und Aufwertung verwehrt, so dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch den Außenwert ihrer Währung verbessern können.

Der Niedergang der schwächeren Volkswirtschaften war und ist unausweichlich. Davon haben aber nur die Unternehmen und Steuerstaaten der stärkeren Volkswirtschaften Vorteile, nicht deren Bevölkerungen. Denen wird die **Sozialdividende** der starken Währung **vorenthalten**, die durch die günstigen Importpreise ihre Kaufkraft stärken und den nationalen Markt beleben würde.

Die **Einheitswährung** sollte den unionalen Großstaat erzwingen. Sie war eine Fehlkonstruktion und ist krachend **gescheitert**. Jetzt kosten die verzweifelten Eurorettungsversuche Billionen an Euro. Auch die inflationsorientierte **Staatsfinanzierung der Europäischen Zentralbank** wird die Währungsunion nicht retten. Sie ist nicht nur **schwerer Rechtsbruch**, sondern wird einen Zusammenbruch aller Finanzen herbeiführen, der die politische Stabilität der Völker und Staaten der Europäischen Union beenden wird. Schon jetzt müssen die Sparer und Rentiers hinnehmen, dass ihre Ersparnisse und Lebensversicherungen keine Zinsen mehr erbringen. Sie sind dadurch in Not gekommen.

Die **Schengen-Politik** eines Raumes **ohne Binnengrenzen** ist unter dem Sturm der



Flüchtlinge kläglich **zusammengebrochen**. Die grenzüberschreitende Kriminalität hatte diese Politik schon lange erleichtert. Die Außengrenzen waren und sind nicht gesichert. Die Freiheit, die es nur durch Rechtlichkeit gibt,

ist so gut wie verloren. **Die Sicherheit der Grenzen ist aber für Freiheit und Recht existentiell.**

Die Staaten haben um der Illusion eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit willen **alle diese Prinzipien verletzt.**

Die Einzelstaaten hätten sich gegen die illegale Massenzuwanderung der Fremden behauptet, wie das einzelne Staaten bewiesen haben. Die gemeinschaftliche Verantwortungslosigkeit hat die Völker der Uni-on Gefahren einer politischen Religion ausgeliefert, die mit der Kultur Europas unvereinbar ist.

Das demokratische Defizit der Europäischen Union ist nicht behebbar. Deren Gesetzgebung ist exekutivistisch, d.h. die Gesetze bestimmen die Kommission, der Rat und vor allem die Staats- und Regierungs-chefs im Europäischen Rat. **Das Europäische Parlament hat keine demokratische Legitimationskraft. Es vertritt kein Volk, weil es das Unionsvolk nicht gibt.**

Die Abgeordneten sind nicht gleichheitlich gewählt. Die nationalen Parlamente haben für die Gesetzgebung nur noch eine Alibifunktion. **Dem Europäischen Gerichtshof fehlt jeder Ansatz demokratischer Legitimation,** aber er hat große Gestaltungsmacht. In der Europäischen Union sind auch die Mitgliedstaaten nicht mehr hinreichend demokratisch.

Selbst die fragwürdige bürokratische Ordnung der Verträge und die überbordenden Richtlinien und Verordnungen der Union werden stetig verletzt, wenn das politisch opportun ist. **Die Missachtung des Rechts ist in der Europäischen Union System geworden.** Die Mitgliedstaaten haben dadurch auch an **Rechtsstaatlichkeit eingebüßt.** Nicht einmal die Verfassungen der Mitgliedstaaten werden respektiert. Jeden-falls nicht in Deutschland.

Die Verteilung des Volkseinkommens kann nur gerecht sein, wenn sie nach Bedarf, Leistung, Markt und Eigentum auf Grundlage der Gleichheit der Bürger erfolgt. Darüber kann nur die Bürgerschaft in demokratischer Willensbildung befinden. Darum dürfen

Wirtschaft, Währung und Soziales nicht auseinander-gerissen werden wie in der globalisierten Europäischen Union. **Diese führt dazu, dass die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden.**

Kein Volk sollte die **Entdemokratisierung**, die **Entrechtlichung** und die **Entsolidarisierung** der Lebens-verhältnisse hinnehmen. Sie sind die unvermeidliche Folge der Europäisierung und Internationalisierung. Jetzt droht die weitere Globalisierung durch die Freihandelsabkommen mit Kanada und vor allem mit der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Abkommen werden das Unrecht der Wirtschaftsordnung weiter verschlimmern.



Den Deutschen ist, wenn sie in Freiheit, Frieden und Wohlstand miteinander leben wollen dringend zu raten, die Europäische Union zu verlassen. Sie werden dadurch keine Nachteile haben. Der welt-weite Handel ist durch die Weltwirtschaftsordnung gesichert, aber sie können den Handel nach ihren Interessen gestalten und müssen sich nicht den Interessen des internationalen Kapitalismus beugen. Sie werden auch die immensen Kosten für die Transfers in gescheiterte Staaten und für gescheiterte Finanzinstitute nicht mehr tragen müssen.

Sie werden insbesondere die Chance zurückgewinnen, auf die Politik ihres Gemeinwesens Einfluss zu nehmen, den sie auf die Organe der Europäischen Union nicht haben und nicht haben können. Anstatt das Subsidiaritätsprinzip mit Leben zu erfüllen, ist die eigentliche Agenda der Unionspolitik, von

Krise zu Krise Schritt für Schritt den **unionalen Großstaat** zu erzwingen.

Das **Ziel** der Integrationspolitik ist der in die „**One World**“ eingefügte **zentralistische Bundesstaat**. Dar-über will die politische Klasse freilich die Völker nicht befragen, weil sie nicht mit deren Einverständnis rechnen kann.

Vorerst wird versucht, die Bevölkerungen zu verändern, um willige Wähler zu gewinnen. Die Souveränität der Bürger will man nach Möglichkeit mittels **political correctness** erstickten. Der einzige Weg ist, so weit wie die Integration vorangetrieben worden ist, der Austritt aus dem uneuropäischen Unternehmen der Integration zur Europäischen Union. Es ist der Schritt in die Freiheit. **Nicht die Bürger haben in ihren Staaten das Sagen, sondern die Oligarchien der Parteien, der Medien und vor allem der Finanzen.**

Eines der wirksamsten Herrschaftsmittel der Europäischen Union ist der **Moralismus**, der das wichtigste Recht freier Menschen unterdrückt, das Recht der freien Rede. Zunehmend zwingt die Union die Völker im transatlantischen Bündnis in Kriege und schlimmer noch, die Völker der Union müssen sich die Islamisierung der Lebensverhältnisse gefallen lassen, die ihnen Bürgerkriege zu bringen droht. Schon jetzt ist der Terrorismus tägliche Gefahr.

Wir leben wieder in Jahren der Entscheidung. **Wir sollten uns für ein europäisches Europa entscheiden** und einsetzen, **gegen die**

Europäische Union, wie sie oligarchische Internationalisten, Integrationisten und Egalitaristen zu Lasten der Völker geschaffen haben, für ein Europa der Bürger und der Völker, der **Freiheit**, des **Rechts** und der wirtschaftlichen und **sozialen Vernunft**, dessen Institutionen die **Souveränität** der Völker achten und die Freiheit der Bürger zu



verwirklichen eine Chance lassen, für ein Europa der Säkularität der Politik von der Religion, also ein Europa der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sowie des Rechts der ungestörten Religionsausübung im Rahmen der Gesetze, die für jedermann und für alle Religionen und Weltanschauungen verbindlich sind, für ein aufklärerisches Europa. **Die globalistische Europäische Union ist eine uneuropäische Fehlentwicklung.**

Wir müssen die verhängnisvolle Integration der Völker Europas zur Europäischen Union beenden, wenn wir wieder in Freiheit und Frieden leben wollen. **Wir müssen unser Recht, aus der Europäischen Union auszutreten, wahrnehmen.**

Die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, wenn sie ihre Freiheit, ihr Recht und ihr gutes Leben nicht nur verteidigen, sondern wiedergewinnen wollen.

Anmerkung: In seinem Buch „*Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik. Ein Staatsstreich der politischen Klasse*“ beschreibt der namhafte Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider u.a. den Zerfall der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik.

ALLES FUTSCH



03.02.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Dem Bargeld . . .

. . . soll es nun an den Kragen gehen. Die Bundesregierung will eine Bargeld Obergrenze von 5.000 Euro einführen. Das ist nicht neu, denn uneingeschränkt gültiges Zahlungsmittel sind Banknoten in der Europäischen Union nur noch in Deutschland, Österreich, Slowenien, dem Baltikum und auf Zypern.

ALLES FUTSCH

Ohne Moos nichts los

In den meisten anderen Kontinentalländern der EU gibt es mittlerweile Höchstgrenzen für Barzahlungen: In Spanien liegt diese für Inländer bei 2500 Euro, in Italien und Portugal sogar bei nur 1000 Euro. Und auch Frankreich hat den Höchstbetrag per September 2015 von 3.000 auf 1000 Euro herabgesetzt.

Und schon flammt sie wieder auf, die Finanzkrise.

Nennen wir sie „Krise 2.0“. Aus politischen Kreisen wird vordergründig argumentiert, die Bargeldbegrenzung diene dazu, unter anderem dem Schwarzgeldmarkt Einhalt zu gebieten, Geldwäsche zu unterbinden und Steuerschlupflöcher zu schließen. Das ist sachlich betrachtet ebenso realitätsfremd und naiv wie etwa diejenigen, die noch immer glauben, **uns** ginge es gut und **wir** jammerten auf **hohem Niveau**.

Ganz nebenbei sei noch zu klären, was diejenigen unter „**wir**“, „**uns**“ und „**hohem Niveau**“ verstehen.

Sind unter „**wir**“ etwa die rund 40 Prozent der Bevölkerung zu verstehen, die ein durchschnittliches Bruttogehalt von 2.500 Euro oder weniger beziehen? Sind „**wir**“ diejenigen, deren Rente schon jetzt Jahr für Jahr schrittweise und bis zum Jahr 2030 auf ein mickriges und voll zu versteuerndes Altersrentenniveau von 43 Prozent sinkt? Damit ist die Altersarmut vorprogrammiert. Ist es das, was diejenigen unter „**hohem Niveau**“ verstehen?

Bleibe noch zu klären, wie die jüngeren Generationen jemals durch eigene Arbeit ein ausreichendes Vermögen zur Alterssicherung aufbauen wollen. Nur Bezieher von leistungslosem (Zusatz) Einkommen, vollkommen Intelligenzbefreite oder Opfer der inszenierten Pseudo-Politforen wie Maischberger, Anne Will u.ä. mögen noch daran glauben, die „Krise“ sei überwunden.

Nein, die Wahrheit ist viel erschreckender: Die Feinde des Bargelds streben nach totaler Kontrolle!

Rente in Euro	Anzahl der Rentner West	in % der Rentner West	Anzahl der Rentner Ost	in % der Rentner Ost	Anzahl Rentner gesamt
unter 300	3 644 394	24,44	120 646	3,23	3 765 040
300-350	570 378	3,82	41 026	1,10	611 404
350-400	519 968	3,49	48 093	1,29	568 061
400-450	497 461	3,34	71 335	1,91	568 796
450-500	496 568	3,33	108 034	2,89	604 602
500-550	519 957	3,49	148 449	3,97	668 406
550-600	528 382	3,54	193 566	5,18	721 948
600-650	549 314	3,68	239 005	6,40	788 319
650-700	542 912	3,64	304 132	8,14	847 044
700-750	550 341	3,69	324 964	8,70	875 305
750-800	529 316	3,55	298 681	7,99	827 997
800-850	502 488	3,37	245 007	6,56	747 495
850-900	460 765	3,09	216 412	5,79	677 177
900-950	411 677	2,76	199 222	5,33	610 899
950-1000	387 917	2,60	185 756	4,97	573 673
1000-1050	378 675	2,54	159 179	4,26	537 854
1050-1100	372 673	2,50	139 598	3,74	512 271
1100-1150	372 337	2,50	120 512	3,23	492 849
1150-1200	365 168	2,45	101 806	2,72	466 974
1200-1250	353 036	2,37	85 316	2,28	438 352
1250-1300	330 706	2,22	71 170	1,90	401 876
1300-1350	303 532	2,04	60 264	1,61	363 796
1350-1400	273 815	1,84	51 589	1,38	325 404
1400-1450	242 412	1,63	44 777	1,20	287 189
1450-1500	211 643	1,42	38 768	1,04	250 411
1500-1550	186 477	1,25	31 670	0,85	218 147
1550-1600	164 841	1,11	25 421	0,68	190 262
1600-1650	148 932	1,00	19 980	0,53	168 912
1650-1700	131 668	0,88	14 714	0,39	146 382
1700-1750	110 992	0,74	10 081	0,27	121 073
1750-1800	89 400	0,60	6 711	0,18	96 111
1800-1850	66 045	0,44	4 087	0,11	70 132
1850-1900	43 986	0,29	2 223	0,06	46 209
1900-1950	27 227	0,18	1 318	0,04	28 545
1950-2000	15 241	0,10	1 507	0,04	16 748
2000-2050	7769	0,05	832	0,02	8601
2050-2100	3274	0,02	235	0,01	3509
über 2100	2227	0,01	110	0,003	2337

* Rentenzahlungsbeträge Stand 1. Juli 2012

Quelle: Rentenbestandsstatistik des

Die Krise 2.0 startet durch

Wir nähern uns unaufhaltsam dem fundamental zerstörerischen Kulminationspunkt der Krise 2.0.

Geld hat drei grundsätzliche Funktionen:

1. Tausch-und Zahlungsmittel
2. Recheneinheit
3. Wertaufbewahrungsmittel.

Wird eine dieser Funktionen dauerhaft nicht mehr erfüllt, so nimmt nicht nur das Vertrauen in das „Geld“ ab, es kommt auch in der Regel zu Parallel- oder Ersatzwährungen. Soziale Unruhen eingeschlossen.

Wenn wir einmal die grundsätzliche Betrachtung . . .

- a. Wer ist eigentlich der Staat?
- b. Wieviel Staat benötigen wir wirklich?

. . . außer Ansatz lassen, ergibt sich folgende Kausalkette:

- Der Staat, so wie wir ihn gemeinhin betrachten, benötigt (immer mehr) Geld, um seine „Aufgaben“ zu erfüllen.
- Dieses Geld saugt er bei seinen Bürgern ab.
- Wird durch Vertrauensmangel Geld privat gehortet und Kaufzurückhaltung geübt, wird dem Staat **und** den Banken notwendiges (Bar)Geld entzogen.

Wie kommen Staat und Banken am schnellsten zu Geld und Macht?

Bringen wir es auf den Punkt: Die unersättlichen Kraken *Staat* und *Banken* schöpfen alle Möglichkeiten aus, um mit ihren klebrigen Tentakeln den Hunger nach Geld bzw. Krediten zu stillen. Die Instrumente dazu sind, vereinfacht dargestellt, seit Jahrtausenden die gleichen: **Enteignung und Unterdrückung.**

Die Enteignung findet nun seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten statt. Gekennzeichnet u.a. durch:

- Massiven Sozialabbau: u.a. Hartz IV, Zeitarbeitsverträge, Renten- und Krankenversicherungsreformen u.v.a.m.
- Sinkende Netto-Reallohne ohne Ausgleich der Inflationsrate.
- Null-Zins-Politik: eine gigantische Geld- bzw. Geldwertvernichtung von mehreren Hundertmilliarden Euro.
- Deregulierung der Finanzmärkte und gänzlich fehlende Kontrolle darüber.
- Und nun voraussichtlich: Einrichtung einer Bargeld-Obergrenze.

Welches Ziel hat die Abschaffung von Bargeld?

Klare und **einzige** Antwort: **Macht und Machterhalt.**

- Wer Macht über das Geld hat, hat Macht über die Menschen.
- Wer Macht über die Menschen hat, bestimmt die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen.

Nach heutigem Standard ist Geld immer noch der Lebenssaft in den Adern des Wirtschaftskreislaufs. Eigentlich ist alles ganz einfach:

- Der Ursprung der Finanz-bzw. Bankenkrise geht bereits auf das Jahr 1971 zurück.
- Damals hob US-Präsident Nixon die Goldbindung des Dollar auf. Damit verlor jegliche Währung ihre Deckung.
- In den 1990er Jahren begann auch in Deutschland die hemmungslose Aufblähung der Geld- bzw. Kreditblase durch Deregulierung der Finanzmärkte.

Da unser Geldsystem ein **Schuldgeldsystem** ist, d.h. Geld entsteht durch Kredite, **können Banken sozusagen aus dem Nichts Geld in Form von Krediten produzieren.**

- Dadurch wurde die weltweite „Geldmenge“ Jahr für Jahr ohne jegliche Sachdeckung aufgebläht.
- Damit übersteigt die gesamte weltweite Geldmenge den tatsächlichen Bestand an Münz- und Scheingeld um ein Vielfaches. Das Wort **Scheingeld** trifft die Situation auf den Punkt: das Geld besteht tatsächlich nur zum Schein, denn es existiert nicht wirklich, sondern lediglich als Buchgeld auf unseren Konten.
- Würde daher jeder nur 5 Prozent seines Bankguthabens morgen früh abheben, wären bereits am Mittag desselben Tages **alle Banken (auch Sparkassen) weltweit pleite.**

Wie kommt die Staatskrake aus der Pleite?



Hier sind die seit Jahrhunderten bewährten Klassiker:

Stufe 1:

Erhöhung von Steuern u. Beiträgen

Stufe 2:

Schaffung von Inflation (Geldentwertung)

Stufe 3:

- Schrittweise Enteignung durch Null-Zins-Politik (*Konsumverzicht*),
- Zugriff auf Guthaben (*Geldvermögen auf Spar-, Bauspar- und Lebensversicherungskonten, Zwangshypotheken auf Immobilien, s. auch Bargeldobergrenze u.s.w.*)

Stufe 4:

Währungsschnitt / Währungsreform

Was kann ich tun?

Vorweg gesagt: Bevor notwendige und vor allen Dingen **grundlegende Reformen** (z.B. Rentenreform u.a.) umgesetzt sind und flächendeckend greifen, benötigt es erfahrungsgemäß **rund 25 Jahre**. Also ungefähr die Zeitspanne einer ganzen Generation - das wird selbst für heute 30-jährige ziemlich eng. Und auch nur dann, wenn HEUTE mit der Umsetzung der Reformen begonnen wird. Die Aussichten dafür sind schlecht, weil:

- Kein erkennbares Konzept für notwendige, innovative u. angemessene Reformen erkennbar ist.
- Kein kompetentes und integriertes Personal zur Umsetzung in Sicht ist.

Vieles deutet also darauf hin, dass sich die Euro-Zone in absehbarer Zeit selbst zerlegt.

Bis dahin wird es für die Bürger von Tag zu Tag schmerzhaft teurer und besonders für etliche Schuldner existenzgefährdend.

- Jungen, gut ausgebildeten und mutigen Menschen könnte man raten, ihren Lebensmittelpunkt in einem sicheren Nicht-Euro-Land aufzubauen.
- Menschen mit etwas frei verfügbarem Geldvermögen sei gesagt: Nichts ist so sicher wie die Unsicherheit ihres Geldes bei Banken und Sparkassen. Einlagensicherungsfonds der Entschädigungseinrichtungen deutscher Banken (vielleicht haben Sie in letzter Zeit schon ein Schreiben Ihres Geldinstituts erhalten) sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Aber vielleicht glauben Sie auch noch an den Osterhasen.
- Gold- und Silbermünzen (z.B. Krügerrand, Maple Leaf o.ä.) sind anerkannt, in kleinen Stückelungen erhältlich, besser zu handhaben als Barren und behalten ihren Wert auch nach einer Währungsreform.

Am besten bar über den Tresen bei einer Scheideanstalt o.ä. zu erwerben. Beim Erwerb über Banken besteht die Gefahr der Registrierung.

- Betriebsvermögen, Immobilienvermögen und Grundstücke sind am besten in einer (Familien)Stiftung untergebracht. Die Milliardärs-Familien Reimann (Reckitt-Benckiser), Albrecht (Aldi), Rossmann (Rossmann) u.v.a. wissen schon weshalb.

Die in den vergangenen 20 Jahren eingetretenen und augenscheinlichen FAKTEN sprechen eine überdeutliche Sprache. Man kann wohl nicht mehr mit gutem Gewissen von Verschwörungstheorien sprechen, wenn man diese Ereignisse in einen logischen Kontext bringt. **Es sei denn, Sie verschließen sich der Realität.**



- In nur 14 Jahren erhöhte sich die Pro-Kopf-Verschuldung um 77,8 Prozent. Unsere Enkel danken es uns.
- Die Maastricht-Kriterien sahen eine max. Staatsverschuldung von 60% des BIP vor. Deutschland überschritt diese bereits im 1. Jahr nach Einführung des Euro dauerhaft.

Staatsverschuldung DEUTSCHLAND

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen	
2000	1.241,40	15.108,88	58,74	128,61	
2001	1.252,29	15.223,60	57,53	131,20	
2002	1.305,43	15.834,82	59,17	136,43	< Einführung Euro
2003	1.394,97	16.901,24	62,92	143,98	
2009	1.778,45	21.687,82	72,39	163,04	< Finanzkrise
2010	2.067,44	25.273,64	80,25	186,18	
2014	2.170,00	26.867,26	74,73	167,72	

Staatsverschuldung FRANKREICH

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen
2000	867,96	14.335,80	58,44	117,32
2001	895,07	14.678,22	57,95	116,41
2002	954,02	15.531,71	59,84	121,60
2003	1.047,14	16.926,47	63,95	130,71
2009	1.527,13	23.731,54	78,76	158,79
2010	1.627,82	25.175,53	81,45	164,06
2014	2.037,77	30.952,44	95,02	178,49

Staatsverschuldung SPANIEN

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen
2000	374,56	9.352,30	57,96	152,26
2001	378,88	9.360,52	54,16	142,87
2002	384,15	9.361,34	51,27	134,18
2003	382,78	9.151,20	47,64	125,68
2009	568,70	12.299,07	52,70	151,40
2010	649,26	13.966,58	60,07	165,77
2014	1.033,86	22.227,65	97,67	258,64

Staatsverschuldung ITALIEN

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen
2000	1.302,59	22.883,10	105,07	237,94
2001	1.360,32	23.881,82	104,69	237,35
2002	1.371,67	24.069,71	101,88	233,16
2003	1.397,45	24.460,73	100,44	229,25
2009	1.769,79	29.996,20	112,46	245,20
2010	1.851,26	31.276,43	115,29	252,78
2014	2.134,92	35.123,83	132,11	274,69

Staatsverschuldung GRIECHENLAND

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen	
2006	225,27	20.272,02	103,41	267,11	Beitritt in Euro-Zone
2007	239,99	21.535,87	103,08	257,07	
2008	264,62	23.664,61	109,30	269,08	
2009	301,00	26.897,62	126,77	327,35	
2010	330,29	29.533,74	146,01	356,15	
2014	317,09	29.081,31	177,07	386,63	

Und jetzt kommen noch zwei Schmankerln.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an etliche TalkShows in letzter Zeit, wie bei Maischberger und Co., in denen Politiker nicht müde werden, immer wieder zu betonen, dass es z.B. Irland (und auch Portugal) „aus eigener Kraft geschafft haben“, die Finanzkrise zu meistern? Und das völlig unwidersprochen durch die „Moderatoren“. Schauen Sie mal hier ...



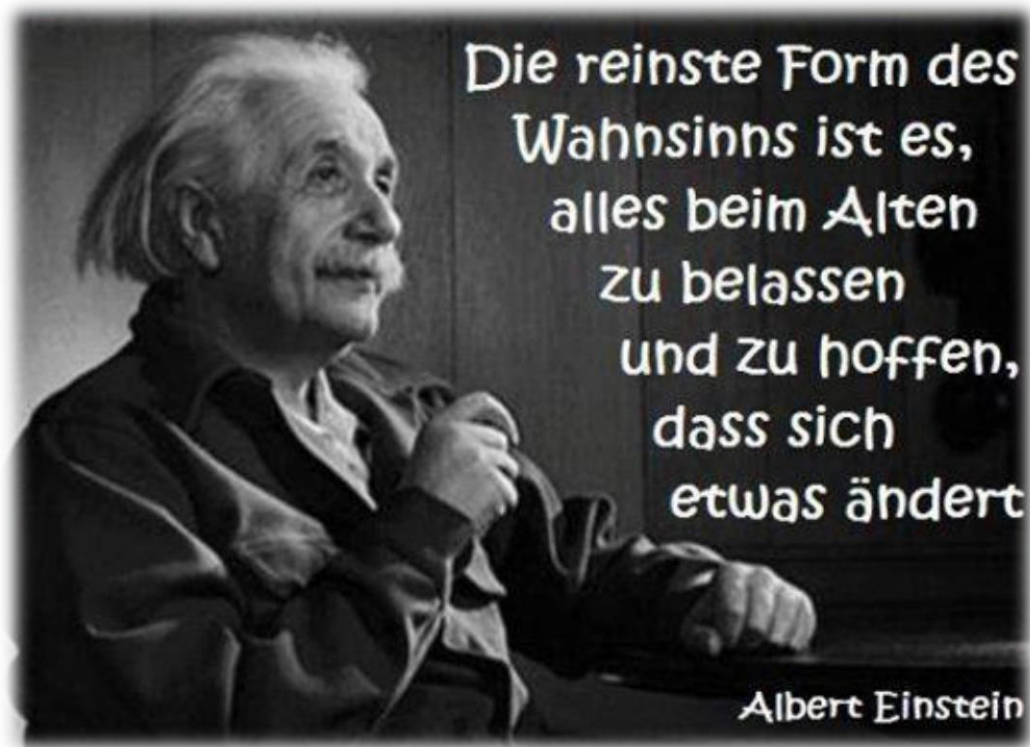
Staatsverschuldung IRLAND

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen
2000	39,09	10.349,02	36,27	101,08
2001	40,52	10.573,05	33,44	99,41
2002	41,54	10.651,71	30,73	93,45
2003	43,56	10.987,34	30,07	89,60
2009	104,54	23.121,64	62,18	184,53
2010	144,16	31.688,18	87,41	259,82
2014	203,32	44.147,08	109,66	314,27

Staatsverschuldung PORTUGAL

Jahr	Staatsschulden in Mrd. €	Staatsschulden in € je Einwohner	Staatsschulden in % des BIP	Staatsschulden in % der Einnahmen
2000	64,64	6.306,99	50,32	127,61
2001	72,55	7.023,11	53,42	135,83
2002	80,13	7.709,11	56,18	139,14
2003	85,73	8.207,70	58,65	143,40
2009	146,69	13.887,26	83,61	206,86
2010	173,06	16.367,59	96,18	236,63
2014	225,28	21.604,86	130,18	292,53

Ist es daher wirklich noch verwunderlich, wenn informierte Bürger von Lügenpresse sprechen und unseren dampfplaudernden Politikern nicht mehr über den Weg trauen? Und ist es nicht befremdlich, wenn sie diese trotzdem immer wieder wählen ...



TELEGRAMM

01/2016



15.02.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

TELEGRAMM

Ein neues Format, das in unregelmäßigen Abständen gebündelte Informationen bietet. Auf eine ausführliche Behandlung der Themen wird bewusst verzichtet. TELEGRAMM versteht sich als **Ergänzung** zu den bisherigen Kolumnen aus dieser Reihe, die auch weiterhin erscheinen.

TELEGRAMM 01/2016

Time is money

„Es ist nicht wenig Zeit, was wir haben, sondern es ist viel, was wir nicht nutzen“ (*Seneca*) Deshalb erscheint heute erstmalig das TELEGRAMM. Kurzgefasste Informationen aus Politik und Wirtschaft. Denn, um es mit Arthur Schopenhauer zu sagen: „Gewöhnliche Menschen denken nur daran, wie sie ihre Zeit verbringen. Ein intelligenter Mensch versucht sie zu nutzen“.

Viele der im TELEGRAMM veröffentlichten Informationen erscheinen, wenn überhaupt, oft nur als Randnotiz in den Mainstreammedien. Aber gerade die NICHT durch das zwangsfinanzierte Staatsfernsehen der sogenannten Öffentlich-Rechtlichen Sendeanstalten ARD und ZDF vermittelten „Nachrichten“ sind es, die unser Leben bestimmen. Aus diesem Grund erscheinen im TELEGRAMM auch keine üblichen *Nachrichten*, denn die werden, wie das Wort schon ausdrückt, ja durch die Redaktionen „nachgerichtet“ (damit man sich danach richtet).



Hausausweise für Lobbyisten im Bundestag

Beharrlich hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Offenlegung ihrer Lobbykontakte gewehrt - am Ende vergeblich. Jahrelang konnten Lobbyisten unbemerkt in den Bundestag gelangen - mit Hausausweisen, die ihnen die Parteien im Geheimverfahren verschafft haben. 2015 war die Parlamentsverwaltung in mehreren Gerichtsentscheidungen auf Offenlegung der Lobbyistennamen verurteilt worden.

Parlamentwatch e.V., Betreiber von www.abgeordnetenwatch.de, klagte erfolgreich Transparenz vor Gericht ein. Um einen Hausausweis zu bekommen, müssen sich Lobbyisten nun in ein öffentliches Register eintragen.

- Insgesamt 1.103 Interessenvertreter haben seit 2013 über die Fraktionen Zugang zum Bundestag erhalten. Somit kommen rund zwei Lobbyisten auf einen Bundestagsabgeordneten.
- CDU und CSU bewilligten mehr als doppelt so viele Hausausweise wie die übrigen Fraktionen zusammen.
- Auf einem Unions-Ticket gelangen u.a. der Rüstungskonzern EADS, der Axel Springer-Verlag, der Deutsche Fußballbund (DFB) und die Frackinglobby ins Parlament.

Was kosten solche Prozesse für mehr Transparenz?

Der Bundestag hat trotz einer eigenen Rechtsabteilung in zwei aktuellen Gerichtsprozessen mehr als **100.000 Euro Steuergelder** für externe Anwälte ausgegeben.

- Um die *Offenlegung der Lobbyisten-Hausausweise* vor Gericht zu verhindern, beauftragte die Parlamentsverwaltung eine Großkanzlei (*Redeker Sellner Dahs*) für mehr als **20.000 Euro**.
- Die Transparenzblockade des Bundestages im Prozess um die Herausgabe von Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes kostete den Steuerzahler **91.228 Euro**. Soviel betrugen die Anwaltskosten der Anwaltskanzlei *Redeker Sellner Dahs*.
- **Und auch in diesem Verfahren verlor die Parlamentsverwaltung.** Im Juni 2015 urteilte das Bundesverwaltungsgericht, dass der Bundestag den Klägern, einem Bürger und einem Journalisten, die eingeforderten (und aus Steuermitteln erstellten) Gutachten des

Wissenschaftlichen Dienstes herausgeben müsse.

Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes

Jahrelang machte der Bundestag ein Geheimnis aus den Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes. Obwohl er vom Bundesverwaltungsgericht zur Herausgabe einzelner Ausarbeitungen gezwungen wurde, fehlte bis zuletzt eine Übersicht aller Gutachten. Darin befindet sich u.a. eine Ausarbeitung zum umstrittenen **Freihandelsabkommen TTIP**, die der Bundestag als vertraulich eingestuft hat.

Dass sich der Deutsche Bundestag lange Zeit weigerte die Gutachten herauszugeben, war auch deswegen skandalös, weil die **Arbeiten des Wissenschaftlichen Dienstes aus Steuermitteln erstellt werden**. Diese Unterabteilung des Deutschen Bundestages soll Abgeordneten "*bei der Ausübung ihres Mandates Hilfestellung leisten*" und ist dabei zu parteipolitischer Neutralität und sachlicher Objektivität verpflichtet.

Die Übersicht mitsamt Aktenzeichen sämtlicher Gutachten seit 2005 erlaubt nun allen Interessierten, ein Gutachten auch tatsächlich beim Deutschen Bundestag anzufordern. Am einfachsten geht dies über das Portal **FragDenStaat.de**, wo man eine kostenlose (und formlose) Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz stellen kann:

1. Auf den Button "Stellen Sie eine Anfrage" klicken.
2. "Deutscher Bundestag" auswählen.
3. Option "Informationen aus Dokumenten oder Akten (Informationsfreiheits-anfrage)" anklicken.
4. Anfrage formulieren, z.B.: "*Bitte senden Sie mir Folgendes zu: die Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes mit dem Aktenzeichen WD 10 -058/14 A 'Deutsche Olympiabewerbungen'*".

Sollte der Bundestag Gebühren verlangen, etwa für die Schwärzung personenbezogener Daten

oder das Erstellen von Kopien -muss er Sie darüber zunächst in Kenntnis setzen. Sie können Ihren Antrag dann immer noch widerrufen.

Gehaltserhöhung von 250 Euro ab 01. Juli 2016

Leider gibt es die 250 Euro nur für unsere Bundestagsabgeordneten. Nichts davon gehört? Das ist nicht verwunderlich, denn die Diätenerhöhungen finden künftig nur noch heimlich statt. Weil CDU/CSU und SPD sich nicht mehr öffentlich rechtfertigen wollten, haben sie die Gehaltserhöhungen für Abgeordnete an die Bruttolohnentwicklung angepasst. Nach der nächsten Diätenerhöhung wird ein Bundestagsabgeordneter 9.336 Euro verdienen. Manchen Polit-Darstellern ist das aber noch zu wenig.

Hier nur mal drei Beispiele:

- **Dagmar Wöhrl** kassierte 2014 von einem Versicherungskonzern bis zu **255.000 Euro** für diverse Aufsichtsratsposten.
- **Stephan Harbarth** verdient als Vorstandsmitglied einer Rechtsanwaltskanzlei pro Jahr eine **viertel Million Euro**, - mindestens. Die genaue Höhe ist unbekannt.
- **Heinz Riesenhuber** erhielt vergangenes Jahr **250.000 Euro** für seinen Posten im Verwaltungsrat eines großen Pharmaunternehmens.

Insgesamt **ein Viertel aller Bundestags-bgeordneten** geht nach Recherchen einer **bezahlten Nebentätigkeit** nach. Seit der letzten Bundestagswahl haben sie so bis zu **21,4 Millionen Euro** zusätzlich kassiert, und inzwischen dürften einige Millionen dazugekommen sein. Nebeneinkünfte gefährden die Unabhängigkeit unserer Politiker massiv und werfen außerdem die Frage auf, wie

sich ein Abgeordneter mit Nebenjob überhaupt voll und ganz seinem Mandat widmen kann.

Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung

Elf Jahre brauchte der Bundestag zur Ratifizierung einer UN-Konvention gegen Korruption, doch ausgerechnet bei Abgeordneten wird Korruption weiterhin kaum nachweisbar sein. Das beschlossene Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung ist weitgehend wirkungslos. Ein Staatsanwalt muss nämlich nachweisen, dass ein korrupter Volksvertreter "im Auftrag oder auf Weisung" gehandelt hat. Wer sich nicht allzu dumm anstellt, hat strafrechtlich nichts zu befürchten.

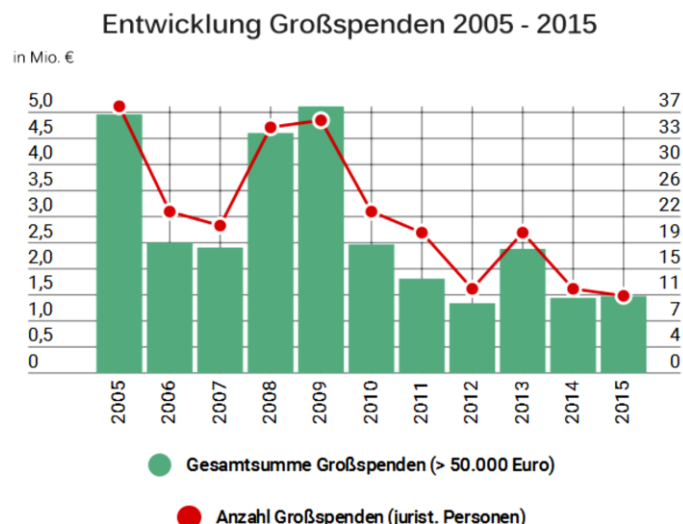
Transparenz entzieht Korruption den Boden. Denn damit diese sich entfalten kann, braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen - und die verhindert ausgerechnet die Union seit Jahren.

- Parteispenden über 10.000 Euro zeitnah veröffentlichen? Mit der Union nicht zu machen.
- Sponsoring-Einnahmen in den Rechenschaftsberichten der Parteien auflisten? Nicht mit CDU/CSU.
- Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf Euro und Cent offenlegen? Die Union ist dagegen.

- Die Namen der Mandanten und Kunden transparent machen, von denen Abgeordnete im Nebenjob als Anwälte oder Berater Geld erhalten? CDU und CSU sagen nein.
- Ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen, in dem Lobbyisten angeben, mit welchem Budget, in wessen Auftrag und zu welchem Thema sie Einfluss auf die Politik nehmen? Die Union weigert sich.
- Ein allgemeines Transparenzregister wie in Hamburg einführen, in das Behörden und Ministerien von sich aus Dokumente wie Verträge, Aktenvermerke o.ä. öffentlich verfügbar machen müssen? Daran ist schon mal gar nicht zu denken.

Großspenden an Parteien

Großspenden aus der Wirtschaft sind selten geworden. Genau genommen gab es 2015 so wenige wie noch nie in den letzten zehn Jahren, nämlich insgesamt elf (Grafik unten, rote Kurve). Und auch die Gesamtsumme von Zuwendungen ab 50.000 Euro, die unverzüglich im Internet veröffentlicht werden müssen, ist rückläufig:



Bisherige Großspenden 2015 (50.000 Euro und mehr)

Partei	Betrag	Spender	Eingang
CDU	100.000 €	Trumpf GmbH & Co. KG Johann-Maus-Straße 2 71254 Ditzingen	28.09.15
CDU	100.000 €	Daimler AG 70546 Stuttgart	14.05.15
CDU	90.000 €	Evonik Industries AG Rellinghauser Straße 1 - 11 45128 Essen	06.10.15
CDU	70.000 €	Herr Dr. Georg Kofler Hagrainer Straße 15 83700 Rottach-Egern	01.07.15
CDU	70.000 €	Herr Prof. Dr. Hans-Joachim Langmann 64342 Seeheim-Jugenheim	12.06.15
FDP	250.000 €	R & W Industriebeteiligungen GmbH Lindenallee 78 50968 Köln	10.11.15
FDP	200.000 €	Dr. Lutz Helmig Am Esch 10 36355 Grebenhain-Bermuthshain	24.11.15
SPD	60.000 €	Evonik Industries AG Rellinghauser Straße 1- 11 45128 Essen	06.10.15
SPD	100.000 €	Daimler AG 70546 Stuttgart	14.05.15
MLPD	252.400 €	Helmut Klamser Am Heisterkamp 13 46147 Oberhausen	22.10.15

Stand: 26.11.2015, Quelle: Deutscher Bundestag

Parteispenden aus der Wirtschaft 2015

	GESAMT	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne
1 Südwestmetall	420.000	150.000		100.000	60.000	110.000
2 Bay. Metall- u. Elektroindustrie	358.000		358.000			
3 R & W Industriebeteiligungen	250.000			250.000		
4 Daimler	200.000	100.000			100.000	
5 Evonik	150.000	90.000			60.000	
6 Trumpf GmbH	100.000	100.000				
	1.478.000	440.000	358.000	350.000	220.000	110.000

Aktuelle Spenden 2016

Partei	Spende in Euro	Spender	Eingang der Spende	Eingang der Anzeige, Drucksache
CDU	75.000	TRUMPF GmbH + Co. KG Johann-Maus-Straße 2 71254 Ditzingen	29.01.2016	29.01.2016
SSW	118.518	Sydslesvigudvalget/ Undervisningsministeriet Übersetzung: Südschleswig-Ausschuss/ Unterrichtsministerium Frederiksholmkanal 25 DK-1220 København K	05.01.2016	08.01.2016
CDU	100.000	Herr Professor Dr. Hans-Joachim Langmann Merckstraße 40 64342 Seeheim-Jugenheim	04.01.2016	05.01.2016



STATISTIKEN



25.02.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

STATISTIKEN . . .

. . . beziehungsweise Vorlesungen in Statistik trieben mir als Student den kalten Schweiß auf die Stirn. Das pure Grauen. Bis, ja bis wir einen genialen Professor bekamen, der jede Vorlesung zu einem spannenden Krimi werden ließ. Seine Formel war simpel: LSD.

STATISTIKEN

LSD

Bevor wir zur Auflösung der simplen LSD-Formel meines Professors kommen, möchte ich gleich mal mit Ihnen in medias res gehen, also mitten rein ins Thema Statistik.

Schauen Sie sich dazu einfach die Gehaltsmitteilung Ihres Arbeitgebers an. Wie drückte es unser Professor doch gleich so treffend aus: „Was oben draufsteht (Brutto) kommt unten (Netto) noch lange nicht raus. Und das was wirklich zählt, ist das, was unten rauskommt – nur davon bestreiten wir schließlich unseren Lebensunterhalt“. Oft genug werden, besonders in sogenannten „amtlichen“ Statistiken, die viel zitierten Äpfel mit Birnen verglichen. Gerne werden dazu **nominale** statt **reale** Wachstumsraten veröffentlicht oder das Bezugsjahr geändert. Weshalb? Sieht einfach besser aus. Was bedeutet das?

Beispiel:

In einem Land werden z.B. 200.000 Autos zu einem Stückpreis von 20.000 Euro produziert. Das entspricht 4 Mrd. Euro.

Vereinfacht bedeutet das, das Land weist ein **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** von **4 Mrd. Euro** auf (200.000 x 20.000).

- Im nächsten Jahr erhöht der Autohersteller die Preise um 2 Prozent. Stückzahl der produzierten Autos (200.000) wie Einwohnerzahl des Landes bleiben gleich.
- ✓ **Somit erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt um 2 Prozent auf 4,08 Mrd. Euro.**
Alles klar? Es kommt noch besser.
- Im darauffolgenden Jahr erhöht die Regierung die Mehrwertsteuer (MwSt.) um 2 Prozent von 19 auf 21 Prozent.
- ✓ **Und schwupps, erhöht sich das BIP nochmals auf 4.16 Mrd. Euro.**

Was lernen wir daraus?

Durch bloße **Erhöhung von Preisen, Steuern, Abgaben, öffentliche Investitionen u.ä.** erhöht sich das BIP **nominal**. Das sieht gut aus.

In Wirklichkeit hat sich das BIP **real** aber **nicht erhöht**, denn weder die Anzahl der Einwohner des Landes noch die produzierte Stückzahl von Autos hat sich verändert.

Bei z.B. 50 Mio. Einwohnern betrüge also das BIP pro Kopf:

- **real: 80 Euro**
(4 Mrd. Euro durch 50 Millionen Einwohner)
- **nominal: 83,2 Euro**
(4.16 Mrd. Euro durch 50 Millionen Einwohner)

Wie kann sich das BIP pro Kopf real noch verändern?

- Einwohnerzahl erhöht sich bei gleichbleibender Produktion = BIP pro Kopf sinkt.
- Einwohnerzahl sinkt bei gleichbleibender Produktion = BIP pro Kopf erhöht sich.
- Produktion steigt, Einwohnerzahl konstant = BIP pro Kopf steigt.
- Produktion sinkt, Einwohnerzahl konstant = BIP pro Kopf sinkt.
- Kosten der Vorleistungen (Einkauf) sinken.

Voraussetzung für ein **reales** Wachstum ist natürlich immer das Vorhandensein entsprechender Absatzmärkte im Inland bzw. Ausland. Da dieses Prinzip überall auf der Welt gilt, ist es aufgrund der entstehenden Wettbewerbssituationen u.a. absehbar, dass ein **unendliches reales Wachstum nicht möglich** ist. Schließen wir also Krieg, Katastrophen u.ä. aus, durch deren Zerstörung wieder „neue“ Absatzmärkte geschaffen werden, scheint es an der Zeit, Wachstum für die Menschen einmal neu zu definieren.

Ganz anders verhält es sich jedoch beim nominalen BIP

Das nebenstehende Beispiel (Bild1) zeigt das BIP, also den Gesamtwert aller Güter, d.h. Waren- und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen pro Kopf (Einwohner).

Wie kommen die großen Abweichungen zustande?

Das kann zwei grundsätzliche Gründe haben: Beide Institute ermitteln das **Bruttoinlandsprodukt** nach unterschiedlichen Berechnungsmethoden:

- Eurostat benutzt die **nominale** Methode.
- Die Uni Duisburg berechnet nach der **realen** Methode.

Der dritte Grund der Abweichung könnte in der unterschiedlichen Wahl des „**Bezugsjahres**“ liegen, also die Basis, auf der die berechneten Jahreswerte aufbauen.

! ACHTUNG: bei Statistiken sollte man grundsätzlich darauf achten, ob die gewählte Methode **nominal** oder **real** ist. Bei der realen Methode ist als Hinweis entweder die Erläuterung: *reale Werte, preisbereinigt* oder *konstante Preise* vorhanden und das *Bezugsjahr* genannt.



Auflösung LSD-Methode

BIP Pro-Kopf			
Jahr	Eurostat	Uni Duisburg	Abweichg. %
1995	26.400	23.243	-14%
2000	29.000	25.715	-13%
2002	29.400	26.749	-10%

So, nun lösen wir die LSD-Methode meines Professors endlich auf. Mit LSD ist nicht etwa die in den 1970er Jahren angesagte Droge Lysergsäurediethylamid (kurz LSD), eines der stärksten bekannten Halluzinogene gemeint, sondern schlicht die beste anzuwendende Methode, um ein Thema zu durchdringen - nicht nur Statistiken.

- **L = Lesen** (sich aus verschiedenen unabhängigen Quellen informieren).
- **S = Schreiben** (Notizen machen u. Fragen stellen).
- **D = Denken** (alles durchdenken, auf Unstimmigkeiten und Auffälligkeiten achten, verstanden?)

Frisieren von Statistiken Teil 1

In der Statistik auf Seite 54 haben wir gesehen, dass bei gleichen Jahren unterschiedliche BIPs ermittelt wurden. Das liegt, wie bereits erwähnt, an der unterschiedlichen Ermittlungsmethode (real bzw. nominal) und evtl. unterschiedlichem **Bezugsjahr**. Das hat mit „Frisieren“ von Statistiken noch wenig zu tun, obwohl die **nominalen Werte** im absoluten Ergebnis besser aussehen.

Ein typisches Beispiel für das **Frisieren von Statistiken** zeigt uns jede von der **Bundesagentur für Arbeit** veröffentlichte Schummelstatistik über Arbeitslosenzahlen.

Die gewählte „Statistik-Methode“ heißt: **Weglassen**. Ziel ist es, die „Arbeitslosenzahl“ optisch so gering wie möglich zu halten. Mit der Realität hat das leider wenig zu tun. Aus den veröffentlichten Arbeitslosen-Zahlen **fallen heraus**:

- Arbeitslose, die in sog. Maßnahmen zwischengeparkt werden z.B. Fort-/Weiterbildungskurse.
- Ältere Arbeitslose ab einem Alter von 58 Jahren, die mindestens seit zwölf Monaten Arbeitslosengeld (ALG II) beziehen und in dieser Zeit keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten bekommen haben.
- Ein-Euro-Jobber oder Gründungszuschussbezieher. erschweren, weil sie ihre Pflichten

- Krankgemeldete Arbeitslose.
- Wird ein Arbeitsloser durch private Arbeitsvermittler betreut, fällt er ebenfalls aus der Statistik.

Die Bundesagentur veröffentlicht neben den wichtigsten Fakten zum Arbeitsmarkt auch einen umfassenden **Monatsbericht**, in dem man folgende Begriffe findet: Personen, die „**Im weiteren Sinne**“ **arbeitslos** sind, Personen, die „**nahe am Arbeitslosenstatus**“ sind. In diesen Rubriken sind die Arbeitslosen untergebracht, die oben bereits erwähnt wurden, wie z.B. ältere Arbeitslose ab 58 Jahre u.s.w.

Auszug aus dem Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, Februar 2015

	Februar 2015
	1
Arbeitslose	3.017.003
+ Personen, die im weiteren Sinne arbeitslos sind	341.199
dav.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	175.522
Sonderregelungen für Ältere (§ 53a Abs. 2 SGB II)	165.677
= Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	3.358.202
+ Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind	454.663
dar.: Berufliche Weiterbildung inkl. Förderung behinderter Menschen	169.552
Arbeitsgelegenheiten	79.426
Fremdförderung	91.088
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	5
Förderung von Arbeitsverhältnissen	9.078
Beschäftigungszuschuss	3.830
Sonderregelungen für Ältere (§ 428 SGB III / § 65 Abs 4 SGB II / § 252 Abs. 8 SGB VI)	3.162
kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	98.522

Bundesagentur für Arbeit
Monatsbericht Februar 2015

Die tatsächliche Arbeitslosenquote

Wie hoch ist die Quote wirklich, und wie viele Menschen sind wirklich arbeitslos? Addiert man die versteckten Arbeitslosen zusammen, kommt man zu diesem Ergebnis:

Februarzahl offiziell:	3.017.000 Arbeitslose	= offiziell medial verbreitete Quote
„Im weiteren Sinne arbeitslos“:	341.199	
„Nahe am Arbeitslosenstatus“:	<u>454.663</u>	
Somit tatsächlich arbeitslos:	3.812.862	

- Quote **offiziell:** 6,90 %
- Quote **tatsächlich:** **8,72 %**

Was ist denn hier passiert?

BIP Deutschland 1950 - 1969			BIP Deutschland 1970 - 1989			BIP Deutschland 1990 - 2009			BIP Deutschland 2010 - 2015		
Jahr	BIP	+/-	Jahr	BIP	+/-	Jahr	BIP	+/-	Jahr	BIP	+/-
1950	50		1970	361	18%	1990	1.306	9%	2010	2.580	5%
1951	61	22%	1971	400	11%	1991	1.580	21%	2011	2.703	5%
1952	70	15%	1972	436	9%	1992	1.695	7%	2012	2.754	2%
1953	75	7%	1973	486	11%	1993	1.748	3%	2013	2.820	2%
1954	80	7%	1974	526	8%	1994	1.830	5%	2014	2.915	3%
1955	92	15%	1975	551	5%	1995	1.899	4%	2015	3.025	4%
1956	102	11%	1976	597	8%	1996	1.926	1%	Ø p.a.		3,5%
1957	111	9%	1977	637	7%	1997	1.967	2%			
1958	119	7%	1978	679	7%	1998	2.018	3%			
1959	130	9%	1979	737	9%	1999	2.065	2%			
1960	155	19%	1980	789	7%	2000	2.116	2%			
1961	169	9%	1981	826	5%	2001	2.180	3%			
1962	184	9%	1982	860	4%	2002	2.209	1%			
1963	195	6%	1983	898	4%	2003	2.220	0%			
1964	215	10%	1984	942	5%	2004	2.271	2%			
1965	235	9%	1985	984	4%	2005	2.301	1%			
1966	250	6%	1986	1.037	5%	2006	2.393	4%			
1967	253	1%	1987	1.065	3%	2007	2.513	5%			
1968	273	8%	1988	1.123	5%	2008	2.561	2%			
1969	305	12%	1989	1.201	7%	2009	2.460	-4%			
Ø p.a.		10,1%	Ø p.a.		7,1%	Ø p.a.		3,7%			

Datenquelle: Statista

Grafik: j&j presse + media

Bevor wir uns der Interpretation obiger Statistiken zuwenden, sollten wir kurz einige Besonderheiten bzw. Auffälligkeiten näher betrachten. Dies dient vor allem dazu die (Wirtschafts)Geschichte zu verstehen, denn die Ursachen und Abläufe von Krisen wie z.B. Rezessionen u.s.w. ähneln sich bis in die heutige Zeit verblüffend.

Das Jahr 1967

Obwohl das Jahr 1967 noch ein positives Ergebnis von 1 Prozent zum Vorjahr ausweist, erlebt Deutschland die erste echte **Wirtschaftskrise** nach dem 2. Weltkrieg. Die Bundesbürger hatten sich in den fünfziger Jahren so an ständig steigende Wachstumsraten gewöhnt, dass schon eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums irritierte und eine wirtschaftliche Rezession eine psychologisch niederschmetternde Wirkung hatte. Die Ursachen dieser Krise, die sich bereits 1965 abzeichnen begann, lagen im **Rückgang privater und öffentlicher Investitionen**. So ließen die Inlandsbestellungen im Maschinenbau bereits im Frühjahr 1965 auffällig nach, die Baugenehmigungen im Hochbau und die öffentlichen Tiefbaufträge gingen seit Frühjahr 1966 zurück. Es wurde **mehr produziert als verkauft, Lagerbestände wuchsen, Kapazitäten wurden stillgelegt, Arbeiter entlassen**.

1965 stiegen die Preise um 3,4 Prozent und 1966 um 3,5 Prozent, die Bruttolöhne um 9,1 Prozent bzw. um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Um die sich abzeichnende Inflationsgefahr abzuwehren, **erhöhte die Bundesbank** am 13. August 1965 den **Diskontsatz** von 3,5 Prozent auf 4 Prozent und am 27. Mai 1966 auf 5 Prozent.

Diese Entscheidung verteuerte Kredite und verringerte die ohnehin geringe Neigung zu Investitionen bei Unternehmen und privaten Bauherren. Die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand trug das ihre zur Verschärfung der Krise bei. Durch **Steuersenkungen** waren 1964 und 1965 Steuerausfälle entstanden, die jährlich insgesamt **4,3 Milliarden DM** betrugen; auf den Bund fielen davon 1,7 Mrd. DM. Um die Finanzlücken des Bundeshaushalts zu schließen, verabschiedete das Bundeskabinett am 29. Oktober 1965 ein **drastisches Sparprogramm**. Die Regierung verfolgte also **eine prozyklische**, die Wirtschaftskrise verschärfende Politik. **Die Konjunkturschwäche**

und die nachlassende Investitionsbereitschaft hätten das Gegenteil, nämlich erhöhte staatliche Investitionen, erfordert. Parallelen zu den heutigen Sparprogrammen Griechenlands zeigen eine unüberschaubare Ähnlichkeit auf.

Das Jahr 1991

Deutschland ist wieder vereint. Richtungweisend für diese Entwicklung war die Öffnung der Berliner Mauer



am 9. November 1989. Die deutsche Einheit wird am 3. Oktober 1990 vollzogen. Die Konjunktur boomt, da sich überall in der ehemaligen DDR neue Märkte erschließen und öffentliche Investitionen stattfinden.

Das Jahr 1998

Zum 01.04.1998 wird die **Mehrwertsteuer von 15 Prozent auf 16 Prozent** erhöht. Dadurch wird kurzfristig eine kleine Konjunkturdelle ausgeglichen.

Das Jahr 2002

Abschaffung der Deutschen Mark (DM). Zwölf Staaten der Europäischen Union geben sich eine gemeinsame Währung. Die Hoffnungen, die sich an den Euro knüpfen, sind groß – doch erst einmal überwiegt bei vielen die **Enttäuschung, über angebliche oder tatsächliche Preiserhöhungen**, aber auch darüber, dass es mit der Konjunktur weiter abwärtsgeht, die Arbeitslosenzahlen steigen und die öffentlichen Kassen leer sind. **Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit zwei Jahren in einer Phase der Stagnation.**



Das Jahr 2003

Negativ entwickelten sich vor allem die Bruttoanlageinvestitionen mit minus 3,3 Prozent. Auch der Saldo von Ausfuhren und Einfuhren der Waren und Dienstleistungen ist

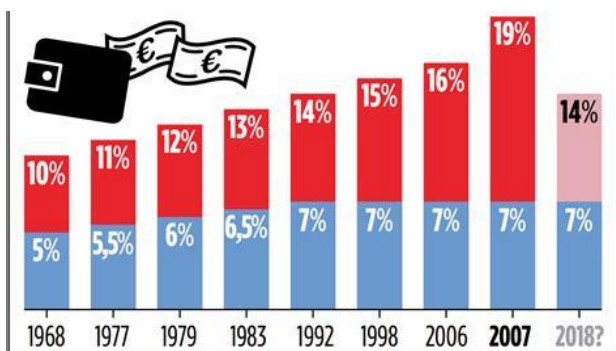
negativ. Lediglich die staatlichen Konsumausgaben (plus 0,7 Prozent) tragen nennenswert zur Stabilisierung bei. Bereits 2002 war Deutschland dank starker Exporte mit einem Mini-Wachstum nur knapp an einem Rezessionsjahr vorbeigeschrammt.

Das Defizit der öffentlichen Hand hat sich 2003 auf 4,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgeweitet. **Damit hat Deutschland deutlich gegen die Kriterien des Euro-Stabilitätspaktes verstoßen.** Es erlaubt ein Haushaltsdefizit von höchstens 3,0 Prozent des BIP. **Bund, Länder und Kommunen gaben 2003 rund 86 Milliarden Euro mehr aus als sie einnahmen.** Deutschland hatte bereits im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 3,5 Prozent gegen den zulässigen Referenzwert des Maastricht-Vertrages verstoßen. Die Finanzierungslücke erreichte damals laut Statistischem Bundesamt 74,3 Milliarden Euro.

Die EU-Kommission hatte bereits ein Defizit-Verfahren gegen Deutschland eingeleitet. Es wurde jedoch von den EU-Finanzministern gegen Sparzusagen aus Berlin auf Eis gelegt. Die EU-Kommission zieht gegen diesen Beschluss vor den Europäischen Gerichtshof.

Das Jahr 2007

Ab 01.01.2007 wird die **Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent** erhöht. Dieser riesige Schluck aus der Pule des Steuerzahlers und die zunehmend entfesselten Finanzmärkte katapultieren das Bruttoinlandsprodukt auf ein Plus von 5 Prozent zum Vorjahr. Solch einen prozentualen Zuwachs hat es seit 1992 nicht mehr gegeben.



Das Jahr 2009

Deutschland und die Welt durchleben eine Rezession, die zu einem **historischen Ereignis** wird. Das Zusammenballen gleich mehrerer Fehlentwicklungen in einem einzigen Jahr hat zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik nie da gewesenen Abschwung geführt - gar zu einer **Vertrauenskrise in unsere Wirtschaft**. Und ganz nebenbei zu einer Krise der Wirtschaftswissenschaften.

Deutschland hat den schwersten Crash seiner Geschichte hinter sich. Deutschlands Wirtschaftsleistung



rutschte im Vorjahr um sage und schreibe **fast 5 Prozent** verglichen mit dem Jahr 2008 **ins Minus. Das ist sogar mehr, als ältere Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg je aushalten mussten.** Zum Vergleich: Nach der Ölkrise, dem bisher schlimmsten wirtschaftlichen Einbruch vor nahezu einem Vierteljahrhundert, rutschte Deutschlands Bruttoinlandsprodukt gerade einmal um 0,9 Prozent in den roten Bereich.

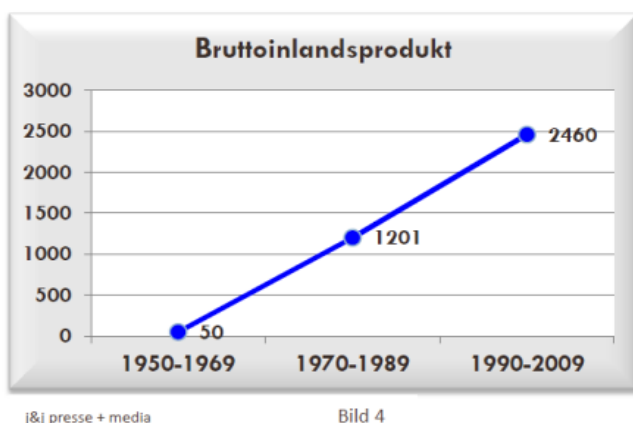
Die Finanzkrise erschütterte erst die Bankensysteme in bedeutenden etablierten Volkswirtschaften und dann die übrigen Unternehmen. Und eine Strukturkrise, speziell in Deutschland, trifft die Automobilwirtschaft. Diese gleichzeitige Zusammenballung mehrerer Schocks, die Krise hoch drei, war es dann auch, die selbst für die vergleichsweise starke Volkswirtschaft wie die deutsche schlicht zu viel wurde und sie zeitweise abstürzen ließ.

Die Simultanität des Abschwungs ließ die Exporte der hiesigen Unternehmen in viele Staaten gleichzeitig wegbrechen. Zudem wollten sich plötzlich speziell **für Investitionsgüter kaum noch Käufer** finden. Aber die machen etwa 40 Prozent aller deutschen Ausfuhren aus. Das erklärt auch, warum die Bundesrepublik von der Wirtschaftskrise schwerer getroffen wurde, als manch andere entwickelte Volkswirtschaft.

Doch 2009 wird darüber hinaus noch als das **Jahr der Fehlprognosen** in die Geschichte Deutschlands eingehen. Nie zuvor haben die Wirtschaftsaguren mit ihren Vorhersagen und Warnungen so meilenweit danebengelegt, wie in der Wirtschaftskrise des Vorjahres. **Noch im Herbst 2008** beispielsweise sagten die **führenden** hiesigen **Forschungsinstitute** gerade einmal das **Abflauen** des deutschen **Wirtschaftswachstums auf 0,2 bis 0,8 Prozent** hinaus -heraus kam das Riesenminus von fast **5 Prozent**.

Frisieren von Statistiken Teil 2

Wir haben diesen Neusprech alle schon gehört: „Die Konjunktur im letzten Quartal verlief *suboptimal*“. Oder: „Im letzten Quartal hatten wir ein *negatives Wachstum*“. Oder: „Unsere Erwartungen wurden *nicht in Gänze erfüllt*“. In allen Fällen heißt das nichts anderes als: alles war Mist. Im Neusprech hört sich das ganze nur etwas besser an. Kritisch wird es, wenn definitiv negative Entwicklungen als positiv dargestellt werden und dem Adressaten suggeriert wird: Alles läuft doch prima.



Die obige Grafik (Bild 4) stellt die Entwicklung des BIP in Deutschland von 1950 bis 2009 dar, also innerhalb eines **repräsentativen Zeitraums von 60 Jahren**. Die Methode: Es werden die **absoluten Wachstumsbeträge** am Ende eines jeden Jahres einfach aneinander gereiht. Das suggeriert beim Bürger natürlich den Eindruck eines stetigen Wachstums. Solche Statistiken

werden gerne von der Bundesregierung veröffentlicht.

Also alles in Butter? Keineswegs. Denn die Steigerung des BIP in absoluten Zahlen sagt uns überhaupt nichts über den Trend des BIP aus. Betrachten wir die **durchschnittlichen prozentualen Zuwachsraten des BIP** innerhalb von jeweils zwanzig Jahren, ergibt sich ein völlig anderes, richtiges Bild.

So entwickelten sich die prozentualen Zuwachsraten des BIP

1950 - 1969

Ø Entwicklung BIP p.a. **10,1 Prozent**

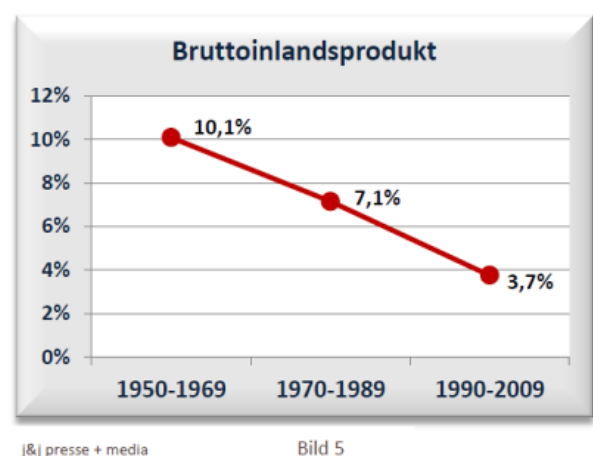
1970 - 1989

Ø Entwicklung BIP p.a. **7,1 Prozent**

1990 - 2009

Ø Entwicklung BIP p.a. **3,7 Prozent**

Die Trendlinie im unteren Bild (Bild 5) bildet die **Realität in Deutschland** schon deutlich eher ab. Sie lässt sich aber gegenüber dem Bürger nicht so gut verkaufen. Immerhin zeigt sie doch, dass die durchschnittlichen Zuwachsraten des BIP innerhalb von 20 Jahren um 30 Prozent und **innerhalb von 40 Jahren um 63 Prozent gesunken** sind.



An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Darstellungen der prozentualen Entwicklungen des durchschnittlichen BIP aussagekräftiger sind

und die **Realität abbilden**. Und noch zwei Dinge werden sehr deutlich:

a) Es gibt kein nachhaltiges bzw. stetiges Wachstum.

b) In einem sogenannten **Schuldgeldsystem** (Geld entsteht durch Kreditvergabe) erodiert ein System kontinuierlich bis zum nächsten **Währungsschnitt** (Crash).

Beispiele dazu gibt es in der (Wirtschafts-) Geschichte in ausreichender Zahl. Der Zyklus beträgt etwa so um die 70 Jahre. Wir stehen meines Erachtens kurz vor der nächsten schweren Rezession.

Die Indikatoren dafür sind unübersehbar:

Der Bund, die Städte und Gemeinden sind seit Jahren pleite. Der Schuldendienst (Zinsen) für die Bundesschulden wächst exponentiell in unermessliche Höhen (z.Z. 2,2 Billionen Euro). Die Infrastrukturen (Schulen, Brücken, Straßen, Schwimmbäder u.v.a.m.) sind in einem desolaten Zustand. Öffentliche Investitionen können nicht mehr finanziert werden, Industrieexporte brechen durch Einfuhrstopp (Russland) und Skandale (VW-Abgasskandal) massiv ein. Die Deutsche Bank, ehemals deutsches Aushängeschild der Finanzwirtschaft, legt sich gerade selbst den Strick um den Hals.

Deutsche Autobauer lassen inzwischen 25 Prozent bis über ein Drittel ihrer Fahrzeuge auf sich selbst zu und verkaufen sie im Inland dann als Tageszulassungen mit hohen Rabatten. Es gibt seit rund sieben Jahren keine Guthabenzinsen mehr auf dem Sparkonto. Mit diversen, ungesetzlichen „Rettungsschirmen“ und nie rückzahlbaren Bürgschaften hat die Bundesregierung ihr Volk bis weit in die nächsten Generationen verschuldet.

Aus diesen Fesseln kann sich Deutschland nur befreien, wenn es sich - wie es bald in Griechenland mit dem **Grexit** geschehen wird - mit einem **Dexit** aus der insolventen Währungsunion verabschiedet. Wie dieser **Dexit** aussehen wird ist noch offen. Dass es ihn in

absehbarer Zukunft geben wird nicht. Das ist wirklich alternativlos.

Wie stabil ist der Euro?

Am 24.08.2011 gab der CDU-Fraktionsvorsitzende Kauder im ZDF-Morgenmagazin folgendes zum Besten: „Der Euro ist stabil. Wir haben keine Eurokrise“. Die folgende Grafik zeigt, wie es wirklich um den Euro bestellt ist. Der Euro wurde am 01. Januar 1999 als Buchgeld, drei Jahre später, **am 01. Januar 2002, als Bargeld eingeführt**. Damit löste er die nationalen Währungen als Zahlungsmittel ab.

BIP seit Gemeinschaftswährung EURO 2002 - 2015		
Jahr	BIP	+/-
2002	2.209	1%
2003	2.220	0%
2004	2.271	2%
2005	2.301	1%
2006	2.393	4%
2007	2.513	5%
2008	2.561	2%
2009	2.460	-4%
2010	2.580	5%
2011	2.703	5%
2012	2.754	2%
2013	2.820	2%
2014	2.915	3%
2015	3.025	4%
Ø p.a.		2,4%

Datenquelle: Statista

Bild 6

Grafik: j&j presse + media

Zum Vergleich:

BIP 1988 - 2001 (14 Jahre) Ø p.a. **5,4 %**

BIP 2002 - 2015 (14 Jahre) Ø p.a. **2,4 %**

Innerhalb von nur 14 Jahren hat das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt **mehr als die Hälfte eingebüßt**. Werfen wir noch einen Blick auf die Kaufkraft der alten Deutschen Mark (DM) im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn im Jahr 1995.

So viel gab es im Jahr 1995 für eine D-Mark

1 DM	=	3,45 Französische Franc
1 DM	=	1.055 Italienische Lira
1 DM	=	86,75 Spanische Peseten
1 DM	=	155,85 Griechische Drachmen

oder so:

1 Französischer Franc	=	0,2884 DM
1 Italienische Lira	=	0,0009 DM
1 Spanische Pesete	=	0,0115 DM
1 Griechische Drachme	=	0,0064 DM

➔ **HEUTE: 1 Euro = 1 (T)Euro**

Gemeinschaftswährung: Kann das funktionieren ?

Vier verschiedene Nationen mit deutlich unterschiedlicher Wirtschaftsstärke - aber gleicher Währung. **Das widerspricht allem Sachverstand.** Und alle bisherigen Entwicklungen und Fakten belegen das.

BIP-Vergleich zu Deutschland:

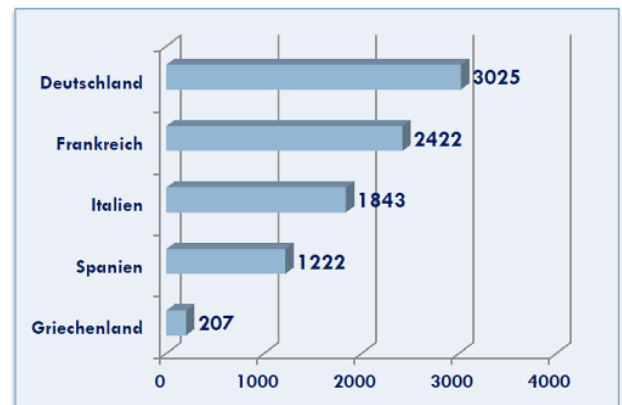
Frankreich	=	80,0 %
Italien	=	60,9 %
Spanien	=	40,4 %
Griechenland	=	6,8 %

Die Gemeinschaftswährung zerstört bei allen beteiligten Nationen soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand.



Der Wechselkurs symbolisiert die wirtschaftliche Stärke einer Nation.

Bruttoinlandsprodukt 2015 (Mrd. Euro)



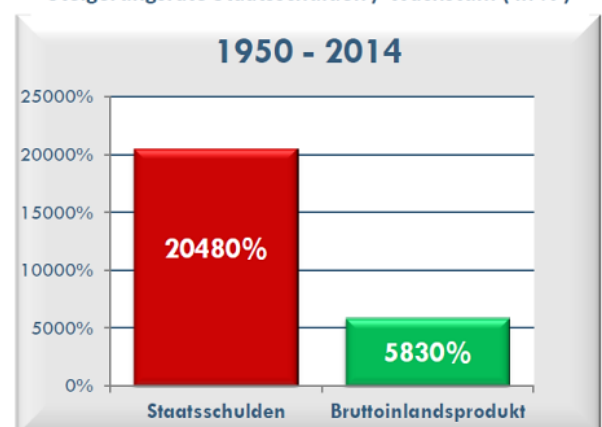
j&j presse + media

Bild 7

Politischer Traum und Wirklichkeit - Wachstum und Staatsschulden

Wunsch und Wirklichkeit. Gerne spricht die Politik von stetigem bzw. nachhaltigem Wachstum. Nur leider stimmt das so nicht.

Steigerungsrate Staatsschulden / Wachstum (in %)



j&j presse + media

Bild 8

An der Grafik unten (Bild 8) ist zu erkennen, dass die nationale Staatsverschuldung Deutschlands von 1950 bis 2014 das nationale Wachstum um das 3,5-fache übersteigt. Das ist die schmerzhafteste Realität.

In vierundsechzig Jahren wurden niemals Schulden zurückgezahlt, sondern immer neue Schulden aufgenommen. Im handelsüblichen Geschäftsbetrieb müsste man von einer gigantischen Insolvenzverschleppung sprechen. Dies ist die Mitgift der Politiker an uns, unsere Kinder und Enkel.

Im Zusammenhang mit den Staatsschulden sei noch darauf hingewiesen, dass die im Bild 8 aufgeführten Schulden nur die offenen (expliziten), **nicht aber die verdeckten (impliziten) Schulden** aufführen, die eine in der Zukunft liegende Verpflichtung darstellen (z.B. Pensionsverpflichtungen u.s.w.).

Jede von der Bundesregierung veröffentlichte Staatsschuldenstatistik ist nach dem Handelsrecht eine blitzsaubere Bilanz-fälschung!

Pro-Kopf-Verschuldung
(vom Baby bis zum Greis)



26.900 €

Pro-Erwerbstätigen-Verschuldung



53.800 €

DIE GROSSE INFLATIONSLÜGE

Dein Geld ist viel weniger wert, als Du denkst.

Flashback: Du bist in einem schnuckeligen italienischen Restaurant - nicht ganz billig, aber ein sehr hübsches Ambiente. Der freundliche Kellner bringt die Rechnung: ein Espresso 2,55 Euro und einmal Nudeln (Pasta) für 16,50 Euro. Du rechnest nach: Das sind mehr als fünf Mark für den Kaffee und 32 Mark für die Pasta. Hätte Dir das ein Wirt 2001 berechnet, hättest Du ihn für verrückt erklärt. Aber nicht nur die Preise im Restaurant haben sich verdoppelt.

Wirtschaftsprofessor Max Otte analysiert: „Der **Warenkorb eines Normalbürgers** enthält viel mehr Dienstleistungen, Gesundheit, Nahrungsmittel und Energie, als es die offizielle Inflationsrate suggeriert: Ich sehe eine

tatsächliche Inflation von vier bis fünf Prozent bei denjenigen, die auch die Hauptgruppe der Sparer stellen“.

Nur zwei Beispiele: Nettokaltmieten sind in den zehn größten Städten Deutschlands allein im Jahr 2013 um 7,9 Prozent in die Höhe geschnellt. Da bis 2025 in Deutschland etwa eine Million Wohnungen fehlen, dürfte sich die Lage für Mieter kaum entspannen.

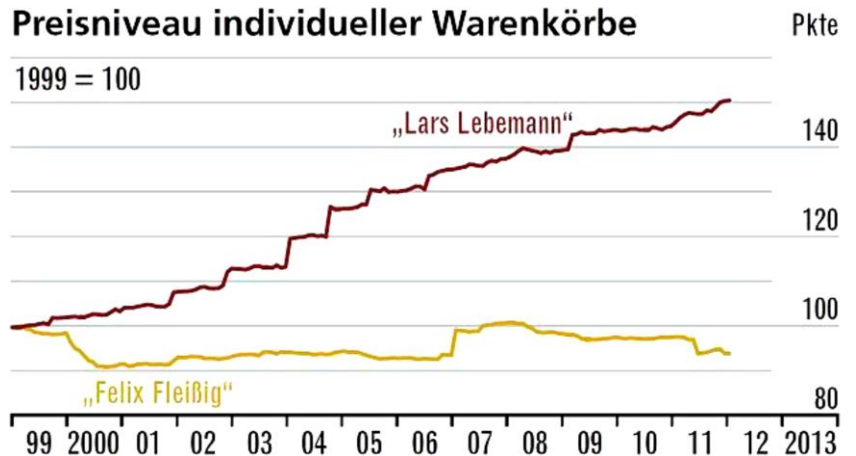
1974 kostete ein VW Golf zum Start des Wolfsburger Erfolgsmodells in der Basisausstattung genau 7995 D-Mark. Das entspricht **4088 Euro**. Heute kostet der **Basis-Golf** mit rund **17650 Euro** mehr als viermal so viel. Dass der Golf eine bessere Ausstattung hat (was das Statistische Bundesamt bei seiner Berechnung inflationsmildernd berücksichtigt), nützt dem Verbraucher nichts. Er muss trotzdem mehr bezahlen.

Irrtum 1: Der Warenkorb

DekaBank

Hohe Ausgaben: Während der Warenkorb des häuslichen Felix Fleißig in etwa im Gleichschritt mit der offiziellen Inflationsrate teurer wird, muss der lebenslustige Lars Lebemann für Reisen, Kneipenbesuche und Taxifahrten deutlich mehr zahlen, als zur Jahrtausendwende.

Die Grafik rechts zeigt, dass hier etwas nicht stimmen kann:



Die Grafik rechts zeigt, dass hier etwas nicht stimmen kann:

Das Statistische Bundesamt weist jeden Monat eine Inflationsrate aus. Die wenigsten Deutschen haben jedoch den Eindruck, dass das auch ihrer persönlichen Preissteigerung entspricht. Daher stammt das Urteil, der Warenkorb sei falsch, die Inflationsrate manipuliert. Aber: Der Warenkorb ist bestimmt nicht falsch. Nur: **Der Warenkorb eines Singles entspricht nicht dem einer Familie**, der Warenkorb eines Niedrigverdieners entspricht nicht dem eines Top-Verdieners, der Warenkorb eines 70-Jährigen entspricht nicht dem eines 20-Jährigen.



In den sogenannten „Warenkorb“ kommt alles rein, was der Bürger angeblich braucht. **Das ermöglicht eine Menge Tricks.**

Man kann die Zusammenstellung des Warenkorbs beispielsweise so ändern, dass man von den Dingen, die teurer werden, einfach weniger in den Warenkorb legt und dafür mehr von jenen Dingen, deren Preise fallen.

So wurde beispielsweise die Gewichtung von Lebensmitteln, deren Preise in den letzten Jahren dramatisch anzogen, von 13,1 Prozent im

Öfter mal nach Mauritius fliegen

Jahr 1995 auf 10,4 Prozent im Jahr 2005 reduziert! Gleichzeitig wurde der Anteil von Freizeit und Kultur, zu dem auch die immer billiger werdenden Fernreisen zählen, von 10,4 auf 11,6 Prozent erhöht. „Im Klartext heißt das: Man will der armen Rentnerin erklären, dass sie halt Pech hat, wenn ihr ganzes Geld, das sie nach den Ausgaben für Wohnen und Heizen noch übrig hat, für immer teurere Lebensmittel draufgeht“, illustriert der FinanzExperte Dirk Müller. „Würde sie weniger essen und stattdessen öfter nach Mauritius fliegen, hätte sie auch nicht so eine hohe persönliche Inflationsrate - was für ein Zynismus!“, empört sich Müller.

Der Bonzettel im Supermarkt wird zwar immer kürzer, der Betrag, der unten als Summe steht, aber immer höher.

Irrtum 2: Die hedonische Methode

Hedonische Methode - auf Deutsch klingt das schon viel interessanter: „Lustzugewinn“. Beispiel: Ein neuer Computer. Für einfache Word-Anwendungen und etwas Internet-Surfen reicht das simpelste Modell. Der PC kostet 1100

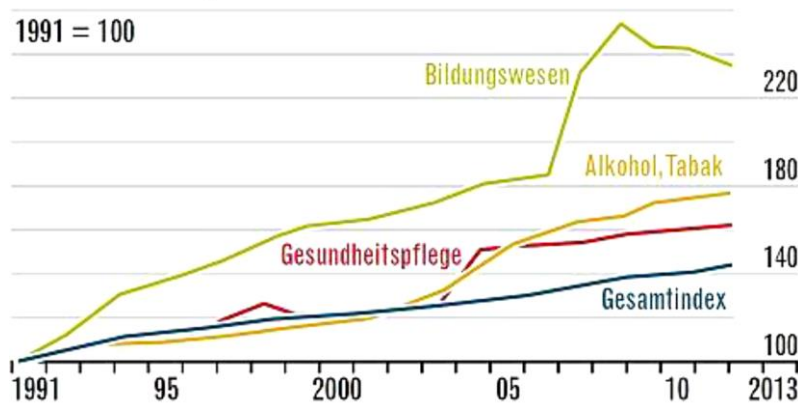
Euro. Im Jahr zuvor waren es noch 1000 Euro - heute sind es zehn Prozent mehr.

Aber ein Statistiker rechnet Ihnen vor: „Nein, das sehen Sie völlig falsch! Letztes Jahr hatte der PC zwei GHz. Jetzt hat der Prozessor vier GHz. Da haben Sie ja einen Lustzugewinn von 100 Prozent!! Und das für nur zehn Prozent mehr Geld.“ Für den Statistiker ist der Computer also viel billiger geworden. Ob der Kunde die Mehrleistung überhaupt will oder braucht, danach fragt der Statistiker natürlich nicht - warum sollte er auch? Das Ziel der Berechnungsmethode ist doch erreicht.

Geldvermehrung keine gestiegene Wirtschaftsleistung gegenüber. Das Ergebnis heißt Inflation. Aus dieser Berechnungsmethode ergibt sich **für Deutschland, dass die Preise von 2001 bis Ende 2012 um 66 Prozent gestiegen sind - und nicht um gut zwölf Prozent**, wie es die offizielle Statistik glauben machen will. In anderen Worten: Die „wahre“ Inflationsrate lag im Durchschnitt dieser Jahre **eher bei sechs als bei den offiziell vermeldeten 1,55 Prozent**.

Eine niedrigere Inflationsrate hat Auswirkungen auf andere Konjunkturdaten

Verbraucherpreisindizes



Schlechtere Produkte nicht einberechnet

Ein weiterer Kritikpunkt: Vermeintliche Produktverbesserungen fließen in die Warenkorbberechnung ein, nicht aber eine Verschlechterung. Zu den Auswirkungen der hedonischen Berechnungsmethode kommen vor allem Änderungen in der Zusammensetzung des offiziellen Warenkorbs - **die von der Politik so gewollt waren und es heute noch sind**.

Einfache Faustformel

Es gibt jedoch eine einfache Faustformel, die in der volkswirtschaftlichen Forschung eingesetzt wird. Danach **entspricht die Inflationsrate dem Wachstum der Geldmenge minus dem Wirtschaftswachstum**.

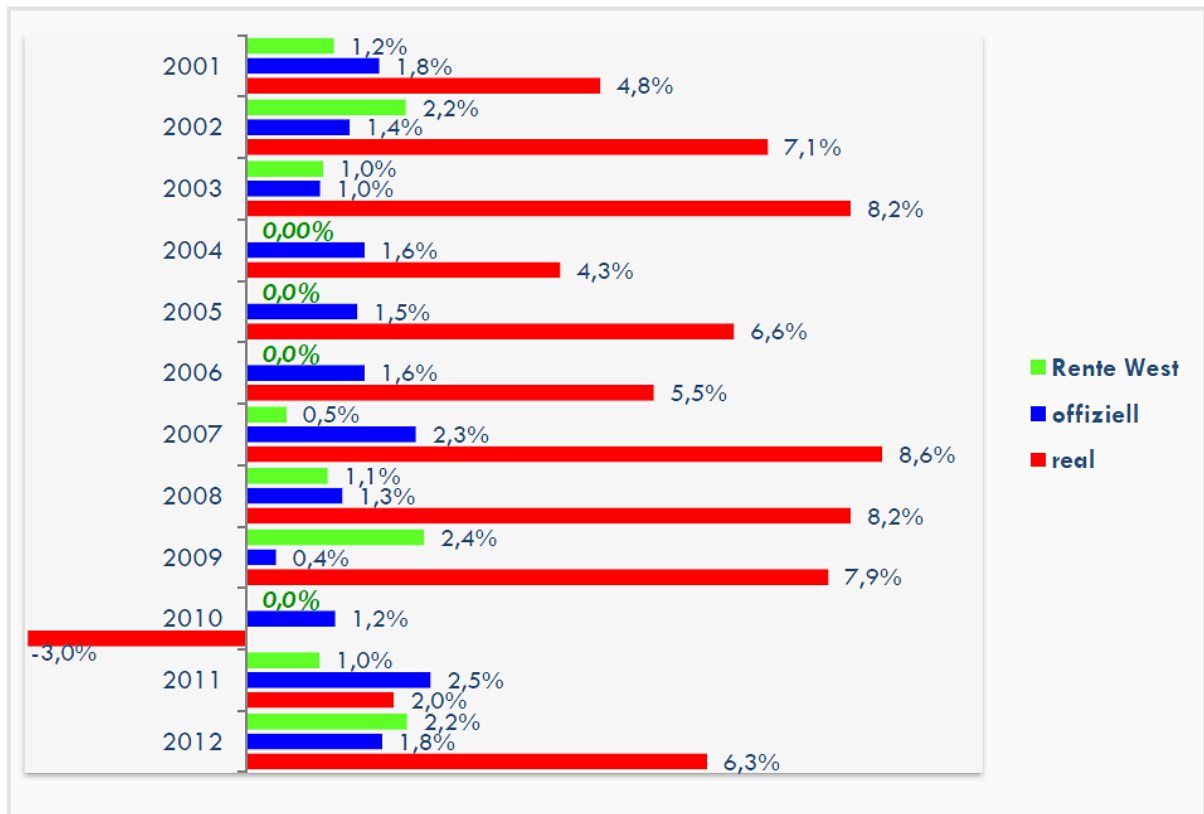
Das ist logisch. Denn eigentlich sollte die Geldmenge durch die Wirtschaftsleistung eines Staates gedeckt sein. Ist sie das nicht, steht der

Weltweit ist es üblich, beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt auf realer Basis anzugeben -das heißt nach Abzug der Inflationsrate. Da ist es natürlich deutlich schöner, wenn auf der abzuziehenden Seite, sprich bei der Inflation, ein kleinerer Wert steht. Ist das aber der einzige Grund, warum die Behörden in Deutschland, in den USA und in vielen anderen Ländern die Inflationsraten gern nach unten rechnen? Wohl kaum. Ein Zitat des berühmten britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) dürfte es auf den Punkt bringen: **„Mit dem kontinuierlichen Prozess der Inflation kann der Staat heimlich und unbeachtet einen großen Teil des Reichtums seiner Bürger konfiszieren“**.

DICHTUNG UND WAHRHEIT: AMTLICHE STATISTIKEN

Die Statistik auf der nächsten Seite (Bild 10) offenbart die traurige Wahrheit. Die realen Inflationsraten (rot) übersteigen die offiziellen Inflationsraten (blau) Jahr für Jahr deutlich. Auch die Rentenerhöhungen (grün) hinken den tatsächlichen Teuerungsraten hoffnungslos hinterher. In den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2010 gab es überhaupt **keine Rentenerhöhung**. Rentner sind regelmäßig die ersten Opfer einer fehlgeleiteten Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Offizielle und Reale Inflationsraten in Deutschland 2001 - 2012



j&j presse + media

Bild 10

Besser gerechnet

Inflation gleich Geldmenge minus Wirtschaftswachstum. Diese einfache und plausible Gleichung ergibt deutlich höhere Raten.

Jahr	Geldmenge M3	Wachstum	wahre Inflation	offizielle Inflation
2012	+6,95%	+0,7%	+6,25%	+2,0%
2011	+4,84%	+3,0%	+1,84%	+2,5%
2010	+0,53%	+3,5%	-2,97%	+1,2%
2009	+3,0%	-4,9%	+7,9%	+0,4%
2008	+9,5%	+1,3%	+8,2%	+1,3%
2007	+11,13%	+2,5%	+8,63%	+2,3%
2006	+8,53%	+3,0%	+5,53%	+1,6%
2005	+7,42%	+0,8%	+6,62%	+1,5%
2004	+5,86%	+1,6%	+4,26%	+1,6%
2003	+8,1%	-0,1%	+8,2%	+1,0%
2002	+7,18%	+0,1%	+7,08%	+1,4%
2001	+5,6%	+0,8%	+4,8%	+1,8%

Ehrlicher als die „amtlichen“ Statistiken ist unsere derzeitige Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Anspruch auf soziale Gerechtigkeit gibt es nicht auf alle Ewigkeit“, so die Bundeskanzlerin. Die folgende Grafik (Bild 11) unterstreicht die Aussage von Merkel anschaulich.

Rentenanpassungen			wahre
Jahr	West	Ost	Inflation
2001	1,91%	2,11%	4,80%
2002	2,16%	2,89%	7,08%
2003	1,04%	1,19%	8,02%
2004	keine	keine	4,26%
2005	keine	keine	6,62%
2006	keine	keine	5,53%
2007	0,54%	0,54%	8,63%
2008	1,10%	1,10%	8,20%
2009	2,41%	3,38%	7,90%
2010	keine	keine	-2,97%
2011	0,99%	0,99%	1,84%
2012	2,18%	2,26%	6,25%
Ø p.a.	1,03%	1,21%	5,51%

j&j presse + media

Bild 11

Nicht zu übersehen: Die wahren Teuerungsraten liegen im Jahresdurchschnitt mehr als 4 Prozent über den jeweiligen jährlichen Rentenanpassungen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen jährlichen **Kaufkraftverlust von mehr als 4 Prozent**. Mutti, wir schaffen das?

“Wir haben wahrlich keinen
Rechtsanspruch auf
Demokratie und soziale
Gerechtigkeit auf alle
Ewigkeit”

- Angela Merkel, 16.06.2005



KONSEQUENZEN EINER INFLATIONSRATE

Kurz gesagt: wer seinen Lebensstandard halten will, muss die jährliche Inflationsrate mindestens durch eine entsprechende Nettoealohnerhöhung oder Rentenanpassung ausgleichen. Das bedeutet, wenn die wahre Inflationsrate im kommenden Jahr z.B. vier Prozent beträgt, müssen Sie auch eine Lohnerhöhung oder Rentenanpassung von vier Prozent erhalten - netto! Sonst gehören Sie zu den Verlierern.

Wer fragt, ist ein Narr für
eine Minute.

Wer nicht fragt, bleibt
ein Narr sein Leben lang.

Konfuzius

Beispiel: Ihre Rente beträgt 1.000 Euro monatlich - dann müssen Sie in 3 Jahren eine Rente von mindestens 1.092 Euro monatlich erhalten, um eine reale Inflationsrate von 3 Prozent auszugleichen.

Um die Kaufkraft von 1.000 Euro zu erhalten, sind nötig ...				
	Inflationsrate 3,0 %	Inflationsrate 3,5 %	Inflationsrate 4,0 %	Inflationsrate 4,5 %
in 3 Jahren	1.092 €	1.108 €	1.124 €	1.141 €
in 5 Jahren	1.159 €	1.187 €	1.216 €	1.246 €
in 10 Jahren	1.343 €	1.410 €	1.480 €	1.552 €

FAZIT: Vertrauen Sie keiner in den Medien veröffentlichten „offiziellen“ Statistik - sie ist mit großer Wahrscheinlichkeit frisiert. Glauben Sie keinem Gefasel politischer Dummschwätzer in sogenannten TV-Talkshows.

TELEGRAMM

02 & 03/2016



09.03.2016
24.03.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

TELEGRAMM 02/2016

Flüchtlinge dürfen kurz vor Landtagswahlen probewählen

Am 06.02.2016 meldete DIE WELT „Halle (dpa/sa) -Kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt dürfen auch Menschen ohne deutschen Pass ihre Stimme abgeben. Bei einer Probewahl am 11. März sollen Migranten und Migrantinnen mit dem politischen System in Deutschland vertraut gemacht werden, wie der Geschäftsführer des Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA), Mamad Mohamad, in Halle sagte. 14 Wahllokale im Land sind von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Allerdings zählt das Ergebnis nicht für die offizielle Landtagswahl am 13. März“.

KOMMENTAR: Für einen April-Scherz kommt diese Meldung etwas früh. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Linke Demonstranten mit Steuergeldern bezahlt

Zunächst Gerüchte und Vermutungen -jetzt der Beweis: Eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Christian Tischner im Thüringer Landtag förderte zutage, dass die **Antifa** und zahlreiche andere linksextreme Gruppierungen mit Steuergeldern zu Demos fahren. Seit 2011 seien diesen Gruppen in 46 Fällen Busfahrten bezahlt worden, damit sie als Gegendemonstranten zu konservativen Veranstaltungen aufmarschieren konnten. Dies erklärte die thüringische Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Birgit Klaubert, im Erfurter Landtag. Die »Reisegruppe Antifa wurde finanziert aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit«.

KOMMENTAR: Kein Kommentar!!!

Erdogan und die Flüchtlinge

Gestern bekam ich von einem Bekannten folgende E-Mail: „Von meinem türkischen Änderungsschneider in Afferde kam aktuell ein interessanter Hinweis: Erdogan agiert ganz geschickt, indem er hauptsächlich Kurden aus Syrien Richtung Europa "entsorgt", um einen innenpolitischen Konfliktherd zu bereinigen. Denn das Ziel der Kurden ist ein eigener Staat - mit den größten Gebietsabtrennungen von der Türkei.

Diese Taktik Erdogans könnte dazu führen, dass sich Merkel nicht nur antisemitische Einflüsse und Konflikte nach Deutschland importiert, sondern auch noch den Konfliktherd der türkisch-kurdischen Auseinandersetzung.

PS. Mein Änderungsschneider ist zwar Türke, aber keinesfalls gut auf Erdogan zu sprechen, weil er meint, dass Erdogan das türkische Gesellschaftsmodell Attatürks Schritt für Schritt islamisiert“.

KOMMENTAR: Die Türkei will in die EU? Erdogan hat gerade die regierungskritische Zeitung "Zaman" und die Nachrichtenagentur „Cihan“ unter staatliche Zwangsaufsicht gestellt. Kennen wir Zensur nicht schon aus der deutschen Vergangenheit?

ZWISCHENBILANZ

Wer nicht hören, sehen, lesen, denken will, muss fühlen! Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient. Schon mal darüber nachgedacht?

TELEGRAMM 03/2016

BÜCHERVERBRENNUNG

Bücher von Erich Kästner, wie *"Emil und die Detektive"*, *"Das doppelte Lottchen"* und *"Das fliegende Klassenzimmer"* wurden verbrannt. Aber nicht 1933 (Bild rechts), sondern 2015 in Bad Dürkheim im Schwarzwald-Baar-Kreis in Baden-Württemberg, wo 3200 Bücher des Bestandes in der städtischen Bibliothek in einer Nacht und Nebel Aktion entfernt und vernichtet wurden.

Der Grund: Sie beinhalten Wörter, die nicht politisch korrekt sind, nicht dem Gender-Mainstream entsprechen, oder in der alten Rechtschreibung geschrieben sind. Bücher welche die Wörter *"Negerlein"* oder *"Zigeuner"*, oder *"Weib"* beinhalten, sind nicht mehr *"zeitgemäß"* und deshalb nicht mehr erwünscht. Kinder könnten einen falschen Sprachgebrauch lernen und diesen anwenden. Es lebe die **politische Korrektheit**. Weil der Text in älteren Büchern nicht mehr dem heutigen *"Zeitgeist"* entspricht, wird die Literatur aus den öffentlichen Bibliotheken verbannt, heißt verbrannt. Das deutsche kulturelle Gedächtnis muss bereinigt werden, wie 1933!

Nach dieser Lesart müssten dann jedoch auch viele Klassiker der deutschen Literatur und sogar die Bibel wegen falschem "Wording" (noch so ein Anglizismus, der die deutsche Sprache verhunzt) und wegen "rassistischer" Wörter aus den Bibliotheken verschwinden und vernichtet werden. Wörter wie "Vater" und "Mutter" gelten ja schon als sexistisch, es gibt immerhin schon 32! Geschlechter. Bitte also korrekt: Eltern1 und Eltern2. Die gendergeilen Sprachreformer(innen) verlangen schon lange eine „Entmännlichung“ oder „Entmannung“ oder „Entpratifizierung“ der Sprache, die Geschlechtsumwandlung der deutschen Sprache, ist in vollem Gange.

WIDERSPRÜCHE



- Merkel, Gabriel, Maas - von der Bundeskanzlerin, über deren Vize bis zum Justizminister, den niemand kennt: alle fordern eine „deutliche Reaktion des Rechtsstaats“, also genau jener Institution, die sie bisher in der „Flüchtlingskrise“ unter Verstoß gegen Dublin-II-Verordnung und Verfassung suspendiert und mit Füßen getreten haben.
- Jetzt bekommt der türkische Premier Erdogan drei Milliarden Euro von der EU. Von jeder Rechtsstaatlichkeit ist sein Land weit entfernt, Journalisten werden verfolgt, umgebracht oder eingekerkert, die Kurden militärisch bekämpft. Wer mag zu deuten, weshalb Erdogan Unterstützung verdient, nicht aber al-Assad, der -anders als Erdogan - nie den IS unterstützt?“
- Linkes Mantra: Europäischer Nationalismus ist böse, der viel rabiater Nationalismus aller arabischen Völker -und damit auch vieler Migranten -ist dagegen „Ausdruck ihrer kulturellen Eigenständigkeit“.

HOFFNUNG

Dr. Andreas von Bülow, ehemaliger Bundesminister (SPD) und damaliges Mitglied der parlamentarischen Kontrollkommission der Nachrichtendienste, sprach aus, was Informierte bereits wussten: Die „BILD-Zeitung“ wurde vom amerikanischen Geheimdienst mit sieben Mio. Dollar gegründet. Journalisten bestätigten vor ihrer Anstellung beim Axel-Springer-Verlag mit ihrer Unterschrift, stets positiv über die USA und Israel zu schreiben und die freie soziale Marktwirtschaft (Kapitalismus) zu verteidigen. Aber es gibt Licht am Ende des dunklen Tunnels. Seitdem Kai Diekmann 2001 die Amtsgeschäfte von BILD übernommen hat, ist die Auflage des Multikulti-Zentralorgans von ehemals 4,2 Mio. auf 1,5 Mio. geschrumpft. Weiter so.

REGIERUNGSKRIMINALITÄT

Als Beamte sind Staatsanwälte in Deutschland weisungsgebunden (§146 Gerichtsverfassungsgesetz). Damit ist die **Einflussmöglichkeit** auf die Staatsanwaltschaften und Staatsanwälte gegeben, zumal die Weisungsgebenden nicht an die Schriftform gebunden sind. Die Bürger ahnen indes nicht einmal, dass deutsche Staatsanwälte an der Leine der Politik hängen. **Der deutsche Staatsanwalt ist Teil der Exekutive, nicht der Judikative. Er ist Werkzeug der Politik.** Politiker greifen über die angeblichen Anwälte des Staates ganz massiv in Staat und Justiz ein. **Politiker entscheiden letztlich darüber, ob ein Fall zum Gericht geht oder nicht.**

Das hat in Deutschland leider eine unsägliche, tiefbraune Tradition: „Diese Anordnungs-befugnis der Exekutive gegenüber den Staatsanwälten hat in den Jahren ab 1933 dazu geführt, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht strafrechtlich geahndet



wurden. Die weisungsgebundenen Staatsanwälte durften derartige Verbrechen nicht anklagen. Das Rechtssystem, das damals die Staatsanwälte an ihrer Arbeit gehindert hat, existiert als solches immer noch.“ (s. „Die Abhängigkeit unserer Justiz“ N. Schlepp in „Mehr Demokratie“ - Zeitschrift für direkte Demokratie -77-1/08).

Auszug aus einem Interview mit Christoph Frank (damals stv. Vorsitzender des Deutschen Richterbundes) vom 11.08.2003:

Frage - Christian Rath, Hannoversche

Allgemeine Zeitung, „Glauben Sie, dass Regierungskriminalität besser aufgeklärt würde, wenn die Politik der Staatsanwaltschaft keine Einzelfall-Weisung mehr geben dürfte?“

Antwort-Christoph Frank „Davon bin ich überzeugt. Das zeigen auch Beispiele aus anderen Staaten ohne Weisungsrecht der Politik.“

Frage: „Wie häufig sind in Deutschland solche Einflussversuche der Politik?“

Antwort: „Schriftliche Weisungen sind selten. Weil aber das Weisungsrecht immer im Raume steht, kann informell Einfluss genommen werden. Es besteht die Gefahr vorauseilenden Gehorsams. Dabei sorgt schon die bloße Existenz eines Weisungsrechts der Politik für einen „Bösen Schein“ und erweckt Misstrauen bei Bürgern und Medien. Das schadet der Justiz.“

Frage: „Wie funktioniert die Einflussnahme?“

Antwort: „In Fällen von besonderem Interesse muss die Staatsanwaltschaft dem jeweiligen Justizministerium Bericht erstatten. Sie hat dabei mitzuteilen, ob sie Anklage erheben oder das Verfahren einstellen will. Wenn der Minister anderer Meinung ist, kann er intervenieren.“

Frage: „Die Gerichte sind schon immer weisungsunabhängig. Genügt das nicht?“

Antwort: „Ganz und gar nicht. Denn wenn ein Ermittlungsverfahren eingestellt oder nicht eröffnet wird, kommt es ja gar nicht erst zum Gericht.“

(VER)FASSUNGSLOS

Am 25.07.2012 erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die zentrale Bestimmung für die Verteilung der Abgeordnetensitze mit sofortiger Wirkung für unwirksam bzw. verfassungswidrig. Somit steht nunmehr endgültig fest, dass unter der „Geltung“ des Bundeswahlgesetzes

(Ausfertigungsdatum von 07.05.1956) noch nie „ein verfassungsmäßiger Gesetzgeber“ am Werk war und somit insbesondere viele erlassenen **„Gesetze“ und „Verordnungen“ seit 1956 nichtig sind**. Und nun? Macht doch nichts, merkt doch keiner.

**„Auch wenn man Angela Merkels Politik in vieler Hinsicht kritisieren mag: Die Zerstörung der undemokratischen, ungeliebten, unfähigen Chimäre EU betreibt sie mit Erfolg!
Dafür muss man sie lieben.“**

Nicolaus Fest

TELEGRAMM

04 & 05/2016



29.03.2016
07.04.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

TELEGRAMM 04/2016

RÜCKBLICK

Schon vergessen? Am 27. September 2012 trat der sogenannte *European Stability Mechanism*, kurz **ESM**, in Kraft und löste den schon erfolglosen **EFSF** (*Europäische Finanzstabilisierungsfazilität*) ab.

Er sollte, wie es der Begriff suggeriert, Stabilität in die Euro-Zone bringen. Zahlreiche teure Hilfskationen, perfide als *Rettungsschirme* bezeichnet, blieben jedoch auch bis heute erfolglos.

Wie wir wissen, flossen die steuerfinanzierten Hilfgelder in Hedgefonds und Banken. Nicht aber an die unter der fehlgeleiteten Politik noch immer leidende Bevölkerung von Spanien, Griechenland u.s.w. So sollte man den ESM eher **EUM -European Unstability Mechanism** nennen.

An dieser Stelle deshalb nur eine kurze Zusammenfassung dessen, wofür sich Hunderte Bundestagsabgeordnete im September 2012 entschieden haben, und die zum großen Teil im Wahljahr 2013 dafür durch die Mehrheit der wahlberechtigten Bürger für ihre „erfolgreiche Politik“ belohnt und wiedergewählt wurden.

- Der **ESM** wurde mit einem **Stammkapital** von **700 Mrd. Euro** „gegründet“.
- **Deutschlands Haftungsanteil** daran betrug zu jener Zeit rd. **190 Mrd.** Die waren bereits Ende 2014 verdampft.
- Die gesamten **Staatsanleihen-Schulden** der sog. PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) betrugen damals **1,683 Billionen Euro**. Diese Summe wird bis einschließlich 2020 fällig. Alleine von 2012 bis 2014 waren davon schon 658 Mrd. **verbraucht und somit Ende 2014 nahezu das gesamte „Stammkapital“** des ESM.

Was hätte man mit dem **deutschen Steuer-Haftungskapital** von **190 Mrd. Euro** wohl alles

anfangen können? Gemessen am gesamten Haushaltsbudget Deutschlands (2012) hätten diese 190 Mrd. Euro gereicht für:

- 13 Jahre Gesundheit
oder
- 15 Jahre Bildung
oder
- 28 Jahre Familie

Aber für was haben unsere Politiker eigentlich mehrheitlich zugestimmt?

- Der Gouverneursrat kann das Kapital des ESM **jederzeit unbegrenzt erhöhen** (Art. 10) und das von ihm erhöhte Kapital **jederzeit** bei den Euro-Ländern **abrufen** (Art. 9).
- Der Gouverneursrat wird **nicht vom Volk gewählt**. Er besteht aus den Finanzministern der Euro-Länder. Er kann alle Befugnisse auf das Direktorium übertragen (Art. 5).
- Das Direktorium ist die Geschäftsführung (Handelsrecht, d. Redaktion). Die Direktoren werden **nicht gewählt**. Sie gehören **keiner Regierung** an.
- Die Direktoren werden von den Gouverneuren ernannt (Art. 6). Sie müssen **keinem Parlament gegenüber Rechenschaft** ablegen und genießen **umfassende gerichtliche Immunität**.

Hunderte von Bundestagsabgeordneten stimmten am 29. Juni 2012 für **diesen verfassungswidrigen, undemokratischen „Vertrag“** und damit gegen die berechtigten Interessen der eigenen Bevölkerung. Insgesamt **492** von 598. Im Einzelnen:

CDU

94,8 Prozent dafür 10 Stimmen dagegen

FDP

89,1 Prozent dafür 10 Stimmen dagegen

SPD

94,1 Prozent dafür 8 Stimmen dagegen

CSU

85,7 Prozent dafür 6 Stimmen dagegen

GRÜNE

98,5 Prozent dafür 1 Stimme dagegen

LINKE

00,0 Prozent dafür 71 Stimmen dagegen

Hunderte Abgeordnete entschieden sich also für die „Rettungsschirme“, ohne deren Höhe und Auswirkungen zu kennen. Sie tun dies, weil sie Sachverhalte nicht verstehen und eine abweichende Meinung nicht vertreten können (dürfen). Zunehmende Übertragung von Rechten auf nicht demokratisch gewählte supranationale Institutionen wie IWF, EuGH, EZB u.a. **nehmen dem Volk das demokratische Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit.**

AUSBLICK

Oft hilft es also, die Vergangenheit zu betrachten, um die Gegenwart zu verstehen. Mit der Herabsetzung des Leitzinses auf Null-Prozent hat der Frontalangriff auf die Sparer längst begonnen. Vermögensbildung durch Sparen wurde damit für die Mehrheit der Bevölkerung unmöglich. Das Ziel der Politik ist klar: Die Konjunktur soll durch Konsum angekurbelt werden und für größere Anschaffungen (z.B. KFZ, Immobilien u.a.) sollen Kredite aufgenommen werden. Damit schnappt die Schuldenfalle

erbarmungslos zu, sobald die Zinsen wieder ansteigen.

Hoffentlich merken das nicht allzu viele Menschen, sonst rutschen wir in die Deflation, weil niemand mehr Vertrauen in die Politik hat und verzweifelt versucht, seine

paar Kröten für die Alterssicherung unter der eigenen Matratze warm zu halten. Also, liebes Volk: Haut die Knete raus und nehmt für Anschaffungen doch bitte billige Kredite auf - kostet doch (fast) nix. Und betet, dass ihr euren Arbeitsplatz behaltet, nie krank werdet und die Rente fürs Wohnen und die Lebensmittel reicht. Mutti Angela wird's schon schaukeln. „Wir schaffen das“!!

„Unsere Politiker verschieben die Leitplanken der Moral und des Rechts, wenn es die angestrebten Ziele erfordern“

Prof. Gertrud Höhler

REFLEXION

Rund ein Drittel (27 Mio.) der Deutschen verdient 2.500 Euro oder weniger im Monat. Damit sind diese Menschen nach 35-jähriger ununterbrochener Erwerbstätigkeit bereits ein Fall für die Sozialhilfe, da das Rentenniveau auf 43 Prozent bei voller Besteuerung sinkt. Wer sich an den FAKTEN orientiert wird unschwer feststellen, dass Deutschland gerade im Begriff ist sich selbst zu zerlegen. Das GEZ-zwangsfinanzierte Staatsfernsehen von ARD und ZDF hat die Propaganda-Show mit dem Mantra „Mutti Merkel“ und „Wir schaffen das“ bisher augenscheinlich vorbildlich und erfolgreich umgesetzt. Also weiter so?

„Die Politik entfernt sich zunehmend vom Bürger. Sie ist orientierungslos und es fehlt ihr an erkennbaren und verlässlichen Grundwerten.“

Prof. Gertrud Höhler

DIE SCHWEIZ

Die Schweiz hat nicht nur Ricola-Kräuterbonbons zu bieten. Die Nettolöhne bewegen sich bis zu 65 Prozent über denen in Deutschland. Glücklicherweise, wer in der Schweiz im Anschluss an eine fünfjährige Aufenthaltsbewilligung auf Antrag eine Niederlassungsbewilligung erhält. Da in der Schweiz nicht der Bund, sondern die insgesamt 26 Kantone die Steuerhoheit besitzen, variieren die lokalen Steuersätze beträchtlich. Musste ein verheirateter Angestellter mit einem Bruttojahreseinkommen von 100.000 Franken (85.800 Euro) im Kanton Schwyz nur 8,3 Prozent seines Einkommens abführen, wurde der Kollege aus Neuenburg mit gut 16,3 Prozent belastet.



mit politischen Opportunisten - eine unübersehbare politische Negativauslese.

Nur zwei Merkel-Rechtsverstöße:

- Bereits 2010/11 enteignete Merkel im Hauruck-Verfahren sämtliche Energieversorger und fügte damit dem Steuerzahler und folgenden Generationen einen gigantischen Schaden von derzeit geschätzt 50 Mrd. Euro zu. Schadensersatzforderungen durch die Energieversorger stehen noch aus.
- Am 05. September 2015 setzte Merkel eigenmächtig und ohne Parlamentsbeschluss das Dublin-Abkommen außer Kraft. Ebenso das Drittstaaten-Abkommen. Über eine Millionen Einwanderer kamen auf Einladung Merkels illegal und unkontrolliert über die Grenze.

WENN UNRECHT ZU RECHT WIRD

Die Verfassungsbeschwerde vom Staatsrechtler Prof. Karl Albrecht Schachtschneider gegen die Merkelsche Flüchtlingspolitik wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen. Damit ist die **Demokratie in Deutschland außer Kraft gesetzt**.

- Die „unabhängigen Verfassungsrichter“ werden vom Bundestag und Bundesrat gewählt (§ 94 GG). Im vorliegenden Fall erwiesen sich die Bundesverfassungsrichter erwartungsgemäß als treue Vasallen der Politclique.
- Durch dieses Abhängigkeitsverhältnis ist die Gewaltenteilung als Grundfeste jeder wahren Demokratie de facto außer Kraft.
- Unter der Merkel-Demokratie sind seit 2006 unübersehbare Parallelen zum Politbüro der SED erkennbar. Heute, im Jahr 2016, sehen wir eine ähnliche Institution mit Seilschaften der Großen Koalition aus Schwarz/Rot. Systematisch besetzt Merkel ihre Regierung

Was ist ein Staat noch wert, indem das Recht durch die Regierenden willkürlich gebogen und gebrochen wird? Können wir uns in einem Deutschland noch sicher fühlen, in dem kein Recht mehr auf Recht besteht?

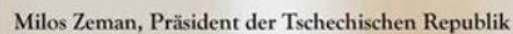


Bundesverfassungsgericht

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat das Handeln von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingskrise als einer der wenigen scharf kritisiert. „Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben“. Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung.“ Kritik übt der Philosoph auch am Zustand der Medien wie der Politik im Allgemeinen: „Der Lügenäther ist so dicht wie seit den Tagen des Kalten Kriegs nicht mehr.“ Im Journalismus trete die „Verwahrlosung“ und die „zügellose Parteinahme allzu deutlich hervor“. Das Bemühen um Neutralität sei gering.



„Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Anglerschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert.“



TELEGRAMM 05/2016

„FLÜCHTLINGE“

- Nach neuesten Schätzungen der Bundesregierung befinden sich in Deutschland rund 50.000 **unregistrierte** sog. Flüchtlinge. Das sind mehr, als die Bundeswehr Soldaten hat.
- Bundesregierung und sog. Qualitätsmedien melden dramatische Engpässe am Arbeitsmarkt ohne Zuwanderungen. Wirklich? Bei nachgewiesenen min. 3,8 Mio. Arbeitslosen dürfte diese Lücke eigentlich zu schließen sein, selbst wenn ein Drittel davon Analphabeten wären, die zur Integration in den Arbeitsmarkt noch Sprach-, Lese- und Schreibkurse benötigten. Es sei denn, wir bräuchten ausschließlich Ärzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure u.s.w.

Die größte Rentenerhöhung seit 23 Jahren . . .

... und was davon übrig bleibt. Schauen wir uns die Wirklichkeit hinter dem Bundesregierungsgetöse und dem Mediengetrommel einmal genauer an. Am Beispiel einer konkreten Rentnerin (West, verheiratet, Kinder) beleuchten wir die Realität der Jahre 2013 bis 2017 einschließlich der künftigen Rentenerhöhung ab Juli 2016. Nicht berücksichtigt wurden evtl. Steuerabzugsbeträge. Bei den Inflationsraten wurden lediglich die offiziellen, nicht aber die real deutlich höheren Inflationsraten berücksichtigt.

JAHR 2013

Brutto-Rente bis 30.06.	903,00	Rente ab 01.07.	905,26
- Krankenversicherung 8,20%	- 74,05	Rentenerhöhung 0,25 %	
- Pflegeversicherung 2,05%	- 18,51	- Krankenversicherung 8,20%	- 74,23
Netto-Rente ohne Inflation	810,44	- Pflegeversicherung 2,05%	- 18,55
		Netto-Rente ohne Inflation	812,47
		+/- in Euro zum Vorhalbjahr	+ 2,03 €
NETTO-RENTE mit Inflationsrate 2013 = 1,5 %			800,28
+/- in Euro zum Vorhalbjahr			- 10,16 €
+/- in Prozent			- 1,25 %

© j&j presse + medienagentur

JAHR 2014

Brutto-Rente mtl. bis 30.06.	905,26	Rente mtl. ab 01.07.	920,37
- Krankenversicherung 8,20%	- 74,23	Rentenerhöhung 1,67 %	
- Pflegeversicherung 2,05%	- 18,55	- Krankenversicherung 8,20%	- 75,47
Netto-Rente ohne Inflation	812,47	- Pflegeversicherung 2,05%	- 18,87
		Netto-Rente ohne Inflation	826,03
+/- in Euro zum Vorhalbjahr	0,0 €	+/- in Euro zum Vorhalbjahr	+ 13,56 €
NETTO-RENTE mit Inflationsrate 2014 = 0,9 %			818,59
+/- in Euro zum Vorhalbjahr			+ 6,12 €
+/- in Prozent			+ 0,75 %

© j&j presse + medienagentur

JAHR 2015

Brutto-Rente mtl. bis 30.06.	920,37	Rente mtl. ab 01.07.	939,69
- Krankenversicherung 8,40%	- 77,31	Rentenerhöhung 2,1 %	
- Pflegeversicherung 2,35%	- 21,62	- Krankenversicherung 8,40%	- 78,93
Netto-Rente ohne Inflation	821,44	- Pflegeversicherung 2,35%	- 22,08
		Netto-Rente ohne Inflation	838,68
+/- in Euro zum Vorhalbjahr	-4,71 €	+/- in Euro zum Vorhalbjahr	+ 17,24 €
NETTO-RENTE mit Inflationsrate 2015 = 0,3 %	818,97	NETTO-RENTE mit Inflationsrate 2015 = 0,3 %	836,16
+/- in Euro zum Vorhalbjahr	-7,06 €	+/- in Euro zum Vorhalbjahr	+ 14,72 €
+/- in Prozent	-0,30 %	+/- in Prozent	+ 1,79 %

© j&j presse + medienagentur

JAHR 2016

Brutto-Rente mtl. bis 30.06.	939,69	Rente mtl. ab 01.07.	979,62
- Krankenversicherung 8,40%	- 78,93	Rentenerhöhung 4,25 %	
- Pflegeversicherung 2,35%	- 22,08	- Krankenversicherung 8,40%	- 82,29
Netto-Rente ohne Inflation	838,68	- Pflegeversicherung 2,35%	- 23,02
		Netto-Rente ohne Inflation	874,31
+/- in Euro zum Vorhalbjahr	0,0 €	+/- in Euro zum Vorhalbjahr	+ 35,63 €
NETTO-RENTE mit Inflationsrate 2014 = 0,9 % ²⁾			866,44
+/- in Euro zum Vorhalbjahr			+ 27,76 €
+/- in Prozent			+ 3,20 %

© j&j presse + medienagentur

JAHR 2017

Brutto-Rente mtl. bis 30.06.	979,62	Rente mtl. ab 01.07.	?
- Krankenversicherung 8,40%	- 82,29	Rentenerhöhung ?	
- Pflegeversicherung 2,55%	- 24,98	- Krankenversicherung 8,40%	?
Netto-Rente ohne Inflation	872,35	- Pflegeversicherung 2,35%	?
		Netto-Rente ohne Inflation	?
+/- in Euro zum Vorhalbjahr	-1,96 €		
+/- in Prozent zum Vorhalbjahr	-0,22 %		

2) Inflationsrate fiktiv = arithmetisches Mittel aus den drei vorhergehenden Jahren

KOMMENTAR:

Wenn doch bloß die ekelige Inflationsrate nicht wäre. Aber so ist es nun mal im wahren Leben. Ein Brötchen, ein Stück Fleisch, die Energiekosten und die Mieten kosten eben nicht mehr so wenig wie noch vor Jahren. Und so sagt die prozentuale Erhöhung der Rente nur sehr bedingt etwas über das aus, was uns wichtig ist: Nämlich der **Rest vom Geld am Ende des Monats**.

Im Übrigen steigen natürlich mit jeder Rentenerhöhung auch prozentual die Belastungen für die Kranken- und Pflegeversicherung. Und so schrumpft die Rentenerhöhung z.B. in 2013 von mickrigen plus 0,25 Prozent auf minus 1,25 Prozent.

Als dann im Jahr 2015 die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge durch den Gesetzgeber bzw. die Krankenkassen angehoben wurden, rutschte die komplette Rentenerhöhung von 2014 sogar ohne die Inflationsrate ins Minus. Und die nächste Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags auf 2,55 Prozent in 2017 ist bereits beschlossen. Selbst wenn in 2017 die Krankenversicherungsbeiträge stabil bleiben und es keine anrechenbare Inflationsrate gäbe, hat unsere Beispiel-Rentnerin dann rd. 2 Euro monatlich weniger als im Vorjahr zur Verfügung. Der Gesamtsaldo von 2013 bis 2016 sieht dann auch für unsere Beispiel-Rentnerin nicht viel besser aus. Ganze 215 Euro hat unsere Beispiel-

Rentnerin in vier Jahren durch Renten-„Erhöhungen“ mehr erhalten. Das entspricht gerade mal 4,50 Euro im Monat!

Und dabei ist die gewaltige Renten-„Erhöhung“ von 2016 schon mit eingerechnet. Der Saldo wäre sogar deutlich negativ, wenn man zur Berechnung die realen Inflationsraten, die nachweislich mindestens zwischen vier und fünf Prozent betrugen, herangezogen hätte. Das bedeutet schlicht, diese Frau verarmt von Jahr zu Jahr. Bleibt zu hoffen, dass sie nicht zur Miete wohnt und durch Sparen, also Konsumverzicht, wenigstens einen kleinen Teil der Kostensteigerungen auffangen kann.

Und nicht vergessen: Jeden Rentner trifft das gleiche Schicksal, wenn seine Renten-Erhöhungen stets unter der realen Inflationsrate liegen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für abhängig Beschäftigte, falls deren Gehaltserhöhungen immer unter der realen Inflationsrate liegen. Es scheint jedoch, dass diese Tatsache vielen (Wählern) noch immer nicht klar ist.

Bleibt noch die Frage, was unsere Politik-Darsteller wohl mit den vielen Hunderten Milliarden verfassungswidrig aufgestellter „Rettungsschirme“ hätten anfangen können? Vielleicht sollten sie einmal dar-über nachdenken, Deutschland selbst zu retten, bevor sie viele andere retten!

POPULISMUS

Es gibt zwei Vokabeln, mit denen unsere Lügenpresse*) gerne fabuliert: Rechts und Populismus. Nun setzen sich FOCUS und SPIEGEL selbst dem Vorwurf des Populismus aus. So titelte der SPIEGEL am 30.03.2016 „So entzaubert Bernhard Hoecker (Comedian d. Red.) das Gerücht der Flüchtlingswelle“ und FOCUS blies ins gleiche Horn „Flüchtlinge in Deutschland: Bernhard Hoecker rechnet mit Panikmachern ab“.



Was war geschehen? In der NDR-Talkshow demonstrierte Hoecker, wie klein der Anteil der Flüchtlinge in Deutschland ist und wie gering ihr kultureller Einfluss ist. „Im Moment haben wir ja alle total Angst, dass wir von Flüchtlingen überschwemmt werden“, scherzte Hoecker. Leute befürchteten, dass Flüchtlinge das Land überschwemmen und die Situation außer Kontrolle gerate. Die aktuelle Zuwanderung sei jedoch „überhaupt kein Problem“. Tatsächlich machten Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, nur ein Achtzigstel der deutschen Bevölkerung aus, rechnete er vor. Zur Veranschaulichung bat er zwei Zuschauerinnen aufzustehen. Bei 120 Zuschauern im Publikum repräsentierten diese

im Raum etwa den Anteil der Flüchtlinge in Deutschland, erklärte der Comedian. „Und wenn man jetzt noch aufsteht und bereit ist zu sagen, diese wenigen Menschen überfluten die Kultur dieses Studios, dann muss man ein Problem haben“, befand Hoecker. Wenn die beiden Frauen an die Zahnfee glauben würden, „würden wir unseren christlichen Glauben ablegen? Nein!“ Hoeckers Fazit zur angeblichen Krise lautet daher: „Es ist einfach, ganz ehrlich, überhaupt kein Problem.“

KOMMENTAR

Ja, wie schräg ist das denn? So originell der numerische Vergleich mit den beiden Damen und den restlichen Zuschauern auch war, so unbrauchbar und abstrus war er. Man könnte ebenso fragen, was denn ein Atommeiler in Tschernobyl (vermutlich weiß Hoecker gar nicht wo das liegt und was dort am 26. April 1986 passierte) mit der Sicherheit in Deutschland zu tun hat. Oder was ein nicht ganz fest angezogener Reifen am Auto schon ausmacht, man hat doch insgesamt vier davon. Beides wird der Komplexität und den Folgen nicht gerecht. Lieber Bernhard Hoecker, bisher hielt ich Dich für ein echt aufgewecktes und intelligentes Bürschchen. Jetzt aber frage ich mich: Bist Du nur naiv oder dumm oder instrumentalisiert und korrumpiert? Ich fürchte von allem etwas.

MEDIEN, MACHT POLITIK



09.04.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Medien machen Macht.

Politiker nutzen ihre Macht gezielt zur Domestizierung der Bevölkerung und zur Erreichung ihrer persönlichen Ziele. Dazu sind ihnen alle legalen und illegalen Mittel recht – auch moralisch verwerfliche und kriminelle.

MEDIEN, MACHT, POLITIK

GEKAUFTE MEDIEN

Vor elf Jahren, am 17. September 2005, wurde bekannt, dass die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) so genannte „Themenplacements“ in der ARD-Serie „Marienhof“ gekauft hatte. **Gegen Geld** wurden in mehreren Fällen **Dialoge** entsprechend der neoliberalen Vorstellungen und Forderungen der INSM **gestaltet**. Es war die Zeit der Agenda 2010, die Zeit der Finanzmarkt-Expansion und die Zeit, in der Arbeitslose einerseits in „Kunden“ umbenannt, andererseits noch schärferen Repressionen ausgesetzt wurden. Es war die Zeit von Sabine Christiansen, Wolfgang Clement, Gerhard Schröder und Friedrich. Und es war die Zeit, der neoliberale „Reforminitiativen“.

Die **INSM wurde im Jahr 2000 vom Metall-Arbeitgeberverband gegründet**, bis heute wird sie finanziell von Arbeitgeberverbänden getragen. Sie versteht sich nach eigener Aussage als Organisation, die sich „für fairen Wettbewerb, unternehmerische Freiheit, sozialen Ausgleich, Chancengerechtigkeit und eine verantwortungsvolle, generationengerechte Politik“ einsetzt. Faktisch vertritt sie die Interessen ihrer Geldgeber: Sie fordert niedrigere Sozialleistungen und Lohnzurückhaltung, Privatisierungen und Deregulierungen, Steuersenkungen und eine an den Wünschen der Unternehmen orientierte Bildungspolitik ein.

Zu ihrer Strategie gehört es, öffentlich bekannte Persönlichkeiten für sich sprechen zu lassen - als so genannte INSM-„Botschafter“. Dies sind etwa Mainstream-Wissenschaftler, Unternehmer, vor allem in den ersten Jahren aber durchaus auch prominente Schauspieler, Sportstars und Politiker aller Parteien (mit



Ausnahme der Linkspartei). Auch durch vermeintlich wissenschaftliche Studien, die die INSM bei ihr nahestehenden Einrichtungen oder ihren Botschaftern in Auftrag gibt, setzt sie erfolgreich ihre Themen.

In den Jahren 2000 bis 2005, der absoluten neoliberalen Dominanz, spielte die INSM in Öffentlichkeit, Medien und Politik eine enorme Rolle: Ihre „**Botschafter**“ **traten reihenweise in TV-Talkshows auf**, wurden von Zeitungen als vermeintlich seriöse Experten interviewt, von Politikern als vermeintlich neutrale Ratgeber herangezogen (wenn sie nicht gar selbst Politiker waren). Ihre **tendenziösen Studien** galten als zitierfähig. Diese absolut dominante Position im öffentlichen und politischen Diskurs hat die INSM mittlerweile zumindest teilweise eingebüßt, wozu auch die Geschehnisse rund um die Seifenoper „Marienhof“ beigetragen haben mögen.

Marienhof-Skandal

Am 17. September 2005 also berichtete „epd medien“ über acht Fälle von so genannten „Themen-placements“ in der ARD-Serie „Marienhof“, die von der INSM gekauft wurden. (Andere Quellen sprechen von sieben Fällen.) Vermittelt wurde der Deal über die Münchner H.+S. Unternehmensberatung. Insgesamt hat die INSM **58.670,14 Euro** an die Produktionsfirma Bavaria Sonor gezahlt, die diese „Seifenoper“ für die ARD produzierte. Für

das Geld wurden **Seriendialoge im INSM-eigenen, neoliberalen Sinne, gestaltet und damit entsprechende politische Inhalte vermittelt.**

Obwohl die INSM nach Bekanntwerden der Themenplacements zunächst versuchte, ein eigennütziges politisches Anliegen hinter ihren Schleichwerbungs-Aktivitäten zu leugnen, war ein solches doch deutlich erkennbar. **Die „Marienhof“-Dialoge vermittelten unmissverständlich und unmittelbar neoliberale Arbeitgeber-Positionen.** Die lobbykritische Organisation LobbyControl hat schon wenige Tage nach Veröffentlichung des epd-Artikels die betreffenden Stellen Ihre Schlussfolgerung:

„Die Analyse weiterer Aktivitäten der Initiative 2002 und danach zeigt, dass die in Marienhof platzierten Themen politische Botschaften transportieren und Themen fortführen, die die INSM auch mit anderen Kommunikationsinstrumenten beworben hat. Die Analyse macht deutlich, dass die Schleichwerbung im Marienhof keine neutrale Information war, sondern klar in die Arbeitgeber-PR der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft eingebunden war“.

BILD-Zeitung

Peter Bartels, ehemaliger Chefredakteur der BILD-Zeitung, schildert in seinem Enthüllungsbuch „BILD“ sehr anschaulich, wie sich die BILD-Zeitung unter Leitung von Kai Diekmann, u.a. Mitglied der Atlantik-Brücke, von einem höchst erfolgreichen und von den Mächtigen gefürchteten Blatt, zu einem „ausgelagerten Bundespresseamt für Angela Merkel“ und zu einer Propagandamaschine im Dienste der Mächtige entwickelte. Er enthüllt, wie und warum die BILD-Zeitung vom



auflagenstarken „Anwalt der Leser“ zum Volkserziehungsblatt wurde, das seine Leser belügt und manipuliert. Bartels enthüllt wie die BILD-Zeitung sich von den Mächtigen instrumentalisieren ließ und was die BILD-Zeitung als „Tugendwächter der Reichsbeschwichtigungsbehörde“ seinen Lesern verschweigt. KLICK auf Bild für Bestellungen nicht nur BILD, auch andere Mainstreammedien wie Die Welt, Frankfurter Allgemeine, Zeit, Focus, Süddeutsche Zeitung, ARD, ZDF u.v.a. beteiligen sich an der Verbreitung der vom Bundespresseamt vorgegebenen politischen Korrektheit. Insbesondere die so genannten Talk-Shows im TV tragen mit streng organisierter Gästezusammensetzung dazu bei. Handverlesene „Experten“ sorgen für die sich stets wiederholende Dramaturgie „Guter Junge - Böser Junge“ mit inszenierter Verbreitung propagandistischer Parolen durch die Polit-Protagonisten.

Auch vor nachgewiesener Retusche von Fotos (Hitler-Bärtchen) schreckt BILD nicht zurück

Springer, Bertelsmann & Co.

Zusammen mit ihren jeweiligen Beteiligungen, beherrschen die Medienkonzerne SPRINGER und BERTELSMANN nahezu den kompletten deutschen Mainstreammedienmarkt. Liz Mohn (Bertelsmann/RTL) und Friede Springer (Axel Springer AG) gebieten über die größten

Medienkonzerne der Bundesrepublik. Selten wird erwähnt, dass die Milliardärinnen mit einer dritten Dame innig verbunden sind: mit Kanzlerin Angela Merkel.

Der auffallend diskrete Umgang der Journaille mit dieser „German Connection“ beeindruckt. Die Kanzlerin genießt dank des Wohlwollens der Verlagsherrscherinnen publizistische Aufmerksamkeit und Imagepflege in einem Ausmaß, das mit Geld nicht zu bezahlen wäre: „Kanzlerin der Herzen, Super-Merkel, Standfeste Powerfrau, eiserne Kanzlerin, mächtigste Frau der Welt“. Die Hochgejubelte ihrerseits pflegt - mithilfe ihrer Partei - das für die Medienkonzerne profitable politische Klima. Alles ganz legal. Man versteht sich, auch ohne Absprache.

Auch der SPIEGEL, längst Propaganda-Postille der Merkelschen Politik, diffamiert unbequeme politische Widersacher mit perfider Polemik und Vergleichen zum Dritten Reich, wenn es gilt, sie in die populistische rechte Ecke zu stellen. Da wird mal eben schnell die Nazi-Keule herausgeholt und es werden faschistische Stereotypen bedient: Blick des Führers, Säulenhalle à la Reichsparteitagsgelände, darin einmontiert Pegida-Demonstranten. Mit dem Begriff „Hassprediger“ schwingt der SPIEGEL dann gleich auch noch die medial wirksame Islamismus-Keule, denn Hassprediger gelten als eine der Hauptursachen des islamischen Terrorismus.



Diese publizistische Hassorgie kommt einer Volksverhetzung gleich (§ 130 StGB), richtet sie sich doch nicht gegen eine einzelne Person, sondern gegen Deutsche, die sich „national“ definieren, die aber von einem massenmedialen Leitorgan als islamistische Nationalsozialisten an den Pranger der veröffentlichten Meinung gestellt werden. Auch andere Medien stoßen ins gleiche Horn, willig den Vorgaben des Bundespresseamts folgend.

Wenn es die geopolitischen Interessen der USA verlangen (Ukraine), agitieren unsere West-Politiker in vorauseilendem Gehorsam und mit bereitwilliger Unterstützung der hörigen Leitmedien. Dass sie damit groteske Kriegstreiberei betreiben, scheint ihnen gleichgültig zu sein.

DAS VOLKSAGT NEIN DIE POLITIK SAGT JA

Am 06.04.2016 haben sich die Niederländer in einem Referendum, also einer **Volksabstimmung**, gegen das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ausgesprochen. Zwei Initiativen hatten mit über 400.000 Unterschriften das Referendum erzwungen. Eine Ohrfeige für alle übrigen 27 EU-Staaten, die das Abkommen mit der Ukraine bereits ratifiziert hatten. **Vielleicht ein historisches Datum.**

Da sich in einem Referendum die gesamte Wahlbevölkerung unmittelbar zu einer politischen Frage äußern kann, wird das Ergebnis der Abstimmung mit einem hohen Maß an politischer Legitimität ausgestattet.



Es ist damit ein **Instrument der direkten Demokratie**. Das Abstimmungsergebnis war das eines besorgten Wählers. Wahrscheinlich wird ein Nein beim Referendum in den Niederlanden über das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union das Bild der Welt nicht ändern, nicht einmal das von Europa. Aber manchmal gilt es, vorsichtig zu sein mit dem Anschein. Diese Befragung kann gut ein Beginn sein und den Weg freimachen



für eine viel größere Bewegung, die sich in dieser oder anderer Form über andere Länder erstrecken könnte. In wenig mehr als zwei Monaten bei der Abstimmung in Großbritannien ist das Risiko eines Übergreifens nicht mehr leicht-zunehmen.

Was nun? Schon bellen die politisch glatt gebürsteten EU-Politiker in abgestimmter Gemeinsamkeit die politische Korrektheit hinaus: *"Wenn man Europa kaputt machen will, braucht man nur mehr Referenden zu veranstalten"*, sagt Luxemburgs Außenminister **Asselborn** nach dem Nein der Niederländer zum Ukraine-Abkommen. Und **Rebecca Harms**, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament: *"Plebiszitäre Elemente zu europäischer Politik, die so angelegt sind wie die gestrige Abstimmung (über das Assoziierungsabkommen d. Red.), können die EU in ihrem Bestand gefährden."* Vielleicht ahnt Asselborn jedoch bereits den Grund für mögliche weitere ablehnende Referenden: *"Die Menschen (...) erteilen ihren jeweiligen Regierungen Denkwort. Die Europäische Union ist in ihren Beschlussgremien viel zu intransparent und droht die Glaubwürdigkeit zu verlieren"*. Aber die Mainstreammedien kommentieren das Ergebnis nahezu durchgängig mit dem stereotypischen Mantra *"Die Rechtspopulisten wollen nun über ein anderes Europa diskutieren"* (Frankfurter Allgemeine). Allen diesen Kommentaren ist eins gemeinsam: Man wünscht keine Einmischung der Bevölkerung in die eigenmächtige Entscheidungshoheit der Politiker.



Fragen wir uns, wie so etwas in Deutschland abläuft, gibt es bereits eine Antwort: Volksabstimmung NEIN. Die Initiative **„Stopp TTIP“** hat bei ihrem Engagement gegen TTIP und CETA in der EU sehr viele Menschen für sich vereinen können. **Etwa 3,3 Millionen Unterschriften wurden gesammelt.** Selbst die

Tatsache, dass ihr Antrag auf Registrierung als offizielle Europäische Bürgerinitiative EBI abgelehnt wurde, konnte das Bündnis nicht stoppen. Anfang November 2015 nahm EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz** die Unterschriften entgegen. Angela Merkel als Bundeskanzler sollte ebenfalls die Unterschriften entgegennehmen. Doch auf die Anfrage der Initiative gab es **vom Bundeskanzleramt im Dezember ein Nein.** Das bedeutet schlicht nichts anderes als: Wir scheeren uns einen Dreck um das, was Ihr wollt. Punkt.

POLITIKER-POLITIK

Wir erleben zunehmend und in unverhohlener Weise die europaweite „Politiker-Politik“ unserer „Volksvertreter“. Sie sind sehr professionell in der Realisierung von Machtvorteilen, aber nicht sonderlich an Inhalten und somit nicht an der Zukunft orientiert. Ihre Zukunftsorientierung fokussiert sich auf die persönliche Zukunft innerhalb des Parteigeftüges. Dies wird auch gespiegelt durch eine weitgehende entpolitisierte Bürgergesellschaft.

„Wenn man etwas durch Wahlen verändern könnte, wären sie längst abgeschafft“

Das Ideal der Demokratie ist jedoch der politische Diskurs, das gemeinsame Finden von Themen und das Streiten um Lösungen für die Zukunft. Ein gesellschaftlicher Vorgang, der dann an die Repräsentanten delegiert wird. Wir haben das jedoch völlig entleert, indem wir glauben, dass Politik etwas ist, was in TV-Talk-Shows strukturiert nach kurzen Pro- und Kontra Argumenten stattfindet.

Lobbygruppen und Politiker besetzen diese leeren Räume. Dadurch erodiert die Politik von innen heraus und man fragt sich, welches Niveau die parlamentarische Demokratie heute erreicht hat. Die Vereinheitlichung der politischen Inhalte ist spektakulär. Wie jemand

Minister wird, weist darauf hin, dass keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Angelegenheiten der Demokratie zugrunde liegt, sondern Opportunitäten. Die erfolgreichsten Politiker sind diejenigen, die keine Position vertreten, sondern die wenigsten Angriffsflächen bieten, was sie über Jahre während ihrer Karriere sehr sorgfältig gelernt haben.

ZENSUR IN DEUTSCHLAND

Am 8. Oktober 2008 lud Merkel die wichtigsten Medienvertreter zu sich ein. Die Journalisten und Verlagsleiter sollten in ihrem Auftrag, aus Gründen der Staatsraison, in deutschen Medien nicht die volle Wahrheit über die desolate Lage der Staatsfinanzen und die sich daraus entwickelnde Wirtschaftskrise berichten. Die Medienvertreter wurden aufgefordert, zurückhaltend über die tatsächliche Lage zu berichten, damit das Land nicht außer Kontrolle geriete. Merkel appellierte an die Macht der Medienvertreter, eine Panik zu vermeiden. Diese Aufforderung war unmissverständlich: Haltet Euch fern von der Realität.

Hart aber unfair

Beispiel ARD-Sendung: „**Hart aber Fair**“ vom 06. Mai 2013. Das Thema der Sendung lautete: „Den Euro einfach abwählen - entscheidet die D-Mark-Partei die Wahl?“ (Anmerkung: gemeint war die AfD -Alternative für Deutschland). Auf der Internetseite von Hart aber Fair wurde zu diesem Zweck eine **Zuschauerumfrage** gestartet und veröffentlicht. Das Ergebnis war beeindruckend: **80% sprachen sich GEGEN den EURO aus**. Aber was geschah in der Sendung? Da das Umfrageergebnis trotz aller Euro-Propaganda so schlecht ausfiel, nahm man keinen Bezug darauf. Es wurde mit keinem Wort erwähnt, obwohl Moderator Plasberg vorher darauf hinwies, die Sendung sei interaktiv. Stattdessen wurden ausgewählte Zuschaueranfragen (via Mails) vorgetragen und beantwortet. Aber es kommt noch besser.

Kurze Zeit später wurde die Umfrage dann auch im Internet komplett ausgeblendet.

Bestseller unter Beschuss

Beispiel Knauer-Verlag:
Der Verlag hat das neue Jahrbuch

„**Verheimlicht-Vertuscht-Vergessen**“ kurz vor Drucklegung gestoppt und fast alle bisherigen Werke des Erfolgsautors **Gerhard Wisnewski** aus dem Programm genommen.

Die Umsatzverluste dürften sechstellig sein - aber sie werden in Kauf genommen, wenn es die Gebote der politischen Korrektheit verlangen. Die jährliche Buchreihe ist seit fast zehn Jahren für viele Leser ein unverzichtbarer Jahresrückblick geworden, um die Ereignisse der vergangenen 365 Tage besser einzuordnen und ein „korrigiertes Weltbild“ zu gewinnen. Jetzt verlegt der KOPP-Verlag das neueste Buch Wisnewskis.



Finger in der Wunde

Dreizehn Jahre schrieb Nicolaus Fest für den Axel-Springer-Verlag. Nach einem schonungslos offenen Kommentar zum Integrationsdilemma war Schluss. Beim Stichwort Islam kuschte die BILD-Führungsriege und opferte bereitwillig die Meinungsfreiheit im eigenen Haus.

Schuldig bei Verdacht

Ken Jebsen war über zehn Jahre lang bei Radio Fritz der Quotenbringer für den RBB. Als die politisch korrekten Sittenwächter bei ihm Antisemitismus entdeckt haben wollten, wurde ihm binnen Kürze der Stecker gezogen.

Sesselfurzer gegen Stimmungskanone

19 Jahre lang war Elmar Hörig der ungekrönte König des politisch unkorrekten Humors im deutschen Südwesten. Hörig, der einst jeden Tag Millionen zum Lachen brachte,

unterschätzte, wie eng die Korridore der Meinungsfreiheit geworden waren.

Die unbequeme Wahrheit

Fieder Wagner war ein gefeierter Regisseur, hatte zahlreiche Filmpreise abgeräumt und ging in den großen Sendeanstalten ein und aus. Alles änderte sich, als er sich 2003 eines Themas annahm, das die US-Kriegspolitik in Verruf brachte.

Der aufrechte Gang

Michael Vogt - wer sich abseits des Mainstreams informiert, kennt ihn aus unzähligen Filmen und Vorträgen. Er gehört zu den Veteranen des freien Journalismus, sein Wort hat Gewicht. Für seinen Mut zur Wahrheit bezahlte der Querdenker einen hohen Preis. Achtzehn Jahre lang hatte Michael Vogt an der Universität Leipzig gelehrt - zuletzt als Honorarprofessor am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft (KMW). 2007 fand seine Hochschulkarriere ein jähes Ende. Außerhalb der Campus-Mauern hatte der TV-Journalist und Filmemacher immer wieder volkspädagogisch unerwünschte Aufklärung betrieben. Seine historischen Dokumentationen brachen mit etablierten Denkverböten. Damit hatte er sich mächtige Feinde gemacht.

Der Fall Matussek

Dass der Springer-Konzern einen Autoren feuerte, der in der konservativen Kernleserschaft beliebt war, verweist auf das Dilemma der Leitmedien: Jetzt werden ihnen sogar ihre eigenen Feigenblätter gefährlich. Mitte November trennte sich Springers WELT von einem ihrer beliebtesten Kolumnisten und konservativen Katholiken Matthias Matussek. Was war geschehen? Matussek hatte auf Facebook unter Bezugnahme auf die Pariser Terroranschläge geschrieben, er „schätze mal, der Terror von Paris wird auch unsere Debatten über offene Grenzen und einer Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Lande in eine ganz neue, frische Richtung bewegen“.

Feindbild Mutter

Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte Tagesschau-Sprecherin zu einer Aussätzigen zu machen plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.



Journalisten säubern Edeka-Filiale von COMPACT

Als er am Montagmorgen in einem Edekamarkt in Hamburg-Altona das aktuelle COMPACT-SPEZIAL „Zensur in der BRD“ im Zeitschriftensortiment erspähte, twitterte der u.a. für Zeit-Online tätige freie Journalist Benjamin Laufer: „Compact im @EDEKA_D jetzt auch im Verkaufsdisplay. Das muss dieser #Rechtsruck sein, von dem alle reden.“ <https://twitter.com/rakeeede/status/717008086481969152> „Hast Du Dich beschwert?“ fragte ein Nutzer namens specialuninvited Laufer. Dessen Antwort: „(...) noch nicht.“ Später twitterte er: „Edeka hat reagiert.“ Dabei teilte er eine Nachricht der betreffenden Filiale, die jedem Zweitklässler mit einem Funken Demokratieverständnis die Zustände in diesem Land überdenken ließe: „Entschuldigen Sie bitte (...). Es ist keine Absicht von uns gewesen und wir haben diese Zeitung aus dem Sortiment genommen (...). Vielen Dank und ihnen noch einen schönen Abend !!!!“

Pervers ist, was einige Medien aus dem Vorfall gesponnen haben: „Edeka bringt Leute mit rechter Zeitschrift auf die Barrikaden – und reagiert sofort“, titelte Focus.de am Dienstag begeistert. News.de schreibt heute: „Skandal! Hamburger Edeka verkauft rechtes Magazin“ und berichtet von einem so entfachten „Sturm der Entrüstung“. „Die Empörung in den sozialen Netzwerken ist so groß, dass sich die Firma zum Handeln genötigt sah“, wird behauptet. Anhand

des Twitterverlaufs zwischen Laufer und seinen sogenannten Followern lässt sich erkennen, dass die Empörung im Kreis selbsterklärter Tugendwächter verlief, die man an einer Hand abzählen kann. Tatsächlich finden sich sogar viele kritische Kommentare zu dem Vorfall. „Demokratie geht anders“, äußerte sich ein Diskutant. „Ihr seid Helden!“

Den Inhalt bestätigt“, schrieb ein weiterer Nutzer in Bezug auf das Thema der aktuellen Spezialausgabe, „Zensur in der BRD“. „Würde der Titel stimmen, würde sowas nie gedruckt und verkauft werden, Sie Pappnase“, erwiderte ein Kollege Laufers, Patrick Gensing, dessen journalistischer Schwerpunkt ausgerechnet Rechtsextremismus ist! „Falsch“, bekam er als Antwort. „Druckverbote braucht es nicht mehr. Gibt genug Gesinnungsblockwarte wie Sie. Selber Pappnase.“

Der Nutzer trifft den Nagel auf den Kopf. **Beit jemand heutzutage „rechts“, verschwindet der Verstand der meisten Leute in den Bäumen.** Auch die Edeka-Zentrale erklärte pflichtschuldigst zu dem Vorfall, man distanzieren sich „von jedem rechten Gedankengut“ - eine gefährliche Formulierung.



Zensur (lateinisch *censura*) ist der Versuch der Kontrolle der Information. Durch restriktive Verfahren – in der Regel durch staatliche Stellen – sollen Massenmedien oder persönlicher Informationsverkehr kontrolliert werden, um die Verbreitung unerwünschter oder gesetzeswidriger Inhalte zu unterdrücken oder zu verhindern.

TELEGRAMM

06 & 07/2016



04.07.2016
13.07.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

TELEGRAMM

Ein neues Format, das in unregelmäßigen Abständen gebündelte Informationen bietet. Auf eine ausführliche Behandlung der Themen wird bewusst verzichtet. TELEGRAMM versteht sich als **Ergänzung** zu den bisherigen Kolumnen aus dieser Reihe, die auch weiterhin erscheinen.

TELEGRAMM 06/2016

Es hört sich doch schon wieder alles so gut an: Schlagzeilen wie „Deutschland erlebt binnenwirtschaftliche Blüte“, „Wegen guter Beschäftigungslage steigen die Löhne“ oder „Jobs gibt’s in Hülle und Fülle“. Alles gut? Dann schauen wir doch mal hinter die Kulissen.

WIE DIE CRÉDIT SUISSE DAS ZAUBERN ENTDECKTE

Bekanntlich müssen die Banken seit der Finanzkrise 2008 ihren Eigenkapitalanteil erhöhen. Die **schweizerische CS** entschied sich dafür, sich selbst Eigenkapital zu schaffen, und zwar aus dem Nichts. Offenbar frei nach dem Motto: „Wenn wir Geld aus dem Nichts schöpfen können, warum nicht auch Eigenkapital?“. Der Zaubertrick funktionierte folgendermaßen: Die CS vergab an arabische Investoren einen Kredit in Höhe von umgerechnet rund 9 Milliarden Euro. Dafür mussten lediglich zwei Buchungen in der Bilanz vorgenommen werden: Auf der Aktivseite wurde der Betrag als „**Forderung**“ eingestellt, auf der Passivseite wurde eine „**Kundeneinlage**“ in gleicher Höhe verbucht. Die Bank konnte sicher sein, dass die arabischen Investoren das Geld nicht abrufen werden, weil diese sich verpflichtet hatten, dafür **neu geschaffene Vorzugsaktien** der CS zu erwerben. Zu diesem Zweck war lediglich eine weitere Buchung nötig, unter Kennern „**Passivtausch**“ genannt: **Die Kundeneinlage wurde umgebucht in die Position „Eigenkapital“**. So einfach funktioniert das Schaffen von Geld.

DEUTSCHE BANK VOR DEM AUS?

Im Januar 2016 verkündete die Deutsche Bank, dass das Haus solvent sei. Als dann auch noch unser Finanzminister Wolfgang Schäuble sich zur Deutschen Bank beruhigt äußert, sah nach außen hin doch alles gut aus. Oder? Die Realität sieht dramatisch anders aus: Die Deutsche Bank hat knapp 6000 laufende Verfahren anhängig

und hält ein Derivate-Portfolio außerhalb der Bilanz im Volumen von rund 55 Billionen Euro (20-fache des deutschen BIP). Die nächste Banken-Rettung steht an -vermutlich eine Verstaatlichung.

DEUTSCHLAND DIE KONJUNKTUR-LOKOMOTIVE

Schäuble und Vasallen posaunen schon wieder vom Job- und Konjunkturboom. Wissen sie es denn nicht besser? Zwar entstehen immer mehr Jobs – die Arbeitslosigkeit liegt mit 2,66 Millionen auf einem 25-Jahres-Tief, doch dummerweise zieht die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen nicht mit. Dies bedeutet, **die Masse der neuen Jobs sind prekäre Arbeitsverhältnisse**. Trotzdem werden nur 52,2 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsempfänger als arbeitslos gezählt, d.h.: die Arbeitslosigkeit liegt bei mindestens 5,2 Prozent.

Im Niedriglohnsektor arbeiten über **acht Millionen** Menschen in Voll- und Teilzeit. Womit dieser seit 1991 um **139 Prozent** angeschwollen ist, während die wichtigen **sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs**, die die Renten finanzieren, um **über 18 Prozent** zurückgegangen sind. Da Niedriglohnarbeiter nichts in die Rentenkasse einbezahlen können, ist Altersarmut in großem Stil vorprogrammiert. Unvermindert feiert Wolfgang Schäuble seine „schwarze Null“. Dass sie vor allem aufgrund der Niedrigzinsphase möglich ist, lässt er lieber außen vor.

WIEVIEL RETTUNG BENÖTIGT DIE EU NOCH?

Eigentlich ist doch jedem klar: Wer gerettet werden muss, der ist in Not. Und nun die Frage: Wie oft musste in der EU schon wer und womit gerettet werden? Da ist wohl etwas im Dauernotstand, oder? Der Patient ist klinisch tot und wird nur noch künstlich am Leben erhalten. Sobald der Stecker gezogen wird ist Schluss! Absolut sinnfreie „Rettungspakete“ werden auf unser aller Kosten geschnürt, ohne die Chance auf tatsächliche Rettung. Die gesellschaftlichen Folgen sind fatal.

Austauschbare Eliten bestimmen unsere Zukunft und mehr denn je stellen sich folgende Fragen: Wie lange nimmt z.B. die griechische Bevölkerung die fortschreitende Zerstörung ihres Landes noch hin? **Und wann zeigen die Menschen in den Geberländern (somit auch wir) ihren Regierungen wegen der immensen Steuergeldverschwendung endlich die rote Karte?**

Die Verschuldung der EU-Staaten steigt weiterhin kontinuierlich, während sich die Arbeitslosenzahlen in Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland nach wie vor auf einem extrem hohen Niveau und die Industrieproduktion auf einem äußerst niedrigen Level befinden. Nichtsdestotrotz können sich Staaten wie beispielsweise Italien oder Spanien immer günstiger verschulden. Das ist volkswirtschaftlicher Irrsinn!

Italien kämpft vermehrt mit seinen maroden Banken, weshalb die immense Summe von 350 Milliarden Euro prophylaktisch in eine Bad Bank ausgelagert wurde. Gelöst ist das Problem damit nicht – es wurde lediglich in die Zukunft verlagert und auf die Bürger abgewälzt.

Innerhalb der EU arbeitet man stärker denn je gegen- statt miteinander. **Über die Zerfallerscheinungen der EU lässt sich nicht mehr hinwegsehen.** Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis sie in ihrer jetzigen Form auseinanderfällt. Die EU ist alles andere als eine Gemeinschaft.

Die Briten haben dem Bürokratiemonster EU mit seinen offensichtlich völlig weltfremden Kommissaren eine historische Absage erteilt. Entgegen vieler Prognosen und trotz einer immensen Angstkampagne der EU-Befürworter haben sich die Briten anders entschieden und somit Schockwellen in die ganze Welt gesendet. Nicht nur ins politische Establishment, sondern auch an die Finanzmärkte. Auch wenn es offensichtlich zahlreichen Politikern nicht passt, ist diese Entscheidung des britischen Volkes zu akzeptieren - so funktioniert nun mal Demokratie. Der Brexit ist der Anfang vom Ende

der EU und des Euros. Mehr denn je wird in der EU gegeneinander anstatt miteinander gearbeitet. Man kann nur hoffen, dass die Eliten der EU den eindeutigen Warnschuss gehört haben und endlich die längst überfälligen und notwendigen Veränderungen durchführen. Europa benötigt keine politische und keine Währungsunion, sondern eine starke Wirtschaftsunion.

TELEGRAMM 07/2016

Heute geht es wieder kurz und knapp um Themen, die in den Mainstreammedien totgeschwiegen werden. So unglaublich sie auch klingen mögen, so wahr sind sie doch. Wer diese TATSACHEN nicht glauben mag, sei aufgefordert selbst zu recherchieren.

TODESSTRAFE AUCH FÜR DEUTSCHLAND WIEDER EINGEFÜHRT

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, sieht der EU-Vertrag und die Grundrechtscharta ein Tötungsrecht des Staates vor. Schäuble und von der Leyen machen das Grundgesetz sturmreif (Einsatz der Bundeswehr in Inneren, finaler Rettungsschuss u.s.w.).

Die Bestimmungen des Artikels 2 der Charta entsprechen den Bestimmungen der genannten Artikel der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) und des Zusatzprotokolls. Sie haben nach Artikel 52 Absatz 3 der Charta die gleiche Bedeutung und Tragweite. So müssen die in der EMRK enthaltenen „Negativdefinitionen“ auch als Teil der Charta betrachtet werden:

Zitat:

a) Artikel 2 Absatz 2 EMRK: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um

a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen;

b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder

jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern; „Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden; diese Strafe darf nur in den Fällen, die im Recht vorgesehen sind, und in Übereinstimmung mit dessen Bestimmungen angewendet werden ...“.

Was passiert also mit Deserteuren in Kriegszeiten? Was haben Demonstranten zu erwarten, wenn die Obrigkeit der Meinung ist, dass es sich um einen "Aufstand" handelt? Was dürfen Flüchtlinge erwarten, die sich einer Festnahme entziehen wollen? Deutliche Worte dazu findet Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Professor für Ordentliches Recht, an der Friedrich-Alexander Universität in Erlangen-Nürnberg. Kommentar dazu (<https://www.youtube.com/watch?v=2cXcyZT4dI0>)

9/11 oder WTC7

Am 11. September 2001 wurden die zwei Türme des World Trade Centers in New York angeblich durch einen islamischen Flugzeug-Anschlag zum Einsturz gebracht. In freiem Fall stürzten sie in wenigen Sekunden in sich zusammen. Inzwischen gibt es Berichte und Studien von zweitausend seriösen Wissenschaftlern, Architekten und Statikern, die dieses Märchen widerlegen. Die Türme wurden gesprengt. Übrigens: Auch das nicht in unmittelbarer Nähe von den beiden Türmen befindliche und nicht von den Flugzeugen getroffene Gebäude WTC 7 stürzte kurze Zeit später ebenso in freiem Fall ein. Pikant bei der ganzen Sache: 20 Minuten **vor** dem Einsturz wurde dieser bereits durch die BBC verkündet (englisch). Peinlich.

Der „Anschlag“ auf das World Trade Center war übrigens der Anlass für den Krieg gegen Afghanistan und den Irak. Nebenbei bemerkt: Kurz nachdem John F. Kennedy mit der Executive Order 11110 das von amerikanischen Privaten-Banken kontrollierte Währungssystem erneuern wollte, wurde er ermordet. Nur noch

ganz Naive glauben bis heute, dass Lee Harvey Oswald der Mörder war.

GLADIO

Während des Kalten Krieges unterhielten die NATO, der CIA, der britischen MI6 und andere europäische Geheimdienste **paramilitärische Geheimorganisationen** in ganz Westeuropa. Diese sollten im Falle einer sowjetischen Besatzung einen Guerillakrieg führen.

Eine Serie von brutalen Bombenanschlägen erschüttert Italien von den 1960er bis in die 1980er Jahre. 1969 sterben z.B. in Mailand 16 Menschen bei einem Bombenanschlag. Im August 1980 detoniert eine versteckte Zeitbombe im Wartesaal des Bahnhof Central in Bologna. Dabei werden 85 Menschen getötet unter ihnen viele Frauen und Kinder. Im September des gleichen Jahres gibt es auch in Deutschland Bombenopfer: beim Münchner Oktoberfest-attentat, dem schwersten Anschlag in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, sterben 13 Menschen und über 200 werden zum Teil schwer verletzt.



Im Laufe der Jahre häufen sich die Indizien, dass diese Anschläge in einem möglichen Zusammenhang stehen. Mehrfach wird militärischer Sprengstoff benutzt. Die Spuren führen zu einer westeuropäischen geheimen Struktur, koordiniert von der **NATO** und den nationalen Geheimdiensten ohne parlamentarische Kontrolle. Ihr Name: **"Stay behind"**. In der Bundesrepublik unterstand diese Stay-Behind-Truppe dem BND. Die vom BND geführte Stay-Behind-Organisation hatte anfangs rund 500 „Schläfer“, die als Partisanen im Kriegsfall aktiv werden sollten. Deren Zahl sank bis in die 1980er Jahre auf rund 100 Personen. Es gab aber eine unbekannte Zahl von Helfern und ein paar Dutzend hauptamtliche Offiziere.

Der militärische Arm der Stay-Behind-Organisation, die als Bundeswehreinheit getarnte Lehr- und Ausbildungsgruppe für das Fernspähwesen der Bundeswehr, sollte auf bis zu 375 aktive Fallschirmspringer ausgebaut werden.

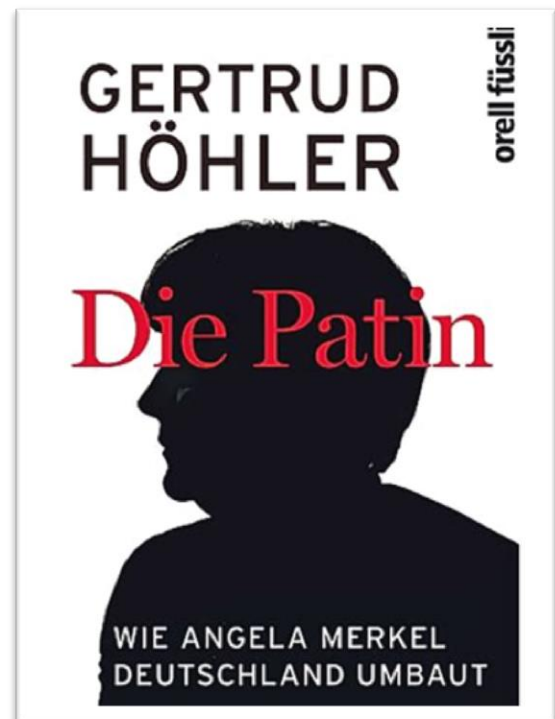
EINE KLUGE FRAU

Nein, diesmal ist nicht Angela Merkel gemeint (-:

Hier spricht eine wirklich intelligente Frau über Angela Merkel. Prof. Getrud Höhler skizziert Merkel messerscharf und analysiert ihre eigenmächtigen politischen Alleingänge und den Zerfall der Demokratie. Danach habe ich Prof. Höhler nie mehr wieder im „öffentlich rechtlichen deutschen Fernsehen“ gesehen.

Hier:

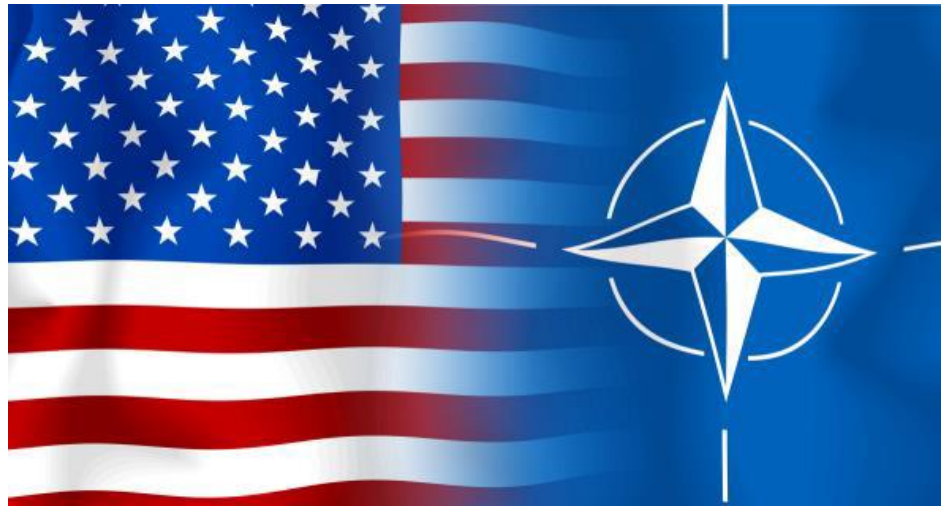
(<https://www.youtube.com/watch?v=rKHBAEfcqik>)



***Wir benötigen ein REVOLUTION - eine Befreiung zum Recht
gegen den Staatsstreich der politischen Klasse, der gerade stattfindet.
Denn jeder Deutsche hat laut Grundgesetz Artikel 20, Abs. 4 das Recht,
(und die sittliche Pflicht), die Ordnung des Grundgesetzes
und die Kernprinzipien der Verfassung zu verteidigen.
Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen.***

(Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider)

DIE GROSSE BEDROHUNG



11.07.2016

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Wer bedroht hier eigentlich wen . . .

... sollte man sich fragen, wenn man die nachfolgenden Zahlen und Grafiken aufmerksam betrachtet. Und man muss sich die essentielle Frage stellen, welchem Zweck und wem dient eigentlich die NATO (nordatlantisches Verteidigungsbündnis der North Atlantic Treaty Organization).

DIE GROSSE BEDROHUNG

DER NATO-IMPERIALISMUS

Wir standen seit Ende des Zweiten Weltkriegs und dem nachfolgenden „Kalten Krieg“ nie näher an einem 3. Weltkrieg als heute. Die Propagandamaschine der gleichgeschalteten „Qualitätsmedien“ als unterwürfige Hofschranzen der Politik, feuert eine Salve nach der anderen ab. Das Muster ist seit Jahrzehnten das gleiche: Die Russen sind die Bösen und die U.S.A. sind die Guten. Aber ist das wirklich so? Wer bedroht denn hier nun eigentlich wen?

Kurz nach dem Fall der Mauer und der „Wiedervereinigung Deutschlands“ beteuerten

die damaligen Außenminister Genscher (Deutschland) und Baker (U.S.A.), es bestünde keine Absicht, das Nato-„Verteidigungsgebiet“ nach Osten auszuweiten.

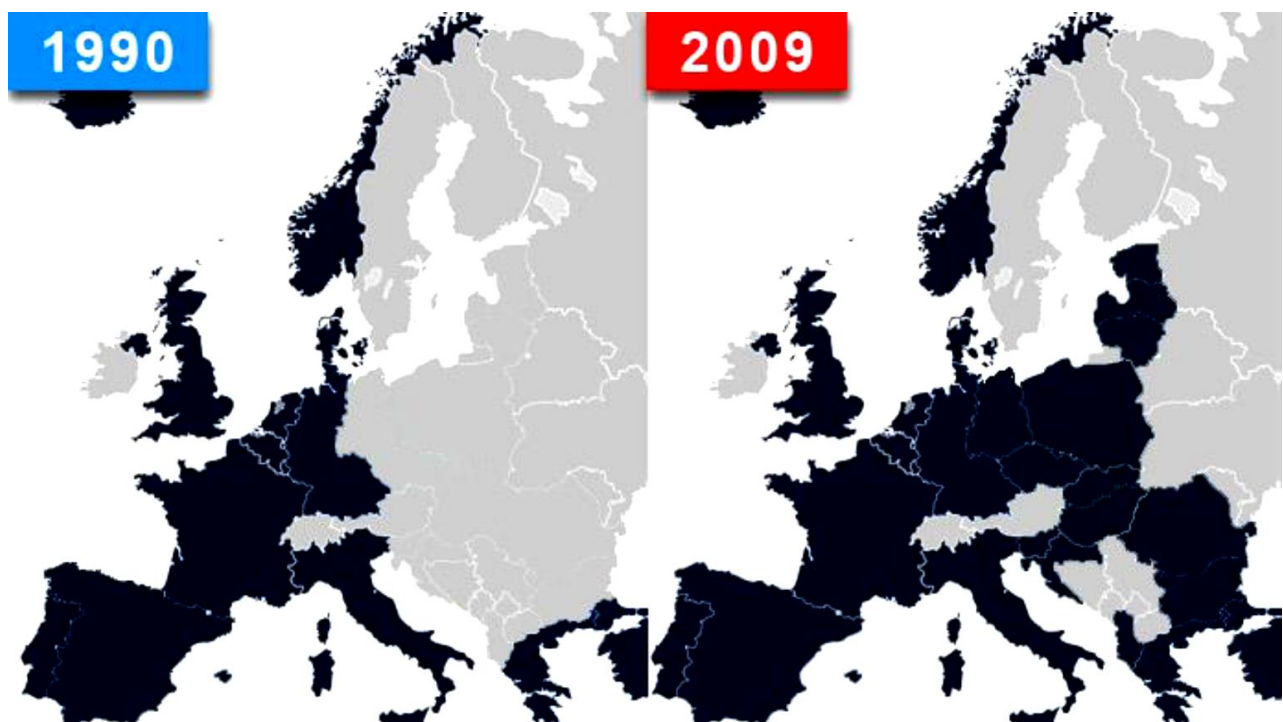
Siehe:

<https://www.ooutube.com/watch?vddW3DWgMAwz0>.

Aber kannten wir das nicht schon? Noch im Juni 1961 beteuerte der damalige Staatsratsvorsitzende der ehemaligen DDR, Walter Ulbricht: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“. Doch bereits Im August 1961 wurde mit dem Bau der Mauer mitten durch Berlin begonnen.

NIEMAND HAT DIE ABSICHT . . .

NATO-Osterweiterung



Wie „bedrohlich“ die Lage für das NATO-„Verteidigungsbündnis“ gegenüber Russland ist, verdeutlichen die folgen Zahlen:

Militärausgaben 2015

Staat	Mrd. Dollar	Verhältnis zu USA
USA	595.000.000.000	
China	215.000.000.000	36,13%
Saudi Arabien	80.700.000.000	13,56%
Russland	66.400.000.000	11,16%
Großbritannien	55.500.000.000	9,33%
Frankreich	50.900.000.000	8,55%
Deutschland	39.400.000.000	6,62%

Quelle: Statista

Militärausgaben 2015

Staat	Einwohner	je Einwohner in Dollar
Saudi Arabien	31.400.000	2.570
USA	324.000.000	1.836
Großbritannien	65.100.000	853
Frankreich	64.300.000	792
Deutschland	81.000.000	486
Russland	146.300.000	454
China	1.374.000.000	156

Quelle: Statista

Bei Betrachtung der Statistiken fällt auf, dass die Militärausgaben des „aggressiven“ Russlands lediglich **rd. 11 Prozent** der Militärausgaben der U.S.A. ausmachen oder anders formuliert: Die U.S.A. geben **rd. 9-mal mehr** für Rüstung aus als Russland.

Bezieht man neben den U.S.A. noch die Nato-Bündnisstaaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland in die Militärausgaben mit ein, so ergibt sich ein Verhältnis von 740,8 Mrd. zu 66,4 Mrd. zugunsten der NATO-Verbündeten. Alleine diese wenigen **NATO-Bündnispartner geben mehr als das 11-fache für Rüstung aus als Russland**. Ist das wirklich eine große Bedrohung für die NATO? Oder sollte man besser sagen: Eine große Bedrohung der NATO gegenüber Russland?

Weiterhin sind drei Dinge bemerkenswert:

- Die Rüstungsausgaben **pro Kopf** liegen in **Russland** mit **456 Dollar** sogar noch geringfügig unter denen von Deutschland mit 486 Dollar.
- Die Rüstungsausgaben von **Großbritannien** mit **853 Dollar** je Einwohner bzw. von **Frankreich** mit **792 Dollar** je Einwohner liegen deutlich höher als in **Deutschland** mit **486 Dollar** je Einwohner.
- Der reale Irrsinn aber dokumentiert sich in den Militärausgaben von Saudi Arabien, bekannt durch seine brutalen Menschenrechtsverletzungen. Mit nur **31,4 Mrd. Einwohnern** gibt Saudi Arabien, „unterstützt“ durch Waffenlieferungen aus den U.S.A., Großbritannien, Frankreich und Deutschland, gigantische **80,7 Mrd. Dollar** bzw. **2570 Dollar je Einwohner** für (Auf-) Rüstung aus.

IN DER POLITIK GESCHIEHT NICHTS ZUFÄLLIG

Kriege werden entweder aus religiösen oder wirtschaftlichen Gründen geführt.

Deshalb lohnt es sich, die „NATO-Osterweiterung“ einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Im Gegensatz zu einem wirtschaftlich maroden Land, hat ein wohlhabendes Land keinen Grund, einen Krieg anzuzetteln. Ein wohlhabendes Land erringt durch einen Krieg mit einem wirtschaftlich maroden Land keinen Vorteil.

Lenken wir z.B. einmal unser Augenmerk auf den Irak-Angriffskrieg der USA. Die reichen, wohlhabenden USA überfallen den armen Irak. Wie passt das denn zusammen?

Der Irak hat Öl und die USA benötigen viel Öl, sehr viel Öl. Hier liegt das Problem, denn die USA haben kein Geld. Sie haben ein gigantisches **Außenhandelsdefizit** von sage und schreibe **737 Mrd. US-Dollar** (2015) – da ging es dem Irak doch wesentlich besser.

Saddam Hussein wollte die Bezahlung seines Öls von Dollar auf Euro umstellen. Damit hätten die USA ihre wertlosen Dollar erst in Euro umtauschen müssen, um irakisches Öl zu kaufen, was zu einem dramatischen Wertverlust des künstlich hoch gehaltenen Dollars geführt hätte.

Die USA haben also seit rund 40 Jahren ein massives Problem. Sie importieren erheblich mehr, als sie durch ihre Exporte bezahlen können. Bis 1970 war die Außenhandelsbilanz der USA positiv oder ausgeglichen. 1971 haben die USA ihr Versprechen gekündigt, den US-Dollar gegen Gold aufzuwiegen. Von diesem Zeitpunkt an hatte der Dollar keine reale Bezugsgröße mehr. Man kann daraus schließen, dass die USA ab diesem Zeitpunkt vorsätzlich das Ziel aufgegeben haben, eine ausgeglichene Handelsbilanz anzustreben. Ab 1970 ist dann eine stark ansteigende Aktivität amerikanischer Militärs weltweit zu beobachten. Das beginnt mit Vietnam und führt bis zum Irak. Dazwischen liegen unzählige Übergriffe auf weitere wehrlose Länder

Handelsbilanzen 2015

USA	- 737 Mrd. US-Dollar
Großbritannien	- 165 Mrd. US-Dollar
Frankreich	- 67 Mrd. US-Dollar
Deutschland	+ 247 Mrd. US-Dollar

Anmerkung zur Geschichte:

Das einzige Land der Welt von beachtenswerter Größe mit einem massiven, ansteigenden Außenhandelsdefizit war 1900 **England**. Es war u.a. auf Nahrungsmittelimporte angewiesen und Englands **Importe** waren **doppelt so hoch** wie seine **Exporte**. Bereits 1899-1902 führte England daher einen Eroberungskrieg gegen den Oranje-Freistaat sowie die Südafrikanische Republik (Transvaal) mit ihren reichen Gold- und Diamantenminen.

Auch der erste Weltkrieg (Reparationszahlungen von Deutschland) konnte die wirtschaftlichen Probleme Englands nur vorübergehend lindern. Bereits 1937 war der bekannte Zustand eines andauernden Außenhandelsdefizits wieder zu einer bedrohlichen Größe angewachsen. Deutschland hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg einigermaßen erholt und konnte trotz der Folgen des Versailler Diktats einen wachsenden Außenhandelsüberschuss aufweisen. Der weitere Verlauf der Geschichte nach 1937 ist bekannt. Es bleibt abzuwarten, wie sich Großbritannien diesmal seines wachsenden Handelsbilanzdefizits entledigen will.

DEMOKRATUR

Generell muss man feststellen, dass es keine Regierung in den westlichen demokratischen Ländern gibt, die sich tatsächlich auf die Legitimation durch die Mehrheit ihrer Bevölkerung berufen kann. Demokratische Wahlergebnisse werden, wenn sie gegen die Interessen des angloamerikanischen Kapitals stehen, verunglimpft und als „undemokratisch“ deklariert. Damit ist die Legitimation geschaffen, den Bürgern dieses Landes schon mal militärisch „zu Hilfe zu eilen“ und „die Demokratie wieder herzustellen“. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten hundert Jahre.

Die Form der Demokratie, wie wir sie heute in der westlichen Welt erleben, hat mit ihren idealistischen Ideen nur noch wenig gemein. Sie ist zu einer demagogischen Ideologie verkommen und dient dazu, Menschen zu kontrollieren und auszubeuten. Politiker scheuen die Volksabstimmung wie der Teufel das Weihwasser, denn sie wissen, dass das Volk gar nicht so dumm ist, wie sie es gerne hätten. Als Befehlsempfängerin der alliierten Besatzungsmächte bleibt z.B. Angela Merkel gar nichts anderes übrig, als für die militärische Aufrüstung der BRD und die vermehrte

Präsenz der Bundeswehr an den osteuropäischen Grenzen mit abstrusen „Argumenten“ zu werben:

Hier: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/07/historisch-kein-einziger-zwischenruf-der-gruenen-bei-merkels-nato-plaedoer/>

Gelegentlich regt sich jedoch noch Widerstand gegen den hauptsächlich durch die USA geschürten Aufrüstungsirrsinn:

Hier: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/07/wagenknecht-rechnet-mit-merkel-ab-was-ist-denn-das-fuer-ein-irrsinn/>

FAZIT

Wir sollten uns jedoch weiter vor Augen führen, dass in Deutschland nach wie vor alliierte Atomwaffen lagern. Die USA stationieren auf dem deutschen Fliegerhorst Büchel in der Eifel bis zu zwanzig neue Atombomben vom Typ B 61-12, die zusammen die **80-fache Sprengkraft**

einer Hiroshima-Bombe haben. Das berichtete das ZDF-Magazin Frontal 21.

Parallel dazu sollen auch weitere amerikanische Atomwaffenstandorte in Europa mit den neuen B 61-12 Atombomben nachgerüstet werden, darunter die Luftwaffen-basen in Incirlik (Türkei) und Aviano (Italien). Und vom Standort Ramstein Air Base werden weiter von deutschem Boden aus (Drohnen-) Kriege geführt

Kommen wir je aus diesem Schlamassel heraus?

Ein klares JEIN. Solange Deutschland weiter unter dem Besatzungsstatut der Alliierten Besatzungsmächte steht, werden alle Polit-Entscheidungen gegen die eigene Bevölkerung zwar durch diese Tatsache erklärbar, aber nicht änderbar.

Nur wenn Deutschland endlich völkerrechtlich souverän wird und damit in Freiheit allen Staaten einen Friedensvertrag anbietet, können wir die alliierten Kriegstreiber vor die Tür bitten.



VOM STRAFRECHT ZUR GESINNUNGSJUSTIZ



24.02.2017

Dieter Georg a.d.F. Jürgens

Wer sich nicht politisch korrekt verhält . . .

. . . wird unisono in die „rechte Ecke“ gestellt, verunglimpft, diffamiert und oft genug durch konstruierte Rechtsvermutungen kriminalisiert.

VOM STRAFRECHT ZUR GESINNUNGSJUSTIZ

Deutschland flirtet mit der Diktatur

Was lasen wir doch am 11.11.2013 in den *Deutschen Wirtschaftsnachrichten*: „Deutschland flirtet mit der Diktatur: Polizei-Staat soll Gesinnung überwachen“.

Wir erleben derzeit eine regelrechte Hysterie seitens des sogenannten Rechtsstaates gegenüber anders Denkenden. Die angeblichen Qualitätsmedien blasen zur Hatz gegen Kritiker und schwadronieren mainstreamhörig und intelligenzbefreit gegen alles, was nicht Links ist.

Heute möchte ich aus einem Kommentar von **Rechtsanwalt Lutz Schäfer** zitieren:

„Suchen Sie sich irgendein Polizeigesetz her-aus, hier z.B. das Polizeigesetz NRW. Sie werden überall denselben Satz am Anfang finden, der in etwa lautet: ‚Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren (Gefahrenabwehr). Sie hat im Rahmen dieser Aufgabe Straftaten zu verhüten sowie vorbeugend zu bekämpfen und die erforderlichen Vorbereitungen für die Hilfeleistung und/ oder Handeln in Gefahrenfällen zu treffen.“

Welch ein praktisches Instrument, den Bürger, der seine verfassungsrechtlich geschützte eigene Ansicht von den politischen Verhältnissen äußert, als „Gefahr“ hinzustellen, um die-se „Gefahr vorbeugend zu bekämpfen ...“! Kommt Ihnen das bekannt vor?

Das heißt, die Exekutive, die es bisher mit realen Taten zu tun hatte, erfindet aus eigener Machtvollkommenheit am Gesetzgeber vorbei neue „Gefahren“, die es vorbeugend zu „bekämpfen“ gilt. Hier gibt es eine ganz deutliche Verschiebung des deutschen bisherigen Rechtssystems von einem

tatbestandsbezogenen Strafrecht zu einem auf reine Prävention abstellenden Gesinnungsstrafrecht.

Bisher galt in Deutschland wie in allen anderen rechtsstaatlichen Demokratien der Grund-satz: Ein Täter wird für eine Tat bestraft, die er begangen hat. Das neue, vom Anti-Terror-Kampf getriebene Rechtssystem will aber et-was ganz anderes: Die Gesellschaft bestraft nicht den Täter, sondern denjenigen, von dem sie befürchtet, dass er eine Tat verüben könnte.

Wir leben in einem Zeitalter des Präventio-nismus, wir versuchen, sämtliche Gefahren auszuschalten, bevor etwas passiert, Grund-rechte interessieren hier kein bisschen. Um dieses Konzept umzusetzen, ist die totale Überwachung der Bürger erste Voraussetzung, angefangen beim Internet mit steigen-der Tendenz und staatlicher Zensur.

Der rechtliche Gipsfuß und der Geist, der in Merkel-Kasners Überwachungspapier atmet, funktioniert wie folgt: Es werden schwammige Begriffe, wie z.B. „Reichsbürger“ zu Normen erhoben, innerhalb derer dann auf der Folgenseite der Willkür keine Grenzen mehr gesetzt sind. Diese schwammigen „Normen“ heißen dann „Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“, die als dauerhafte innenpolitische Kernaufgabe definiert und umgesetzt werden.

Weit und breit ist kein Gesetzgeber im Spiel, denn diese schwammigen Begriffe werden von der Verwaltung bzw. Exekutive selbst erfunden und als Grundlage für repressive Verwaltungsakte verwendet, um den kritischen Bürger z.B. zu entwaffnen oder sonstiger Rechte zu berauben, indem der politisch akzentuierte Bürger kurzerhand als „Reichs-bürger“ eingestuft wird, weil z.B. irgendein Polizist dieser Ansicht ist, oder er in Überein-stimmung mit dem Bundesverfassungsgericht behauptet, das Deutsche Reich existiere weiter fort, was mit Gesetzeskraft vom Bundesverfassungsgericht nicht nur einmal fest-gestellt wurde, vgl. 2 BvR 1/73 - und vorher und nachher. Mitarbeiter von Meldebehörden scheuen sich nicht, sofort

Mitteilung an andere Dienststellen zu machen, wenn z.B. der „gelbe Schein“ beantragt wurde, und dabei auf das RuStaG von 1913 Bezug genommen wurde.

Diese Herrschaften verletzen nicht nur das Datenschutzgesetz § 4, begehen nicht nur ein eigenes Dienstvergehen, sondern erfüllen den Tatbestand des § 241a StGB der Politischen Verdächtigung, wenn sie es z.B. darauf anlegen, dass Beamte in ein Disziplinarverfahren verwickelt werden und um ihre Existenz fürchten müssen. Homo homini lupus! Das kann man laut sagen.



Liebe Zornbürger, wie finden wir es denn, wenn wir alle unter Generalverdacht stehen, wenn wir von der deutschen Geschichte etwas mehr verstehen als der Rest, und als potenzielle Gefahr angesehen werden, wenn zum Beispiel legale

Waffen besessen werden, die vorher noch nie ein Problem waren?

Was würde ein Aristoteles dazu sagen, wenn ein Staat daherkommt und behauptet, dass eine wahre Prämisse und ein wahrer Unter-satz zu einer hirnrissigen Konklusion führt? Es ist anerkannt, dass Entscheidungen gegen die Logik z.B. in Form von Zirkelschlüssen, rechtswidrig sind.

Man bezeichnet dies als Verstoß gegen die Denkgesetze, was heute als Standard daherkommt und als Grundlage wohl die schulische Verblödung durchlaufen hat.

Wir sind also inzwischen so weit, dass wir von diesem fürsorglichen Merkel /Kasner-Staat als potenzielle Gefahr angesehen werden, denen

im Zuge der Gefahrenabwehr und Prävention nicht über den Weg getraut wird. Wir erwarten also demnächst die „Küchenmesser-Richtlinie“ aus Brüssel, die sicherlich demnächst im Zuge der Waffenhysterie zu erwarten ist.

Ach, würden diese Maßstäbe doch einmal auf Politiker angewendet werden! Und das lassen sich 80 oder 350 Millionen Politikunterworfenen noch weiter gefallen? Ich denke, damit ist jetzt Schluss, bevor diese missbrauchte „Gefahrenabwehr“ uns endgültig in die Diktatur getrieben hat.